

Das neue Reichs-Gaststättengesetz

Strengere Bestimmung gegen den Alkoholausschank an Jugendliche — Die 1 Uhr Polizeistunde durch preussische Ausführungsbestimmungen in Frage gestellt — Kneipschulden nicht mehr einlagbar — Auf Speisen ohne Getränke darf kein Zuschlag mehr erhoben werden

Am 1. Juli trat das heijumstrittene Gaststättengesetz in Kraft. Die ersten Einwürfe dieses Gesetzes haben schon vor dem Kriege vorgelegen. Die Sozialdemokratische Partei hatte in immer neuen Vorträgen die Forderung eines Gaststättengesetzes, früher unter dem Namen Schankstättengesetz, gefordert. Trotz monatelanger Beratungen kam es nie zu einem Abschluß, weil in der Nachkriegszeit kein Reichstag die nötige Zeit gefunden hat, dieses Gesetz zu verabschieden. Wir geben im folgenden einen sachverständigen Mitarbeiter zu dieser recht bedeutenden Angelegenheit das Wort.

Wie in den letzten Monaten die Auseinandersetzungen über das Gaststättengesetz im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages beobachtet, der mußte erkennen, daß die gegenwärtigen Gesetze in allen bürgerlichen Parteien zu finden sind und daß sie mit den schwersten Geschützen aufzuführen. Die Interessen des Volkes wurden auch an diesen Stellen nur von den Arbeiterparteien vertreten. Die bürgerlichen Parteien traten nur einige hervor, die für eine unangenehme Einschränkung des Alkoholkonsums zu haben

Entsprechung dem Kräfteverhältnis ist das Gesetz natürlich eine Kompromißlösung und geht lange nicht so weit, als die Interessen der Jugend und des gesamten Volkes wünschenswert wäre. Leider sind die Interessen einer kleinen Schicht viel berücksichtigt worden, als wie es ihnen zahlenmäßig zuzurechnen wäre. Wir wollen aber anerkennen, daß das Gesetz doch eine neue Bestimmung bringt, die natürlich erst von ihrem Leben zum wirklichen Leben erweckt werden müssen. Das ist schon wieder die Alkoholkonsumtion fröhlich am Arbeiter, die an den etwas mangelhaften preussischen Ausführungsbestimmungen zu einigen wichtigen Paragrafen zu erkennen.

Der erste Teil des Gesetzes umfaßt alle Bestimmungen über die Erlaubniserteilung für einen Gaststättenerwerb. Es werden eindeutig festgelegte Anforderungen, welche sowohl an die Person als auch an die räumlichen Verhältnisse gestellt werden, eine Erlaubniserteilung ist. Die im § 6 vorgezeichneten Bestimmungen für die Erlaubniserteilung sind sicher in den jetzt üblichen Verhältnissen, die den meisten Kneipbetrieben herrschen, weitgehende Verbesserungen herbeiführen. Der § 8 sieht vor, daß ein vorübergehendes Bedürfnis für den Ausschank geistiger Getränke bei Jugendfesten, sowie bei Sportfesten, an denen überdies Jugendliche beteiligt sind, in der Regel nicht anzufragen ist. Die Erlaubnis für Alkoholausschank ist weitgehend aufgehoben. Die im § 12 mögliche Entziehung der Gewerbeberechtigung wird hoffentlich in Zukunft scharf ausgeübt werden. Die Polizeistunde wird einheitlich durch den § 14 auf die erstmalig den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter und Arbeitnehmer ein Mitspracherecht auf dem Gebiete einräumt. Die 1-Uhr-Schließungsfrist auf der Preussischen Ausführungsbestimmung wird aufgehoben worden, indem in Gemeinden mit über 20000 Einwohnern die 2-Uhr-Polizeistunde zu machen. Diese sehr eigenartige Haltung der Preussischen Regierung ist so verwunderlich, da die zuständigen Gewerkschaften für die Aufhebung der Polizeistunde kämpfen.

Das Gesetz gibt die Möglichkeit, den Ausschank und Kleinverkauf von Branntwein bis zu zwei Tagen in der Woche, nämlich an Vorkab- und Gehaltszahlungstagen und an Wahltagen zu erlauben. Die Preussische Regierung schenkt sich auch über die im § 15 aus, hoffentlich nur in der Vorüberdauer der letzten Satz dieses Paragraphen auch in Preußen die dort weitergehende landesrechtliche Bestimmungen, die im § 16 das nicht der Fall sein, würde das Verhalten der Regierung höchst eigenartig sein. Die politischen Erwägungen der letzten Monate zeigen in ihren Auswirkungen, die immer wiederholten Verhandlungen mit Alkoholkonsum gelehren, daß die Sache genug getan werden kann. Der Jugendschutz ist bei den bestehenden Bestimmungen festgelegt, die leider wohl in der Praxis nur auf dem Papier stehen werden. Branntweinvertriebend branntweinhaltige Genussmittel auf Turn- und Festen zu verabreichen, ist verboten. (Nach dem Kommentar zum Reichsgesetz gehören dazu auch Vorkabbons.)

Die im § 17 über die Arbeitsverhältnisse weiblicher Arbeiterinnen im Gaststättengewerbe werden durch § 17 und durch die im § 18 angegebene Bestimmungen neu geregelt, wobei besonders hervorzuheben ist, daß weibliche Arbeitnehmer mit feinen Ausstattungen behaltend, die vertraglich festgelegt werden müssen, zu beschäftigen sind. Die Ortspolizeibehörde muß Gaststätten mit weiblicher Bedienung unter einer dauernden strengen Aufsicht stellen und kann bei den geringsten Vergehen einschreiten. Die Erlaubniserteilung der Erlaubnis können nach § 19 die Gaststättenerwerber und die gemeinnützigen Vereine, darunter auch die Arbeitervereine, gehört werden. Auch die Möglichkeit fehlt leider in den Preussischen Ausführungsbestimmungen und wird deshalb in Preußen nicht Wirklichkeit werden. Die Wollfabrikanten könnten aus ihrer Erfahrung im Bereich der Alkoholkonsum für die im Interesse der Konsumenten beachtet an dieser Stelle mitarbeiten. Auch hier ist die Mitarbeit der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen vorzuziehen.

Wegenommen von den Bestimmungen des Gaststättengesetzes sind die Kneipbetriebe, Kameradschaftshäuser und Messen der Wehrmacht der Polizei, soweit sich ihr Betrieb auf die genannten Bereiche beschränkt. Auch für Bahnhofsrestaurants, Speisewagen und anderen der Reichsbahn sind Ausnahmestimmungen vorzuziehen. Eine sehr interessante Neuerung bringt der § 21, indem die Forderung eines Kneip- und Schankwirts aus dem Ausschank von Branntwein weder eingeklagt noch in sonstiger Weise geltend gemacht werden können, wenn die Personen geworden sind, die dem Kneip- oder Schankwirt eine frühere gleiche Art noch nicht bezahlt haben. Es ist anzunehmen, daß Kneipwirts verpflichtet beim Ausschank alkoholischer Getränke einen Kneip zu werden.

Die im § 22 behandelte Methode, in Gastwirtschaften auf Speisen Zuschläge zu legen, wenn nicht zugleich alkoholische Getränke abgenommen werden, ist nach dem neuen Gesetz unzulässig. Die gleiche Maßnahme für Weinchen, die gezwungen sind, in Gastwirtschaften einzunehmen, ist nach dem vorliegenden Gesetz werden sicher nicht alle Interessen berücksichtigt sein, mit dem man wird abwarten müssen,

welche Auswirkungen, Auslegungen und Umgehungen die einzelnen Bestimmungen dieses Gesetzes erfahren werden. Die Interessentkreise aus dem Gaststättengewerbe haben ihr Kräfte konzentriert, um etwaige Eingriffe zu verhindern. Ob es den Gewerkschaften gelingen wird, die Polizeistunde auf ein erträgliches Maß herabzusetzen, ist bei der derzeitigen Einstellung der Preussischen Regierung leider sehr zu bezweifeln.

Die Preussischen Ausführungsbestimmungen beginnen mit der Feststellung, daß dieses Gaststättengesetz dem Schutz der Jugend gegen die Gefahren des Alkoholkonsums und der Verbesserung des Schankkonsums dienen soll. Hoffen wir, daß es in diesem Sinne unter besonderer Berücksichtigung der Interessen der Mehrheit des Volkes erfüllt wird.

An die freigewerkschaftlich und sozialistisch organisierte Arbeiterschaft Breslaus!

Am Sonnabend, dem 26. und Sonntag, dem 27. Juli findet in Breslau das dritte Schlesiische Arbeiter-Turn- und Sportfest statt. Die Deutschen Kampfspiele, die vor 4 Wochen in Breslau stattfanden, zeigen das Spiegelbild des deutschen Bürgerbundes. Demokraten marschierten beim Festzug in Reich und Glied mit dem Stahlhelm, der Streweh und den schwarz-weiß-rotten Schützenvereinen. Der bürgerliche Sport wird auch bei den kommenden Wahlen der treue Schildeknäuel der bürgerlichen Parteien sein. Im Gegensatz hierzu werden die Arbeiter-Turner- und Sportler dem Kampftag der nächsten Wochen ihre ganze Kraft zur Verfügung stellen. Das Festspiel „Nach dich frei“, am Sonnabend, dem 26. Juli, welches in Wärsberg 60000 Zuschauer begeisterte, mit seinen 1500 Mitwirkenden, ist das Bestenstück der organisierten Sportlerarbeit zur freigeordneten Arbeiterschaft. In alle freigewerkschaftlich und sozialistisch organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter ergeht hiermit der Ruf, das Fest der Arbeiter-Turner in Massen zu besuchen. Niedrige Eintrittspreise ermöglichen allen den Besuch.

Die Deutschen Kampfspiele waren das Fest des Bürgertums. Das dritte Schlesiische Arbeiter-Turn- und Sportfest muß den Massen auf dem Gebiet der gesamten organisierten Arbeiterschaft Breslaus im Stadion stehen!

Hauptauschuh
des 3. Schlesiischen Arbeiter-Turn- und Sportfestes.

Sozialfaschistische Diphtherie

Was die „Arbeiter-Zeitung“ über eine sozialfaschistische Kinderrepublik zu berichten weiß

Nachdem der eine 11 Todesfall von Diphtherie im Kinderkranzlag bereits hundertfach publiziert, längst alle Maßnahmen gegen weitere Erkrankungsfälle in der Kinderrepublik in der Lübecker Nacht getroffen worden sind, überhaupt wieder alles in Ordnung ist, fällt es der „Arbeiter-Zeitung“ ein (oder kam ein Schrieb vom Nachbarn aus dem Karl-Neubacht-Haus in Berlin), daß auch dieser Vorgang eine rein sozialfaschistische Angelegenheit ist. Und so liest man in der geistigen Ausgabe:

Der Ausbruch einer Diphtherie-Epidemie und Tod eines Kindes in der reformistischen Kinder-Republik in der Lübecker Nacht ist, wie jetzt einwandfrei festgestellt wurde, auf die Schuld der reformistischen Zeitung zurückzuführen.

So, jetzt weißt du es, wenn eine radikale Zeitung vorhanden gewesen wäre, wenn Jungparteilichen aus dem Stot die Suche in der Hand gehabt hätten, dann wäre so etwas nicht passiert, aber wenn Reformisten nun einmal die Führung in der Hand haben, in es dann ein Wunder, wenn die Diphtherie ausbricht. Wahrscheinlich haben wir es hier mit einer ausgesprochen sozialfaschistischen Krankheit zu tun. Darum kommunistische Herze an die Front! Wir stellen fest, keine bürgerliche Zeitung, nicht einmal die der Kinderfreunde-Bewegung am heidlichst genante Zentrumspresse hat aus diesem an und für sich sehr bedauerlichen Fall irgend einen Angriff gegen die Kinderfreunde-Bewegung hergeleitet. Das war allein einer „Arbeiter-Zeitung“ vorbehalten.

Zu all diesem Mühsinn, über den man noch hinwegsehen könnte und bei allem nur die Schreiber bedauern muß, in deren Hirn sich solche Konstruktionen bilden, kommt aber noch die dreifache Gemeinheit. In diesem Aufsatz liest man weiter, „Diese unverantwortliche Haltung und tödliche Gefährdung der Kinder hat einen Sturm der Entrüstung und eine Massenflucht aus dem Kinderlager hervorgerufen. In aller Eile wurden die Tische abgebrochen und die Kinder von ihren Eltern telegraphisch zurückgerufen.“ Gemeinliche Lüge, nicht ein einziges Wort ist wahr. In Wirklichkeit ist kein einziges Kind abgeholt worden, kein einziges Kind zurückgerufen worden. Nur um einer Bewegung, die so große Fortschritte macht, eins auszuweichen zu können, wird auf solche gemeine Art und Weise gelogen und dadurch Hunderte von Eltern aufs neue beunruhigt.

Wir können daraufhin nur noch einmal allen Eltern erklären, daß keinerlei weitere Gefahr im Kinderlager besteht, daß von ärztlicher Seite alle Vorbeugungsmaßnahmen getroffen worden sind, also keinerlei Grund zur Besorgnis vorliegt. Die Ausführungen in der „Arbeiter-Zeitung“ sind allergemeinste Lügen.

Die Verurteilung dieser Art von Presse, die sich mit solchen Propaganda noch bei unter der Standard-Nachpresse stellt — was ja bei der immer stärker werdenden Quantität von kommunistischen Schreibern und Wirtshaus-Korrespondenten nicht weiter zu verwundern ist — überlassen wir getrost den Lesern.

Ein objektiver Bericht

Vom Lübecker Gesundheitsamt wird zu den Erkrankungen in dem Festlager „Kinderrepublik Lübecker Nacht“ mitgeteilt:

Als der erste Diphtheriefall bei einem fünfjährigen Kind festgestellt wurde, jenen die Festgenossen dieses Kindes zunächst

Parteigenossinnen! Parteigenossen!

In der heutigen Nummer der „Volkswacht“ erscheint ein Aufruf der Breslauer Arbeiter-Sportler. Wir bitten, diesen Aufruf besonders zu beachten und ersuchen alle Parteigenossen und Genossinnen, nach Möglichkeit durch Teilnahme am „Schlesiischen Turn- und Sportfest“ die roten Sportler in Breslau zu unterstützen.

Heute, Freitag, den 25. Juli, 1930 Uhr,
im großen Saale des Gewerkschaftshauses

Funktionär- und Vertreterversammlung

Eintritt ist nur gegen Vorzeigung der gelben Vertreterkarte bzw. grünen Funktionärkarte gestattet. Gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches haben Genossen und Genossinnen Zutritt zur Galerie.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Groß-Breslau beruft für Mittwoch, den 30. Juli 1930, 19½ Uhr, eine

Außerordentliche Generalversammlung

im Gewerkschaftshaus ein.

Einziger Tagesordnungspunkt

Aufstellung der Kandidaten zum Reichstag

Anträge außerhalb dieser Tagesordnung, die in der Generalversammlung zur Beratung kommen sollen, müssen drei Tage vor Stattfinden der Generalversammlung dem Vorstande unterbreitet werden.

An der außerordentlichen Generalversammlung nehmen mit beschließender Stimme die gewählten Vertreter sowie die Mitglieder des engeren und erweiterten Vorstandes teil. Die Revisoren, die Mitglieder der Pressekommision und des Bildungsausschusses, sowie die in Breslau wohnenden Abgeordneten für Gemeinde, Provinz, Staat und Reich und die Redakteure der „Volkswacht“ haben beratende Stimme.

Nicht mehr zu überbietende Schuffigkeit

Ein Betrüger schwindelt einem Erwerbslosen das letzte Geld für die Vermittlung von Arbeit ab

Um eine sehr traurige Erfahrung reicher wurde gestern ein erwerbsloser Arbeiter aus Meleschitz, als er hoffnungsvoll nach Breslau kam, um hier eine Arbeitsstelle anzukurbeln, die er sich für sein letztes Geld hatte vermitteln lassen. War da am Sonntag ein Mann im Alter von dreißig Jahren bei ihm erschienen, der sich als Paul Günther, Breslau, Garwestraße 8 wohnhaft, vorstellte, dem Arbeitslosen erzählte, daß er Wiegemeister in einem Koffelgeschäft sei und ihm Arbeit verschaffen würde.

Der Arbeiter erklärte sich mit Freuden bereit, dem Günstigen seine Papiere mitzugeben und am nächsten Tage kam dieser Bursche auch wieder zu ihm, brachte ihm die Papiere zurück und erklärte ihm, daß er am 21. Juli antreten könne und sich Gräbichener Straße 14 in der Kohlenhandlung messen solle. Für die Arbeitsvermittlung verlangte er 20 Mark, aber da der Arbeitslose nur noch 14 Mark hatte, gab er sich mit dieser Summe und einer Wackeruhr zurück. Als gestern der Arbeitslose nach Breslau kam, konnte er nur die für ihn niederschlagende Feststellung machen, daß in der Gartenstraße 8 kein Wiegemeister Günther zu finden war. Er hatte sich nach Geld gebergt, um nach Breslau fahren zu können. Das Bestreben, Arbeit zu erhalten, hatte ihn die sein eingefädelt Schuffigkeit nicht erkennen lassen.

Rückichtsloser Autofahrer

Beim Überfahren der Köpenicker Straße wurde am Donnerstagabend gegen 21½ Uhr, der Jollietretär Franz Wählold aus der Werderstraße 82 von einem Personkraftwagen angefahren, der ohne Licht ankam und in der Richtung Mathiasstraße weiterkaste, ohne daß sich der Führer um den Verletzten kümmerte. Dieser mußte mit erheblichen Verletzungen in das Allerheiligen-Hospital geschafft werden, wo außerdem noch eine Gehirnerschütterung festgestellt wurde. Da ein anderer Auto die Verfolgung des rückichtslosen Fahrers aufnahm, gelang es, das Kennzeichen des Autos festzustellen. Leider gibt die Polizei, der es an der Hand der Autonommer ein leichtes ist, den Inhaber des Kennzeichens zu ermitteln, den Namen des Rückichtslosen nicht bekannt.

Schöne Haare:
PIXAVON-
Shampoo
Beutel 30 &

Das neue Reichs-Gaststättengesetz

Schärfere Bestimmung gegen den Alkoholausschank an Jugendliche — Die 1 Uhr Polizeistunde durch preussische Ausführungsbestimmungen in Frage gestellt — Kneipschulden nicht mehr einlagbar — Auf Speisen ohne Getränke darf kein Zuschlag mehr erhoben werden

Am 1. Juli trat das heilumstrittene Gaststättengesetz in Kraft. Die ersten Entwürfe dieses Gesetzes haben schon vor dem Kriege vorgelegen. Die Sozialdemokratische Partei hatte in immer neuen Anträgen die Forderung eines Gaststättengesetzes, früher unter dem Namen Schankstättengesetz, gefordert. Trotz monatelanger Beratungen kam es nie zu einem Abschluss, weil in der Nachkriegszeit kein Reichstag die nötige Zeit gefunden hat, dieses Gesetz zu verabschieden. Wir gehen im Folgenden einem sachverständigen Mitarbeiter zu dieser recht bedeutenden Angelegenheit das Wort.

Wer in den letzten Monaten die Auseinandersetzungen über das Gaststättengesetz im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages beobachtet, der mußte erkennen, daß die gegnerischen Kräfte in allen bürgerlichen Parteien zu finden sind und daß sie mit den schwersten Geschühen aufzuziehen. Die Interessen des Volkes wurden auch an diesen Tagen nur von den Arbeiterparteien vertreten. Die bürgerlichen Parteien traten nur einige hervor, die für vernünftige Einschränkungen des Alkoholkonsums zu haben.

Entsprechend dem Kräfteverhältnis ist das Gesetz natürlich eine Kompromißlösung und geht lange nicht so weit, als wie die Interessen der Jugend und des gesamten Volkes wünschenswert wäre. Leider sind die Interessen einer kleinen Schicht viel berücksichtigt worden, als wie es ihnen zahlenmäßig zuzurechnen wäre. Wir wollen aber anerkennen, daß das Gesetz doch eine Reihe von Bestimmungen bringt, die natürlich erst von ihrem Nutzen zum wirklichen Leben erweckt werden müssen. Daß die schon wieder die Alkoholinteressenten kräftig am Arbeiten sind, an den etwas mangelhaften preussischen Ausführungsbestimmungen zu einigen wichtigen Paragraphen zu erkennen. Der erste Teil des Gesetzes umfaßt alle Bestimmungen, die zur Erlaubniserteilung für einen Gaststättenbetrieb notwendig sind. Es werden eindeutig bestimmte Anforderungen, welche sowohl an die Person als auch an den räumlichen Verhältnisse gestellt werden, ehe eine Erlaubniserteilung erteilt wird. Die in § 6 vorgezeichneten Bestimmungen für die Erlaubniserteilung sind in den sehr üblen Verhältnissen, die in den meisten Filialbetrieben herrschen, weitgehende Verbesserungen herbeiführen. Der § 8 sieht vor, daß ein vorübergehendes Bedürfnis für den Ausschank geistiger Getränke bei Jugendfesten, sowie bei Sportfesten, an denen überdies Jugendliche beteiligt sind, in der Regel nicht anzukennen ist. Die Erlaubniserteilung für Filialbetriebe ist weitgehend gestrichelt. Die in § 12 mögliche Entziehung der Gewerbeberechtigung wird hoffentlich in Zukunft scharfer ausgenutzt werden können. Die Preussische Regierung wird einheitlich durch den § 14, der erstmalig den wirtschaftlichen Vereinigungen der Gastgeber und Arbeitnehmer ein Mitbestimmungsrecht auf dem Gebiete einräumt. Die 1-Uhr-Höchstgrenze ist die Preussische Ausführungsbestimmung, die leider in vielen Gemeinden über 300 000 Einwohnern die 2-Uhr-Polizeistunde zugeordnet ist. Diese sehr eigenartige Haltung der Preussischen Regierung ist so verwunderlich, da die zuständigen Gewerkschaften für frühere Polizeistunden kämpften.

Das Gesetz gibt die Möglichkeit, den Ausschank und Kleinverkauf von Branntwein bis zu zwei Tagen in der Woche, insbesondere an Lohn- und Gehaltszahlungstagen und an Wahltagen zu betreiben. Die Preussische Regierung schweigt sich auch über die sehr wichtigen § 15 aus, hoffentlich nur in der Voraussetzung, daß der letzte Satz dieses Paragraphen auch in Preußen gilt, daß weitergehende Landesrechtliche Bestimmungen bestehen. Sollte das nicht der Fall sein, würde das Verhalten der Preussischen Regierung höchst eigenartig sein. Die politischen Erwägungen der letzten Monate zeigen in ihren Auswirkungen, die immer wiederkehrenden Verbindungen mit Alkoholisierung geschehen, daß die Bestimmungen nicht genügend getan werden kann. Der Jugendschutz ist die denkbare Bestimmungen festgelegt, die leider wohl in der Praxis nur auf dem Papier stehen werden. Branntweinüberwiegend branntweinhaltige Genussmittel auf Turn- und Spielen zu verabreichen, ist verboten. (Nach dem Kommentar Dr. Ch. Kerstiens gehören dazu auch Likörbonbons.)

Die oft sehr üblen Arbeitsverhältnisse weiblicher Arbeitnehmer im Gastwirtsberuf werden durch § 17 und durch dazu eingehende Bestimmungen neu geregelt, wobei besonders zu beachten ist, daß weibliche Arbeitnehmer mit festen ausdauernden Gehältern, die vertraglich festgelegt werden müssen, zu sein sind. Die Ortspolizeibehörde muß Gaststätten mit dieser Bedienung unter einer dauernden strengen Aufsicht führen und kann bei den geringsten Vergehen einschreiten. Zur Erteilung der Erlaubnis können nach § 19 Schlichterämter und die gemeinnützigen Vereine, darunter auch die Arbeitervereine, gehört werden. Auch die Möglichkeit fehlt leider in den Preussischen Ausführungsbestimmungen und wird deshalb in Preußen nicht Wirklichkeit werden. Die Wirtsbetriebe könnten aus ihrer Erfahrung im Bereich der Alkoholausschank für die Interessen der Kommune sehr beachtlich an dieser Stelle mitarbeiten. Auch hier ist die Mitarbeit der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen vorgesehen.

Vorgesehen von den Bestimmungen des Gaststättengesetzes sind Kantinen, Kameradschaftsheime und Messen der Wehr- und der Polizei, soweit sich ihr Betrieb auf die genannten Beschränkungen beschränkt. Auch für Bahnhofs- und Speisewagen Kantinen der Reichsbahn sind Ausnahmegestimmungen vorgesehen. Eine sehr interessante Neuerung bringt der § 21a, indem er festsetzt, daß Forderungen eines Gast- und Schankwirtes aus Ausschank von Branntwein weder eingeklagt noch in sonstiger Weise geltend gemacht werden können, wenn sie Personen geltend gemacht werden, die dem Gast- oder Schankwirt eine frühere gleiche Art nach nicht bezahlt haben. Es ist anzunehmen, daß die Gastwirte vorzüglicher beim Ausschank alkoholischer Getränke auf Kredit sein werden.

Die oft beliebte Methode, in Gastwirtschaften auf Speisen einen Zuschlag zu legen, wenn nicht zugleich alkoholische Getränke abgenommen werden, ist nach dem neuen Gesetz unzulässig. Gegenwärtige Maßnahmen für Menschen, die gezwungen sind, Mahlzeiten in Gastwirtschaften einzunehmen, werden dem vorliegenden Gesetz werden sicher nicht alle Interessen der Arbeiter befriedigt sein, und man wird abwarten müssen,

welche Auswirkungen, Auslegungen und Umgehungen die einzelnen Bestimmungen dieses Gesetzes erfahren werden. Die Interessentenkreise aus dem Gastwirtsberuf haben ihr Kräfte konzentriert, um etwaige Eingriffe zu verhindern. Ob es den Gewerkschaften gelingen wird, die Polizeistunde auf ein erträgliches Maß herabzurufen, ist bei der derzeitigen Einstellung der Preussischen Regierung leider sehr zu bezweifeln.

Die Preussischen Ausführungsbestimmungen beginnen mit der Feststellung, daß dieses Gaststättengesetz dem Schutz der Jugend gegen die Gefahren des Alkoholisierung und der Verbesserung des Schankkonzessionswesens dienen soll. Hoffen wir, daß es in diesem Sinne unter besonderer Berücksichtigung der Interessen der Mehrheit des Volkes erfüllt wird.

In die freigewerkschaftlich und sozialistisch organisierte Arbeiterchaft Breslaus!

Am Sonnabend, dem 26. und Sonntag, dem 27. Juli findet in Breslau das dritte Schlesiische Arbeiter-Turn- und Sportfest statt. Die Deutschen Kampfspiele, die vor 4 Wochen in Breslau stattfanden, zeigten das Spiegelbild des verfallenen Bürgerblocks. Demokraten marschierten beim Festzug in Reih und Glied mit dem Stahlhelm, der Seewehr und den schwarz-weiß-roten Schützenvereinen. Der bürgerliche Sport wird auch bei den kommenden Wahlen der treue Schildnappe der bürgerlichen Parteien sein. Im Gegensatz hierzu werden die Arbeiter-Turner- und Sportler dem Wahlkampf der nächsten Wochen ihre ganze Kraft zur Verfügung stellen. Das Festspiel „Nach dich frei“, am Sonnabend, dem 26. Juli, welches in Nürnberg 60 000 Zuschauer begeisterte, mit seinen 1500 Mitwirkenden, ist das Vorkindnis der organisierten Sportlerchaft zur freiorganisierten Arbeiterklasse. An alle freigewerkschaftlich und sozialistisch organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter ergeht hiermit der Ruf, das Fest der Arbeiterpartei in Breslau zu besuchen. Niedrige Eintrittspreise ermöglichen allen den Besuch.

Die Deutschen Kampfspiele waren das Fest des Bürgertums. Das dritte Schlesiische Arbeiter-Turn- und Sportfest muß den Massen aufmarsch der gesamten organisierten Arbeiterchaft Breslaus im Stadion sehen!

Hauptauschuss
des 3. Schlesiischen Arbeiter-Turn- und Sportfestes.

Sozialfaschistische Diphtherie

Was die „Arbeiter-Zeitung“ über eine sozialistische Kinderrepublik zu berichten weiß

Nachdem der eine (!) Todesfall von Diphtherie im Kinderzettelager bereits hinreichend publiziert, längst alle Maßnahmen gegen weitere Erkrankungsfälle in der Kinder-Republik in der Lübecker Bucht getroffen worden sind, überhaupt wieder alles in Ordnung ist, fällt es der „Arbeiter-Zeitung“ ein (oder kam ein Schrieb von Agitprop aus dem Karl-Liebknecht-Haus in Berlin), daß auch dieser Vorgang eine rein sozialfaschistische Angelegenheit ist. Und so lieft man in der gestrigen Ausgabe:

Der Ausbruch einer Diphtherie-Epidemie und Tod eines Kindes in der reformistischen Kinder-Republik in der Lübecker Bucht ist, wie jetzt einwandfrei festgestellt wurde, auf die Schuld der reformistischen Zeitung zurückzuführen.

So, jetzt weißt du es, wenn eine radikale Leitung vorhanden gewesen wäre, wenn Jungpartisanen aus dem Slot die Sache in der Hand gehabt hätten, dann wäre so etwas nicht passiert, aber wenn Reformisten nur einmal die Führung in der Hand haben, ist es dann ein Wunder, wenn die Diphtherie ausbricht. Wahrscheinlich haben wir es hier mit einer ausgesprochen sozialfaschistischen Krankheit zu tun. Darum kommunistische Ärzte an die Front! Wir stellen fest, keine bürgerliche Zeitung, nicht einmal die Kinderfreunde-Bewegung am feindlichsten gesinnte Zentrumspreffe hat aus diesem an und für sich sehr bedauerlichen Fall irgend einen Angriff gegen die Kinderfreunde-Bewegung hergeleitet. Das war allein einer „Arbeiter(-)Zeitung“ vorbehalten.

Zu all diesem Blödsinn, über den man noch hinwegsehen könnte und bei alledem nur die Schreiber bedauern muß, in deren Hirn sich solche Konstruktionen bilden, kommt aber noch die dreifache Gemeinheit. In diesem Aufsatz liest man weiter: „Diese unverantwortliche Haltung und tödliche Gefährdung der Kinder hat einen Sturm der Entrüstung und eine Massenflucht aus dem Kinderlager hervorgerufen. In aller Eile wurden die Zelte abgebrochen und die Kinder von ihren Eltern telegraphisch zurückgerufen.“ Gemeinste Lüge, nicht ein einziges Wort ist wahr. In Wirklichkeit ist kein einziges Zelt abgebrochen worden, kein einziges Kind zurückgerufen worden. Nur um einer Bewegung, die so große Fortschritte macht, eins auszuweichen zu können, wird auf solche gemeine Art und Weise gelaufen und dadurch Hunderte von Eltern aufs neue beunruhigt.

Wir können daraufhin nur noch einmal allen Eltern erklären, daß keinerlei weitere Gefahr im Kinderlager besteht, daß von ärztlicher Seite alle Vorbeugungsmassnahmen getroffen worden sind, also keinerlei Grund zur Beforgnis vorliegt. Die Ausführungen in der „Arbeiter-Zeitung“ sind allergeringste Lügen.

Die Beurteilung dieser Art von Presse, die sich mit solchen Produkten noch tief unter die Skandal-Wochenpreffe stellt — was ja bei der immer stärker werdenden Identität von kommunistischen Schreibern und Wurstblatt-Redakteuren nicht weiter zu verwundern ist — überlassen wir getrost den Lesern.

Ein objektiver Bericht

Vom Lübecker Gesundheitsamt wird zu den Erkrankungen in dem Zeltlager „Kinderrepublik Lübecker Bucht“ mitgeteilt: Als der erste Diphtheriefall bei einem Danziger Kind festgestellt wurde, seien die Zeitgenossen dieses Kindes zunächst

Parteigenossinnen! Parteigenossen!

In der heutigen Nummer der „Volkswacht“ erscheint ein Aufruf der Breslauer Arbeiter-Sportler. Wir bitten, diesen Aufruf besonders zu beachten und eruchen alle Parteigenossen und Genossinnen, nach Möglichkeit durch Teilnahme am „Schlesiischen Turn- und Sportfest“ die roten Sportler in Breslau zu unterstützen.

Heute, Freitag, den 25. Juli, 1930 Uhr,
im großen Saale des Gewerkschaftshauses

Funktionär- und Vertreterversammlung

Redner Genosse Löbe.

Eintritt ist nur gegen Vorzeigung der gelben Vertreterkarte bzw. grünen Funktionärkarte gestattet. Gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches haben Genossen und Genossinnen Zutritt zur Galerie.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Groß-Breslau beruft für Mittwoch, den 30. Juli 1930, 19½ Uhr, eine

Außerordentliche Generalversammlung

im Gewerkschaftshause ein.

Einziges Tagesordnungspunkt

Aufstellung der Kandidaten zum Reichstag

Anträge außerhalb dieser Tagesordnung, die in der Generalversammlung zur Beratung kommen sollen, müssen drei Tage vor Stattfinden der Generalversammlung dem Vorstände unterbreitet werden.

An der außerordentlichen Generalversammlung nehmen mit beschließender Stimme die gewählten Vertreter sowie die Mitglieder des engeren und erweiterten Vorstandes teil. Die Revisoren, die Mitglieder der Prehkommission und des Bildungsausschusses, sowie die in Breslau wohnenden Abgeordneten für Gemeinde, Provinz, Staat und Reich und die Redakteure der „Volkswacht“ haben beratende Stimme.

sorgfältig untersucht und von dem übrigen Lager isoliert worden. Es hätten sich dann noch weitere fünf Erkrankungen an Diphtherie herausgestellt, die aber alle leichter Natur seien. Trotzdem habe sich aber die Lagerleitung genötigt gesehen, diese Kinder nach Lübeck ins Kinderhospital zu überführen. In Verbindung mit dem Gesundheitsamt Lübeck seien von der Lagerleitung unverzüglich alle Schritte getan worden, um eine Weiterverbreitung der Erkrankung zu verhindern. Genau dasselbe trifft zu auf einen Scharlachfall, der eingetreten sei. Man könne nicht von einer Seuche reden, sondern nur von einzelnen Erscheinungen, denen natürlich sorgfältig nachgegangen werden müsse, um eine Weiterverbreitung zu verhüten. Kinder, die irgendwelche verdächtigen Krankheitserscheinungen aufwiesen der durch die ärztliche Untersuchung als Bazillenträger festgestellt waren, seien unverzüglich aus dem Lager herausgenommen, so daß eine Weiterverbreitung durch die jetzt noch dort befindlichen Kinder nicht zu befürchten sei.

Nicht mehr zu überbietende Schuftigkeit

Ein Betrüger schwindelt einem Erwerbslosen das letzte Geld für die Vermittlung von Arbeit ab

Am eine sehr traurige Erfahrung reicher wurde gestern ein erwerbsloser Arbeiter aus Meleschewitz, als er hoffnungsvoll nach Breslau kam, um hier eine Arbeitsstelle anzutreten, die er sich für sein letztes Geld hatte vermitteln lassen. War da am Sonntag ein Mann im Alter von dreißig Jahren bei ihm erschienen, der sich als Paul Günther, Breslau, Gardestraße 8 wohnhaft, vorstellte, dem Arbeitslosen erzählte, daß er Wiegemeister in einem Kohlengeschäft sei und ihm Arbeit verschaffen würde.

Der Arbeiter erklärte sich mit Freuden bereit, dem Salunken seine Papiere mitzugeben und am nächsten Tage kam dieser Zurück auch wieder zu ihm, brachte ihm die Papiere zurück und erklärte ihm, daß er am 21. Juli antreten könne und sich Gräbichener Straße 18 in der Kohlenhandlung melden solle. Für die Arbeitsvermittlung verlangte er 20 Mark, aber da der Arbeitslose nur noch 14 Mark hatte, gab er sich mit dieser Summe und einer Wiederkehr zufrieden. Als gestern der Arbeitslose nach Breslau kam, konnte er nur die für ihn niederschlagende Feststellung machen, daß in der Gräbichener Straße 18 keine Kohlenhandlung und in der Gartenstraße 8 kein Wiegemeister Günther zu finden war. Er hatte sich noch Geld geborgt, um nach Breslau fahren zu können. Das Verstreben, Arbeit zu erhalten, hatte ihn die sein eingefädelte Schuftigkeit nicht erkennen lassen.

Rückfichtloser Autofahrer

Beim Ueberfahren der Koienthafer Straße wurde am Donnerstagabend gegen 23,15 Uhr, der Zollsekretär Franz Pöschel aus der Werberstraße 82 von einem Personentraktor umgerissen, der ohne Licht ankam und in der Richtung Matthiasstraße weiterlief, ohne daß sich der Führer um den Verletzten kümmerte. Dieser mußte mit erheblichen Verletzungen in das Allerheiligen-Hospital geschafft werden, wo außerdem noch eine Gehirnerschütterung festgestellt wurde. Da ein anderes Auto die Verfolgung des rücksichtslosen Fahrers aufnahm, gelang es, das Kennzeichen des Autos festzustellen. Leider gibt die Polizei, der es an der Hand der Autokennzeichen ein leichtes ist, den Inhaber des Kennzeichens zu ermitteln, den Namen des Rückfichtlosen nicht bekannt.

Schöne Haare: PIXAVON-Shampoo
Beutel 30 &

Wegen Verlegung meines Geschäfts

Räumungsverkauf

meines gesamten Warenlagers

Wenn Sie infolge des groben Andranges in den ersten Tagen nicht bedient werden konnten, bitte ich um Wiederholung Ihres Besuches

Meine Läger sind noch sehr, sehr groß!

**Bett-, Leib-, Tisch-, Haus- u. Küchen-Wäsche
Badewäsche, Wäschestoffe, Inletts, Gardinen**

zum Teil: Weit unter Einkaufspreis

Beginn: 26. Juli, früh 8 1/2 Uhr

Wäsche-Manneberg

Inh. Lutz Manneberg

Im Hofe

Reuschestraße 47/48

Im Hofe

Ab 15. August 1930 Reuschestraße 45 (Laden)

95 Pfennig-Tage

Beginn: Freitag, den 25. Juli

Staubtücher
weiche Qualität, 50 x 50 cm 95
groß 12 Stück

Küchenhandtücher
reineinen, gesäumt u. geb., 45 x 100 2 Stück 95

Linon für Bettwäsche,
130 cm breit, 1 Meter 95
80 cm breit, 2 Meter . . . 95

Zefir
gestreift, 70 cm breit
2 1/2 Meter 95

Kaffeedecken
farbig kariert, waschecht,
100 x 100 cm. Stück 95

Rolltücher
grün gestreift mit roter Kante
gesäumt, 80 x 140 cm, Stück 95

Dam.-Taschentücher
prima Mako, weiß mit Mohl-
saum 6 Stück 95

Kind.-Prinzehemd.
weiß, Waschestoff, Klappel-
spitzengang, Lg. 45-65 Stück 95

Kind.-Adelskleidhemd.
weiß Waschestoff m. Glanzstickerei-
verzierung, Länge 45-65 Stück 95

Kind.-Nachthemd.
m. P., Arm, weiß, Waschestoff,
farb. Bubik, Lg. 60-100 Stück 95

Damen-Unterhosen
mit Klappelspitzen und 2-fachem
Sticker-Einsatz Stück 95

Dam.-Trägerhemd.
Waschestoff, m. Klappelspitzen-
ornament u. Handdruck 51. 95

Dam.-Trägerhemd.
weiß Waschestoff mit feinem
Motiv Stück 95

Zahlungs-
erleichterung
durch die
Kunden-Kredit-
G. m. b. H. G.
Gartenstraße 67

Damenstrümpfe
Wash-Kunstseide mit
Nehl oder Demberg-
Kunstseide mit kleinem
Schönheitsflecken . . . Paar 95

Damenstrümpfe
aus Seidenflor od. echt ägypt.
Mako, mod. Strümpf-Paar 95

Damenstrümpfe
Wash-Kunstseide plattiert
in vielen Farben, II. Wahl, Paar 95

Dam.-Sportsstrümpfe
Baumwolle meliert mit
Laufmasche 2 Paar 95

Herrensocken
Baumwolle bedruckt oder
Schwefelsocken . . . 3 Paar 95

Herr.-Jacquard-Sock.
Flor mit Kunstseide durch-
wirk Paar 95

Herr.-Stehumlegkrag.
4-fach Mako mit langer Ecke
2 Stück 95

**Herrren-Stehumleg-
kragen** Mako,
moderne Formen, 3 Stück 95

Hosenträger
Gummil mit Seidenbiese,
Paar 95

Herr.-Unterhosen
makelartig, in verschied.
Größen Stück 95

Herr.-Netzunterjacke.
mit verstärkter Schulter,
alle Größen Stück 95

Herr.-Netzknienhosen
in verschiedenen Größen,
Stück 95

Tüll-Büstenhalter
oder Trikol-Charmeuse,
Tüll, weiß u. hellrot, Stück 95

Strumpfhalter-Gürtel
aus Kunstseide mit
Küchenschalter, Stück 95

Damen-Handschuhe
Wash-Kunstseide, mit oder
ohne Manschette, mit kleinem
Schönheitsflecken . . . Paar 95

Damenkragen
Seidenrips oder Crêpe
de Chine, moderne
Formen Stück 95

Damengürtel
Wildleder, in weiß und
farbig Stück 95

Wäschestickerel mit
Glanzgarn gestickt, Coup.
3,05 od. 4,60 Meter, Coupon 95

Dam.-Jumperschürzen
bedruckt Satin oder ge-
streift Water Stück 95

Hauskleider
aus glattem od. gestreiftem
Zefir, kleine Größen Stück 95

Kinderschürzen
Häckerform, ob. glatt u.
unt. kar., Gr. 45-70 Stück 95

Mitteldecken
Creas 80x100 cm, rund od. eckig
vorgezeichnet Stück 95

Kinder-Kleidchen
Nessel, vorgezeichnet,
moderne Muster, Größe
55-75 Stück 95

Männ.-Händler-Schürze
Nessel, vorgezeichnet,
Größe 55-70 Stück 95

Unterzieh-Höschen
2- u. gestrickt, weiß und
farbig 2 Paar 95

Damenschlüpfer
echt ägypt. Mako in vielen
Farben, Gr. 42-48 Paar 95

Damenschlüpfer
Kunstseide „Silkane“,
II. Wahl Paar 95

Kinderschlüpfer
Trikol-Charmeuse, eintodi
in vielen Farben Paar 95

**Gummi-Bade-
schuhe** Größe 38-40
Paar 95

Badeanzüge
in verschiedenen Aus-
führungen Stück 95

WELTBÜHNE ASTORIA

Beginn: Wochent. 6, Sonnt. 3 Uhr

1. Der große Lustspiel-erfolg
im Capitol:

Anny Ondra

in

**„Das Mädchen
aus U. S. A.“**

2. Der packende Abenteuerfilm

**„Kampf um
Mitternacht“**

3. Die große Bühnenschau

Beginn: Wochent. 5, Sonnt. 3 Uhr

1. „Ehe
auf Probe“

Ein interessantes
Sittenproblem!

2. „Die stärkere
Macht“

Ein Abenteuerfilm aus fernem
Osten mit Fritz Kortner

3. Die große Bühnenschau



Täglich ab 5 Uhr. — Eintrittspreise ab 60 Pf.

Klingende Namen als Hauptdarsteller!
Glanzvolle Ausstattung!
Endlose Spannung, grandioses Schauspiel
aus Alt-Rußlands Zeiten

Hochverrat

Dieses Werk bietet blendende
Unterhaltung allen Kreisen!

In den Hauptrollen:
**Gerda Maurus — Harry Hardt
Gustav Fröhlich — von Ledebour**

Ufa-Wochenschau

Leichtsinn und Liebe
Reinheit und Verderbtheit
schildert die
Jugend-Tragödie
aus heutigem Leben

Jugendsünden

In den Hauptrollen:
**Erna Morena — von Ledebour
Margarete Schön — Rina Marsa**

Sonntag 3 Uhr:

Gr. Kinder-Vorstellung

Wild-West (Tom Tyler)

Eintrittspreise 30 und 50 Pf.

Speise-Eis-Müller

Tautenzienstr. 140 Eisnerstr. 7

**Die modernsten
Eis-Dielen Breslau**

Eigener Molkereibetrieb
Musikalische Unterhaltung

Konditorei u. Café Gernoth

empfehl. seine freundl. Lokalitäten
Bestes Gebäck Gut gepflegte Getränke
Vereinszimmer frei

Schauspielhaus

Tel. 36300 Tagl. 8 Uhr
Der Weltkammer

Dolly's Abenteuer

Lothar Heuser
Ivo Wimmer a. G.

Gegen Vorweisung
dieser Anzeige
50% Ermäßigung
an der Theaterkasse

LIEBICH

Täglich 8,15 Uhr die erfolgreichste
Randow-Revue

Komm zu mir

mit Herta Loewe, dem
glänzend. Star-Ensemble
und den entzückenden
Randow-Girls

Ruf 346 46

Interate erzielen in
dieser Zeitung
den größten Erfolg

Grad-jetzt

Edle Ring, früher Markt 1.

Leihweise

Smoking u. Gehrockanzüge
Klapphüte • Tel. 57082

WARTBURG

LICHTSPIELE
Gröbchenstr. 949

Nur von Freitag bis Montag

Harry Liedtke

„Donauwalzer“

Eine entzückende Komödie von mittelländischer Lustig-
keit mit Peggy Norman und Ernst Verebos.

Im Besonderen:
„Das wilde Blut“

Sensations-Abenteuerfilm
mit dem Wolfshund Winnetou.

Deutlich - Woche

Beginn: Wochent. 6, 8 1/2 Uhr, Sonnt. ab 4 1/2 Uhr
Sonntag 3 Uhr: Große Jugendvorstellung

**„Das wilde Blut“
und Harry Liedtke**

Kurgarten

Kleinberg Heute sowie jeden Freitag
Kurgarten-Ball

Damen bis 9 Uhr Eintritt frei
Stimmungsvolle Jazz-Musik

SAXONIA

Ohlauer Straße 60/61 (am Christophoriplatz)

Im Park von Scheitnig, still verborgen,
Dergißt man alle feine Sorgen

Schweizerei

Zentral

THEATER-WISSEND-GUT 50

Der Andrang läßt nicht nach
Wir müssen daher wiederum
bis einsch. Montag, den 26.
Juli 1930 verlängern

Liane Haid — Gustav Fröhlich

Der unsterbliche Lump

Ein Großentwurf
aus dem herrlichen Alpenland.

Dazu im Besonderen:
Jenny Jaga

Der Bund der Drei

Ein Kriminalfilm voll Spannung
und nie raubender Leichtigkeit.

Der Wahre Jacob

Preis 30 Pf. Sozialdemokratisches Witzblatt
Zuhaben in den Volkswacht-Buch-
handlungen und bei den Zeitungsträgern

Billiger Verkauf von Fleisch- u. Wurstwaren

Schweinebauch 1,00, Schweinehälften
Schweinefleisch 1,00, Schweinehälften
Kalbfleisch mit Knochen 1,00
Kalbfleisch ohne Knochen 1,00
Rouladen 1,40 u. 1,20, Suppenfleisch 0,80
Rindfleisch ohne Knochen 1,00
Pökelfleisch 1,00 an, Rinderfleisch 1,00
Frischer Speck 1,00, Lungenfleisch 1,00
Ger. Backe 1,00, M. 0,80, Rinderfleisch 1,00
Reines Schweinefleisch und Griebenfleisch 1,00
Gulasch 1,00, M. 0,80 an, Gehacktes 1,00
Gepökelte Eisbeine 1,00
Schweineköpfe mit Backe 1,00
Zerelatwurst (schwarz) 1,00
Pönlische Zerelatwurst 1,00
Mettwurst 1,00
Bratkopf und Mortadella 1,00
Braumwurst 1,00
Frischwurst 1,00, 0,15 - 0,25, Leberwurst 0,15
Frischwurst 1,00, 0,35, Kiebacke 0,25
Frischbraten 1,00
Gehackter Speck 1,00
Lachsbraten u. roher Lachs 1,00
Knoblauchwurst 0,70 - 0,80, Pönlische 0,80
H. Aufschnitt 1,00, 0,40, Ger. Bratwurst 1,00
Frische Backen 1,00, 0,70, Gepökelte Backen 1,00

Adolf Weiss

Molkerei

Beachten Sie bitte mein
preiswertes Angebot

Schmalfleisch ohne 1,10-1,30, Kalbfleisch 0,80
Rouladen 1,20, Keule u. Niere 1,10
Schweinebauch 0,80, Kalbfleisch ohne 1,40
Schaffel und Schabracken 1,00 u. 1,10, Gehacktes 1,00
Lungenfleisch 0,80, Rinderfleisch 1,00

Sämtliche Wurstwaren sind entsprechend

Nur bei Wilhelm Land

Lehmgrubenstraße

Das neue Reichs-Gaststättengesetz

Strengere Bestimmung gegen den Alkoholausschank an Jugendliche — Die 1 Uhr Polizeistunde durch preussische Ausführungsbestimmungen in Frage gestellt — Kneipfschulden nicht mehr einlagbar — Auf Speisen ohne Getränke darf kein Aufschlag mehr erhoben werden

Am 1. Juli trat das heikelnstrittene Gaststättengesetz in Kraft. Die ersten Entwürfe dieses Gesetzes haben schon vor dem Kriege vorgelegen. Die Sozialdemokratische Partei hatte in immer neuen Anträgen die Forderung eines Gaststättengesetzes, früher unter dem Namen Schankstättengesetz, gefordert. Trotz monatelanger Beratungen kam es nie zu einem Abschluß, weil in der Nachkriegszeit kein Reichstag die nötige Zeit gefunden hat, dieses Gesetz zu verabschieden. Wir gehen im folgenden einem sachverständigen Mitarbeiter zu dieser recht bedeutenden Angelegenheit das Wort.

In den letzten Monaten die Auseinandersetzungen über das Gaststättengesetz im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages beobachtet, der mußte erkennen, daß die gegnerischen Parteien in allen bürgerlichen Parteien zu finden sind und daß sie mit den schwersten Gesetzen aufzurufen. Die Interessen des Volkes wurden auch an diesen Tagen nur von den Arbeiterparteien vertreten. Die bürgerlichen Parteien traten nur einige hervor, die für eine angemessene Einschränkung des Alkoholkonsums zu haben

entsprechend dem Kräfteverhältnis ist das Gesetz natürlich eine Kompromißlösung und geht lange nicht so weit, als wie die Interessen der Jugend und des gesamten Volkes mündigens wäre. Leider sind die Interessen einer kleinen Schicht viel berücksichtigt worden, als wie es ihnen zahlenmäßig zuwider. Wir wollen aber anerkennen, daß das Gesetz doch eine neue Bestimmungen bringt, die natürlich erst von ihrem Leben zum wirklichen Leben erweist werden müssen. Daß schon wieder die Alkoholinteressen kräftig am Arbeiten an den etwas mangelhaften preussischen Ausführungsbestimmungen zu einigen wichtigen Paragrafen zu erkennen. Der erste Teil des Gesetzes umfaßt alle Bestimmungen, die zur Erlaubniserteilung für einen Gaststättenerwerb notwendig sind. Es werden eindeutig festgelegte Forderungen, welche sowohl an die Person als auch an die räumlichen Verhältnisse gestellt werden, ehe eine Erlaubniserteilung ist. Die im § 6 vorgezeichneten Bestimmungen für die Erlaubniserteilung sind in den sehr üblen Verhältnissen, den meisten Filialbetrieben herrschen, weitgehende Verbesserungen herbeiführen. Der § 8 sieht vor, daß ein vorübergehendes Bedürfnis für den Ausschank geistiger Getränke bei Jugendfesten, sowie bei Sportfesten, an denen überaus Jugendliche beteiligt sind, in der Regel nicht anzufragen ist. Die Erlaubniserteilung ist weitgehend erleichtert. Die im § 12 mögliche Entziehung der Gewerbeberechtigung wird hauptsächlich in Zukunft scharfer ausgeübt werden. Die Polizeistunde wird einheitlich durch den § 14, der erstmalig den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter und Arbeitnehmer ein Mitbestimmungsrecht auf dem Gebiet einräumt. Die 1-Uhr-Polizeistunde ist die preussischen Ausführungsbestimmungen in minderer verfahrensweise, was in den Gemeinden mit 500 000 Einwohnern die 2-Uhr-Polizeistunde zugeordnet. Diese sehr eigenartige Haltung der preussischen Regierung ist verwunderlich, da die zuständigen Gewerkschaften für ihre Polizeistunde kämpfen.

Das Gesetz gibt die Möglichkeit, den Ausschank und Kleinverkauf von Branntwein bis zu zwei Tagen in der Woche, insbesonders an Lohn- und Gehaltszahlungstagen und an Wahltagen zu betreiben. Die preussische Regierung schmeißt sich über die wichtigen § 15 aus, hauptsächlich nur in der Voraussetzung der letzte Satz dieses Paragraphen auch in Preußen, daß weitergehende landesrechtliche Bestimmungen" beschränkt das nicht der Fall sein, würde das Verhalten der preussischen Regierung höchst eigenartig sein. Die politischen Erörterungen der letzten Monate zeigen in ihren Auswüchsen, die immer wieder Verbindungen mit Alkoholisierung geschehen, daß die Forderungen an den Ausschank festgelegt, die leider wohl in der Praxis nur auf dem Papier stehen werden. Branntweinvertrieb in Gaststätten ist verboten. (Nach dem Kommentar des Reichstages gehören dazu auch Vorkonsums.)

Die im § 17 und durch dazu gehörende Bestimmungen neu geregelt, wobei besonders die im § 17, die wichtigsten Bestimmungen mit festen auszuhalten, die vertraglich festgelegt werden müssen, zu halten sind. Die Ortspolizeibehörde muß Gaststätten mit der Bedienung unter einer dauernden strengen Aufsicht und kann bei den geringsten Vergehen einschreiten. Die Erlaubniserteilung der Erlaubnis können nach § 19 die Ortsämter und die gemeinnützigen Vereine, darunter auch die Arbeitervereine, gehört werden. Auch die Möglichkeit fehlt leider in den preussischen Ausführungsbestimmungen und wird deshalb in Preußen nicht Wirklichkeit. Die Wohlfahrtsämter könnten aus ihrer Erfahrung im Bereich der Alkoholkonsums für die Interessen der Kinder beachtlich an dieser Stelle mitarbeiten. Auch hier ist die Mitarbeit der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen vorzuziehen.

Die Bestimmungen des Gaststättengesetzes betreffen Kneipen, Kameradschaftskeller und Messen der Arbeiter, die Polizei, soweit sich ihr Betrieb auf die genannten Gaststätten bezieht. Auch für Wohnwirtschaften, Speisewagen und für die Reichsbahn sind Ausnahmegestimmungen vorzuziehen. Eine sehr interessante Forderung bringt der § 21, indem er, daß Forderungen eines Gast- und Schankwirtes aus dem Ausschank von Branntwein weder eingeklagt noch in sonstiger Weise geltend gemacht werden können, wenn sie Personen geworden sind, die dem Gast- oder Schankwirt eine fiktive Kneipe noch nicht gehabt haben. Es ist anzunehmen, daß die Forderungen beim Ausschank alkoholischer Getränke nicht geltend gemacht werden können.

Die Bestimmungen des Gaststättengesetzes betreffen Kneipen, Kameradschaftskeller und Messen der Arbeiter, die Polizei, soweit sich ihr Betrieb auf die genannten Gaststätten bezieht. Auch für Wohnwirtschaften, Speisewagen und für die Reichsbahn sind Ausnahmegestimmungen vorzuziehen. Eine sehr interessante Forderung bringt der § 21, indem er, daß Forderungen eines Gast- und Schankwirtes aus dem Ausschank von Branntwein weder eingeklagt noch in sonstiger Weise geltend gemacht werden können, wenn sie Personen geworden sind, die dem Gast- oder Schankwirt eine fiktive Kneipe noch nicht gehabt haben. Es ist anzunehmen, daß die Forderungen beim Ausschank alkoholischer Getränke nicht geltend gemacht werden können.

Die Bestimmungen des Gaststättengesetzes betreffen Kneipen, Kameradschaftskeller und Messen der Arbeiter, die Polizei, soweit sich ihr Betrieb auf die genannten Gaststätten bezieht. Auch für Wohnwirtschaften, Speisewagen und für die Reichsbahn sind Ausnahmegestimmungen vorzuziehen. Eine sehr interessante Forderung bringt der § 21, indem er, daß Forderungen eines Gast- und Schankwirtes aus dem Ausschank von Branntwein weder eingeklagt noch in sonstiger Weise geltend gemacht werden können, wenn sie Personen geworden sind, die dem Gast- oder Schankwirt eine fiktive Kneipe noch nicht gehabt haben. Es ist anzunehmen, daß die Forderungen beim Ausschank alkoholischer Getränke nicht geltend gemacht werden können.

welche Auswirkungen, Auslegungen und Umgehungen die einzelnen Bestimmungen dieses Gesetzes erfahren werden. Die Interessententeile aus dem Gaststättengewerbe haben ihre Kräfte konzentriert, um etwaige Eingriffe zu verhindern. Ob es den Gewerkschaften gelingen wird, die Polizeistunde auf ein erträgliches Maß herabzudrücken, ist bei der derzeitigen Einstellung der preussischen Regierung leider sehr zu bezweifeln.

Die preussischen Ausführungsbestimmungen beginnen mit der Feststellung, daß dieses Gaststättengesetz dem Schutz der Jugend gegen die Gefahren des Alkoholismus und der Verbesserung des Schankkonzessionswesens dienen soll. Hoffen wir, daß es in diesem Sinne unter besonderer Berücksichtigung der Interessen der Mehrheit des Volkes erfüllt wird.

In die freigewerkschaftlich und sozialistisch organisierte Arbeiterschaft Breslaus!

Am Sonnabend, dem 26. und Sonntag, dem 27. Juli findet in Breslau das dritte schlesische Arbeiter-Turn- und Sportfest statt. Die Deutschen Kampfspiele, die vor 4 Wochen in Breslau stattfanden, zeigten das Spiegelbild des verflochtenen Bürgerblocks. Demokraten marschierten beim Festzug in Reich und Glied mit dem Stahlhelm, der Seemehr und den schwarz-weiß-roten Schützenvereinen. Der bürgerliche Sport wird auch bei den kommenden Wahlen der treue Schildträger der bürgerlichen Parteien sein. Im Gegensatz hierzu werden die Arbeiter-Turn- und Sportfest dem Wahlkampf der nächsten Wochen ihre ganze Kraft zur Verfügung stellen. Das Festspiel „Was dich frei“, am Sonnabend, dem 26. Juli, welches in Nürnberg 60 000 Zuschauer begeisterte, mit seinen 1500 Mitwirkenden, ist das Kleinbild der organisierten Arbeiterschaft zur sozialistischen Arbeiterklasse. An alle freigewerkschaftlich und sozialistisch organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter ergeht hiermit der Ruf, das Fest der Arbeiterpartei in Breslau zu besuchen. Niedrige Eintrittspreise ermöglichen allen den Besuch.

Die Deutschen Kampfspiele waren das Fest des Bürgertums. Das dritte schlesische Arbeiter-Turn- und Sportfest muß den Massen auf dem Weg der gesamten organisierten Arbeiterschaft Breslaus im Stadion sehen!

Hauptauschuss des 3. schlesischen Arbeiter-Turn- und Sportfestes.

Sozialfaschistische Diphtherie

Was die „Arbeiter-Zeitung“ über eine sozialistische Kinderrepublik zu berichten weiß

Nachdem der eine (!) Todesfall von Diphtherie im Kinderzettelager bereits hinreichend publiziert, längst alle Maßnahmen gegen weitere Ertrankungsfälle in der Kinder-Republik in der Lübeder Nacht getroffen worden sind, überhaupt wieder alles in Ordnung ist, fällt es der „Arbeiter-Zeitung“ ein (oder kam ein Schrieb vom Agitprop aus dem Karl-Liebknecht-Haus in Berlin), daß auch dieser Vorgang eine rein sozialfaschistische Angelegenheit ist. Und so liest man in der gestrigen Ausgabe:

Der Ausbruch einer Diphtherie-Epidemie und Tod eines Kindes in der reformistischen Kinder-Republik in der Lübeder Nacht ist, wie jetzt einwandfrei festgestellt wurde, auf die Schuld der reformistischen Zeitung zurückzuführen.

So, jetzt weißt du es, wenn eine radikale Zeitung vorhanden gewesen wäre, wenn Jungpartakisten aus dem Slot die Sache in der Hand gehabt hätten, dann wäre so etwas nicht passiert, aber wenn Reformisten nun einmal die Führung in der Hand haben, ist es dann ein Wunder, wenn die Diphtherie ausbricht. Wahrscheinlich haben wir es hier mit einer ausgesprochen sozialfaschistischen Krankheit zu tun. Darum kommunistische Ärzte an die Front! Wir stellen fest, keine bürgerliche Zeitung, nicht einmal die der Kinderfreunde-Bewegung am feindlichsten gesinnte Zentrums- und Arbeiter-Zeitung hat aus diesem an und für sich sehr bedauerlichen Fall irgend einen Angriff gegen die Kinderfreunde-Bewegung hergeleitet. Das war allein einer „Arbeiter(!)-Zeitung“ vorbehalten.

Zu all diesem Blödsinn, über den man noch hinweggehen könnte und bei alledem nur die Schreiber bedauern muß, in deren Hirn sich solche Konstruktionen bilden, kommt aber noch die drecksalte Gemeinheit. In diesem Aufsatz liest man weiter: „Diese unverantwortliche Haltung und tödliche Gefährdung der Kinder hat einen Sturm der Entrüstung und eine Massenflucht aus dem Kinderlager hervorgerufen. In aller Eile wurden die Zelte abgebrochen und die Kinder von ihren Eltern telegraphisch zurückgerufen.“ Gemeinliche Lüge, nicht ein einziges Wort ist wahr. In Wirklichkeit ist kein einziges Zelt abgebrochen worden, kein einziges Kind zurückgerufen worden. Nur um einer Bewegung, die so große Fortschritte macht, eins auszuwischen zu können, wird auf solche gemeine Art und Weise gelegnet und dadurch Hunderte von Eltern aufs neue beunruhigt.

Wir können daraufhin nur noch einmal allen Eltern erklären, daß keinerlei weitere Gefahr im Kinderlager besteht, daß von ärztlicher Seite alle Vorbeugungsmaßnahmen getroffen worden sind, also keinerlei Grund zur Besorgnis vorliegt. Die Ausführungen in der „Arbeiter-Zeitung“ sind allgerneinste Lügen.

Die Beurteilung dieser Art von Presse, die sich mit solchen Produkten noch tief unter die Standa-Wochenpresse stellt — was ja bei der immer stärker werdenden Identität von kommunistischen Schreibern und Wurstblatt-Redakteuren nicht weiter zu verwundern ist — überlassen wir getrost den Lesern.

Ein objektiver Bericht

Vom Lübeder Gesundheitsamt wird zu den Ertrankungen in dem Zettelager „Kinderrepublik Lübeder Nacht“ mitgeteilt:

Als der erste Diphtheriefall bei einem Danziger Kind festgestellt wurde, seien die Zeitgenossen dieses Kindes zunächst

Parteigenossinnen! Parteigenossen!

In der heutigen Nummer der „Volkswacht“ erscheint ein Aufruf der Breslauer Arbeiter-Sportler. Wir bitten, diesen Aufruf besonders zu beachten und erziehen alle Parteigenossen und Genossinnen, nach Möglichkeit durch Teilnahme am „Schlesischen Turn- und Sportfest“ die roten Sportler in Breslau zu unterstützen.

Heute, Freitag, den 25. Juli, 19,30 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses

Funktionär- und Vertreterversammlung

Redner Genosse Löbe. Eintritt ist nur gegen Vorzeigung der gelben Vertreterkarte bzw. grünen Funktionärkarte gestattet. Gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches haben Genossen und Genossinnen Zutritt zur Galerie.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Groß-Breslau beruft für Mittwoch, den 30. Juli 1930, 19 1/2 Uhr, eine

Außerordentliche Generalversammlung

im Gewerkschaftshause ein.

Einziger Tagesordnungspunkt

Aufstellung der Kandidaten zum Reichstag

Anträge außerhalb dieser Tagesordnung, die in der Generalversammlung zur Beratung kommen sollen, müssen drei Tage vor Stattfinden der Generalversammlung dem Vorstande unterbreitet werden.

An der außerordentlichen Generalversammlung nehmen mit beschließender Stimme die gewählten Vertreter sowie die Mitglieder des engeren und erweiterten Vorstandes teil. Die Kreisvereine, die Mitglieder der Prekominmission und des Bildungsausschusses, sowie die in Breslau wohnenden Abgeordneten für Gemeinde, Provinz, Staat und Reich und die Redakteure der „Volkswacht“ haben beratende Stimme.

sorgfältig untersucht und von dem übrigen Lager isoliert worden. Es hätten sich dann noch weitere fünf Erkrankungen an Diphtherie herausgestellt, die aber alle leichter Natur seien. Trotzdem habe sich aber die Lagerleitung genötigt gesehen, diese Kinder nach Lübed ins Kinderhospital zu überführen. In Verbindung mit dem Gesundheitsamt Lübed seien von der Lagerleitung unverzüglich alle Schritte getan worden, um eine Weiterverbreitung der Erkrankung zu verhindern. Genau dasselbe trifft zu auf einen Scharlachfall, der eingetreten sei. Man könne nicht von einer Suche reden, sondern nur von einzelnen Erscheinungen, denen natürlich sorgfältig nachgegangen werden müsse, um eine Weiterverbreitung zu verhindern. Kinder, die irgendwelche verdächtigen Krankheitsercheinungen aufwiesen der durch die ärztliche Untersuchung als Bazillenträger festgestellt waren, seien unverzüglich aus dem Lager herausgenommen, so daß eine Weiterverbreitung durch die jetzt noch dort befindlichen Kinder nicht zu befürchten sei.

Nicht mehr zu überbietende Schuftigkeit

Ein Betrüger schwindelt einem Erwerbslosen das letzte Geld für die Vermittlung von Arbeit ab

Am eine sehr traurige Erfahrung reicher wurde gestern ein erwerbsloser Arbeiter aus Meleschitz, als er hoffnungsvoll nach Breslau kam, um hier eine Arbeitsstelle anzutreten, die er sich für sein letztes Geld hatte vermitteln lassen. War da am Sonntag ein Mann im Alter von dreißig Jahren bei ihm erschienen, der sich als Paul Günther, Breslau, Garwestraße 8 wohnhaft, vorstellte, dem Arbeitslosen erzählte, daß er Wiegemeister in einem Kohlengeschäft sei und ihm Arbeit verschaffen würde.

Der Arbeiter erklärte sich mit Freuden bereit, dem Ganzen seine Papiere mitzugeben und am nächsten Tage kam dieser Burche auch wieder zu ihm, brachte ihm die Papiere zurück und erklärte ihm, daß er am 21. Juli antreten könne und sich Gräbichener Straße 18 in der Kohlenhandlung melden solle. Für die Arbeitsvermittlung verlangte er 20 Mark, aber da der Arbeitslose nur noch 14 Mark hatte, gab er sich mit dieser Summe und einer Weckeruhr zufrieden. Als gestern der Arbeitslose nach Breslau kam, konnte er nur die für ihn niederschlagende Feststellung machen, daß in der Gräbichener Straße 18 keine Kohlenhandlung und in der Gartenstraße 8 kein Wiegemeister Günther zu finden war. Er hatte sich noch Geld geborgt, um nach Breslau fahren zu können. Das Bestreben, Arbeit zu erhalten, hatte ihn die sein eingefädelt Schuftigkeit nicht erkennen lassen.

Rücksichtsloser Autofahrer

Beim Überfahren der Rosenthaler Straße wurde am Donnerstagabend gegen 23,15 Uhr, der Polizeirevisor Franz Pätzold aus der Werderstraße 82 von einem Personenkraftwagen umgefahren, der ohne Licht ankam und in der Richtung Matthiasstraße weiterkroch, ohne daß sich der Fahrer um den Verletzten kümmerte. Dieser mußte mit erheblichen Verletzungen in das Alteschelligen-Hospital geschafft werden, wo außerdem noch eine Gehirnverletzung festgestellt wurde. Da ein anderes Auto die Verfolgung des rücksichtslosen Fahrers ausnahm, gelang es, das Kennzeichen des Autos festzustellen. Voller gibt die Polizei, der es an der Hand der Autonummer ein leichtes ist, den Inhaber des Kennzeichens zu ermitteln, den Namen des Rücksichtslosen nicht bekannt.

Schöne Haare: PIXAVON-Shampoo
Beutel 30 &

Der Kampf um die Rente

Die Folgen einer Unfallfolge

Der Arbeiter E. erkrankte mit 11 Jahren an einer Tuberkulose, die ihn zu einem Gehörlosen für einen bestimmten Zeitraum machte. Er erhielt einen Gehörlosen-Pfandbrief, der ihm eine Rente von 20 Prozent der Lohnsumme gewährte. In der Folgezeit wurde die Rente auf 10 Prozent herabgesetzt, was die Existenz des Arbeiters E. gefährdete. Er wandte sich an den Reichsarbeitsminister, der die Rente auf 10 Prozent herabzusetzen befohlen hatte. Der Reichsarbeitsminister wurde durch den Reichsarbeitsminister informiert, dass die Rente auf 10 Prozent herabzusetzen befohlen hatte. Der Reichsarbeitsminister wurde durch den Reichsarbeitsminister informiert, dass die Rente auf 10 Prozent herabzusetzen befohlen hatte.

Seine Unfallfolge

Beim Anheben eines Lastes fiel vor fast 2 Jahren der Arbeiter S. vom Gerüst, wobei er sich einen linksseitigen Rippenbruch zuzog. Er wurde in ein Krankenhaus eingeliefert, wo er eine längere Zeit über Kumpelung und Bronchialkatarrh litt. Seine Rentenanträge wurden aber abgewiesen, weil nach dem Gutachten von Professor Markus nach Ablauf der 13. Krankheitswoche keine messbaren Unfallfolgen mehr vorgelegen hätten. Kumpelung und Bronchialkatarrh seien auf andere Ursachen zurückzuführen. S. legte gegen den abweisenden Bescheid Beschwerde ein, aber die sein vor dem O.V. verhandelt wurde. S., der einen glaubwürdigen Eindruck macht, rückt beim Urteilen und Sprechen; er gibt an, daß er vor dem Unfall stets gesund gewesen sei, jetzt durch den schweren Bronchialkatarrh sehr am Arbeiten gehindert wäre und die Arbeit oft aussetzen müsse. Er habe deshalb schwerer Arbeit und sei auch jetzt wieder arbeitslos. Aber all seine Einwendungen nützten nichts. Die Berufung wurde auf Grund des ärztlichen Gutachtens zurückgewiesen. Wenn der Beweis erbracht wird, daß der Antragsteller bis zum Unfalltage gesund war, ist da nicht noch anzunehmen, daß der Fall vielleicht doch die Entleerung der jetzigen Leiden begünstigt hat? Vielleicht wäre es richtig, den „anderen Ursachen“ nachzugehen, die nach Ansicht des Arztes allein das Lungenerleiden und den Bronchialkatarrh verursacht haben.

Wiedergewährung der Rente

Der Arbeiter E. wegen Verschlimmerung seiner als Dienstbeschädigung anerkannten Leiden. Er hatte zehn Jahre im Heeresdienst gestanden, war auch bei der Schutztruppe und hatte sich in den Tropen die Malaria zugezogen. Im Weltkrieg wurde er verwundet, erkrankte auch eine Gasvergiftung und wurde am rechten Ohr durch einen Granatsplitter verwundet. Er bezog anfänglich eine Rente in Höhe von 20 Prozent und wurde dann abgefunden. Jetzt stellte er einen Antrag auf Wiedergewährung der Rente wegen Verschlimmerung der Schwerhörigkeit und des Nervenleidens. Der Antrag wurde aber zurückgewiesen, da keine nennenswerte Erwerbsminderung vorliege. Ein auf Dienstbeschädigung beruhendes Leiden bestehe nicht, es handle sich wohl nur um nervöse Auswirkungen der schlechten wirtschaftlichen Lage des Arbeiters. In der Berufungsverhandlung schätzte der Gerichtsarzt die durch die Schwerhörigkeit bedingte Erwerbsminderung auf 10 und die durch die Neurasthenie bedingte Gesundheitschädigung auf 25 Prozent. Aber es sei nicht einwandfrei zu beweisen, ob die nervösen Beschwerden nicht die Folge der Gehirnerkrankung seien, die der Kläger im Jahre 1926 erlitt und ob dieser Unfall wiederum eine Folge der Schwerhörigkeit gewesen sei, die als Dienstbeschädigung anerkannt ist. Der Kläger fuhr an dem Unfalltage auf dem Rade, überhörte das Klingeln der Elektrischen und wurde überfahren. Der Vertreter des Klägers wies darauf hin, daß das Verlorungsgericht schon im Jahre 1922 eine erhebliche Vermögensschädigung bei dem Kläger festgestellt habe und schon damals die Erwerbsminderung auf 20 Prozent schätzte; die Vermögensschädigung sei also nach der Entlassung aus dem Heeresdienst noch stärker geworden. Es sei daher mindestens eine Rente von 30 Prozent zu gewähren und Wiedererweckung des alten Rentenbetrages zu fordern.

Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Klägers an und sprach ihm eine Gesamrente für das Ohrenleiden und das wieder als Dienstbeschädigung anerkannte neurasthenische Leiden in Höhe von 30 Prozent zu.

Weitere Verbilligung im Flugverkehr

Ein Flug nicht teurer als Eisenbahn II. Klasse

Im allgemeinen hat der schlesische Luftverkehr in diesem Jahre, wie vor kurzem bereits veröffentlicht, einen erfreulichen Aufschwung genommen. Wichtig einige Linien lassen in der Frequenz noch zu wünschen übrig. Die Schlesische Luftverkehrs-A.G. hat durch Verhandlungen mit der Deutschen Luftverkehrsgesellschaft, daß mit Rücksicht auf die schweren wirtschaftlichen Verhältnisse in Schlesien und in der Hoffnung, durch einen solchen Schritt die Frequenzen heben zu können, daß auf einigen Strecken ab sofort neue Flugpreiserhöhungen eintreten. Demnach betragen in Zukunft die Preise Breslau-Berlin nur 20 Mark gegenüber bisher 35 Mark, Breslau-Gleiwitz jetzt 16 Mark gegenüber dem bisherigen Preis von 20 Mark, und die gesamte Strecke Berlin-Gleiwitz 38 Mark, an Stelle 50 Mark. Nach Inkrafttreten dieser neuen Preise ergibt sich, daß das Fliegen auf diesen Strecken nicht teurer ist als die Eisenbahnverbindung an II. Klasse. Erwartet wird nunmehr, daß die Schleiher, insbesondere aber auch die Wirtschaftskreise, diese Strecken stärker benutzen, um so die eingetretene Ermäßigung zu rechtfertigen.

Gleichzeitig hat die Deutsche Luftverkehrsgesellschaft auf ihren sämtlichen Strecken für Schwererkrankte eine Preisermäßigung von 10 Prozent eingeführt, auch diese gilt ab sofort.

Wahnenbahnenrennen in Breslau-Grüneiche

Die Rennen wiesen einen immer stärkeren Besuch auf. Am Mittwoch waren über 10.000 Besucher anwesend. Graf Schweinitz konnte drei Siege buchen. Beim Herausforderungskampf Weiland - Schweinitz führte Weiland oberrheinisch zweimal und zog sich beim zweiten Sturz einen doppelten Interarmbruch zu. Daraufhin sprang Schaal-Rin für ihn ein, konnte aber an die Leistungen des Grafen Schweinitz nicht im entferntesten anknüpfen. Ein gutes Rennen sahen auch Hed-Berlin und Blische-Dänemark. Die Ergebnisse der einzelnen Rennen waren folgende:

- Rekordfahren: 1. Hans Blisch, 1:44,8 Min. (aller Bahnrekord 1:36%).
- Länderkampf Australien - Dänemark - Deutschland: 1. Karl Heide, 2. Dänemark, 3. Punkte.
- Verlino-Australien, 4 Punkte, 5. Clausen-Dänemark, 2 Punkte.
- Herausforderungskampf: Graf Schweinitz, Breslau 1:58 Min. Weiland und Schaal gestürzt.
- Musikerkampfung: 1. Graf Schweinitz, 1:40,2 Min., 2. Mit-Verlin 1:50,8 Min.
- Rennen der B-Klasse: 1. Willinger-Mittelwalde, 8 Punkte, 2. Ludwig-Breslau, 6 Punkte, 3. Wllegner-Breslau, 3 Punkte.
- Goldener Helm: 1. Graf Schweinitz 1:51,8 Min., 2. Noll-Berlin 1:50,0 Min.

Sozialdemokratische Partei

Der mittelschlesische, sozialistische Frauentag ist eingereicht in den Wahlkampf!

Gesellschaft, den 26. Juli, 10 Uhr, findet in Reichert's Gasthaus, Bismarckstr. 2, statt.

Sitzung des Ordner-Ausschusses

Die Mitglieder des Programms, Werbe-, Jugend- und Berufungsausschusses, sowie alle Parteimitglieder, weibliche Parteimitglieder und interessierte Parteimitglieder, sind dazu eingeladen.

Die Sitzung findet am Sonntag, den 26. Juli, 10 Uhr, im Reichert's Gasthaus, Bismarckstr. 2, statt.

Jungsozialisten

Unsere Mitglieder beteiligen sich am Reichstag der Arbeiterpartei.

Gruppe Schelling, Gendler, Oberer. Wir treffen uns heute um 10 Uhr an der Reiterstraße am Lehmstamm. Partei-Mitglieder sind mitzubringen, da wir zur Versammlung ins Gewerkschaftshaus gehen.

Sozialistischer Kampfbund

Westmanns für die Kameradschaft. Heute, 10 Uhr, Einbaltung Linie 18, und die Genossen, die morgen abend wachen, sind pünktlich zur Stelle.

Sozialistische Arbeiterjugend

Am Sonntag beteiligen sich alle Genossen und Genossinnen, die nicht ins Jagdlager fahren, am Reichstag der Arbeiterpartei.

Heute, 10 Uhr, findet am Reichstag der Arbeiterpartei. Teilnehmerbeitrag für das Jagdlager mitbringen.

Neuanschaffungen der Arbeiter-Zentral-Bibliothek

- Ausgewählt und in den Katalog gesetzt!
- Kunst und Kunstgewerbe**
- 1357 Gaehde, Chr., Das Theater.
 - 1358 Knaut, E., Empörung und Gestaltung.
 - 1353 Kunst und Volk.
 - 1355 Büchgen, E., Die abendländische Kunst des 15. Jahrhunderts.
 - 3140 Ludwig, G., Rembrandts Schicksal.
 - 3141 Wehner, J., Hans Thoma.
 - 1366 Mendelssohn, E., Rußland - Europa - Amerika.
 - 1358 Richter, F., Albrecht Dürer.
 - 1326 Orienter, A., Der seelische Ausdruck in der altdeutschen Malerei.

Achtung, Reichsbannerkameraden!

Dienstag, den 26. Juli, 20% Uhr, findet im großen Saal des Gewerkschaftshauses

eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Ostvereins Groß-Breslau statt.

Referent: Landrat Kamerad Arnold-Sprottau.

Es erfolgt geschlossener Anmarsch. Zutreten der Abteilungen wie folgt:

- Nord: 19,45 Uhr, Gneisenauplatz.
- Ost: 19,45 Uhr, Reichsplatz.
- Süd: 19,40 Uhr, Museumsplatz.
- West: 19,45 Uhr, Waackplatz.

Die Volksmusik tritt bei Ost an, Der Ernst der politischen Situation erfordert die Anwesenheit aller Kameraden.

- 1361 Robin, A., Die Kathedralen Frankreichs.
- 1354 Schwarzlow, A., Sandro del Botticello.
- 1324 Schulz, Kunst und Kunstgeschichte, 1. Abteilung, Plastik.
- 1363 Stahl, Fr., Rom.
- 1364 Widenhagen, G. C. Lent. Contad Buchwald, Berühmte Vertreter der bildenden Kunst.

- Literaturgeschichte**
- 1517 Closser, A., Die deutsche Literatur.
 - 1587 Kleinberg, A., Die deutsche Dichtung.
 - 154 Köhler, W., Hermann Stehr.
 - 1519 Alabund, Literaturgeschichte.
 - 1518 Rütge, C., Kunst des Redens.
 - 1537,1 Mehring, Fr., Literaturgeschichte, von Calderon bis Heine.
 - 1537,2 Mehring, Fr., Literaturgeschichte, von Hebel bis Goethe.
 - 1546 Saergel, A., Dichtung und Dichter.
 - 1543,2 Zweis, Stef., Der Kampf mit dem Dämon, Hildertein, Kleist, Kluge.
 - 1543,3 Zweis, Stef., Drei Dichter ihres Lebens, Casanova, Stendhal, Tolstoj.

- Schöne Literatur**
- 159 Arbeiterdichtung der Gegenwart.
 - 187 Hies, A., Das Wasserglas.
 - 191 Kuller, 16 Geschichten.
 - 203,12 Balzac, H., Die drohtigen Geschichten.
 - 203,13 Balzac, H., Die Krottschärin.
 - 203,14 Balzac, H., Der Vetter Bons.
 - 203,15 Balzac, H., Die alte Jungfer.
 - 211,2 Barthel, M., Das Spiel mit der Puppe.
 - 211,3 Barthel, M., Der Weisheit am Kreuz.
 - 211,4 Barthel, M., Botschaft und Befehl (Gedichte).
 - 211,5 Barthel, M., Blochhaus an der Wolga.
 - 211,6 Barthel, M., und andere, Vier-Männer-Buch.
 - 222 Berger, A., Das Blochhaus am Chonofarke.
 - 224 Berg, Bengt, Arizona Charlene Junge.
 - 225,5 Berend, A., Die zu Mittelrode.
 - 225,6 Berend, A., Dora Brandt.
 - 225,7 Berend, A., Spremann & Co.
 - 226 Berend, A., Das Urwaldschiff.
 - 240,7 Bod, Alfred, Bodo Eisenberg.
 - 240,8 Bod, Alfred, Der Schlund.
 - 240,9 Bod, Alfred, Die leere Kirche.
 - 240,10 Bod, Alfred, Kantor Schildbüters Haus.
 - 240,11 Bod, Alfred, Die Pariser.
 - 265 Botolter, J., Tagbuch eines bösen Buben.
 - 264 Bonghardt, H., Der Blütenbauer.
 - 264,1 Bonghardt, H., Schwarz-Rot-Gold.
 - 271 Brack, C., Die Welt ohne Hunger.
 - 270,1 Büchner, G., Gesammelte Werke.
 - 280 Bürger, O., Aus der Wildnis des Quenju.

Rechtswissenschaftliches Jugendforum

Samstag, den 26. Juli, findet im Reichert's Gasthaus, Bismarckstr. 2, statt.

Von den Arbeiterinnenfreunden

Die Arbeiterinnenfreunde werden am Sonntag, den 26. Juli, 10 Uhr, im Reichert's Gasthaus, Bismarckstr. 2, stattfinden.

Bereinskalender

Achtung, Baugewerkschaft Sachwiz, Ranthl

Sonntag, 27. Juli, findet die Wahl zum Verbandstag statt. Jeder Baugewerkschaft hat sich an der Wahl zu beteiligen. Wahllokale: Sachwiz, Ranthl, in Sachwiz bei Aunilke, bei Sachwiz und in Reichert's bei Brack. Die Wahl beginnt um 10 Uhr pünktlich 11 Uhr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Konferenz und Helfer, Sonnabend, 2. August, 10,30 Uhr, Zimmer 7, Bremer und Berufsgenossen (Vertrauensleute), Sonnabend, 2. August, bei Brack, 11. Holzstraße 3.

- 286,1 Bürger, O., Aus den Jagdgründen der Zwielich.
- 326 Chateaubriand, A., Schwarzes Land.
- 343 Conrad, Josef, Der Scheinmännchen.
- 343,1 Conrad, Josef, Die Geheimnisse.
- 343,2 Conrad, Josef, Jugend.
- 343,3 Conrad, Josef, Spiel des Zufalls.
- 357 Constantin-Wener, Kanadische Nächte.
- 416 Daubiel, W., Das Opfer.
- 463 Böllin, A., Berlin, Alexanderplatz.

Die Sitzung des erweiterten Parteivorstandes

findet erst am Dienstag, dem 28. Juli 1930, im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses statt.

* Und nochmals: Zwei Messerstecher gestiftet. Die vergangenen Montag berichteten, waren am Freitag, den 26. Juli, in einer Streit geraten und haben diesen da zugerichtet. Daraufhin teilten die Eltern der Brüder ihre Söhne nicht gelassen haben können, da sie keine Wahl hatten, aber tags darauf erschien der Verletzte in der Klinik und legte die Kleidungsstücke vor, deren Blutstöße erkennen, daß er sehr erheblich verletzt worden sein muß. Das Kran in dem er sich verbinden ließ, hat inzwischen auch bestanden es sich um eine Stichverletzung handelt. Wie der Bericht gibt, hat er auf die Straßbahn gewartet und die Scher der beiden Brüder überhaupt nicht beachtet, hat sie sich abeten, als die beiden auf ihn zukamen und das soll der Unfall gewesen sein, über ihn herzufallen. Er bestreitet es einer der Brüder die Absicht gehabt hätte, den anderen Vorhaben zu hindern. Einige Augenzeugen hatten den Fallenen erst darauf aufmerksam gemacht, daß er gefahren sein muß, als sie bemerkten, daß ihm das Blut in größerer am Anzug herunterließ.

* Sonntagsruckschiffahrt. In Breslau-Schmiedefeld demnächst Sonntagsruckschiffahrt 3. Klasse nach Kniegnitz, Dorf (Ober), Steinau (Ober), Culmifau und Leubus über...

* Wieder einmal Halbmaht. Auf Beschluß des ministeriums sind die staatlichen und kommunalen Gebäude, die Gebäude der übrigen Körperschaften des öffentlichen Rechts, sowie die Gebäude der öffentlichen Schulen Tage der Beilegung der Opfer des Brückeneinsturzes in Halbmaht zu flagen.

Konzerte / Theater / Vergnügungen

Schauspielhaus. Täglich 20 Uhr, „Dolche Abenteuer“ mit Jule und Karl Heiler als Gast.

Reichstheater. Das Gastspiel der Randow-Komödie, „Komm näher, ich leine mich.“ Der diese Vorstellung noch nicht sah, der solle sie unbedingt sehen. Die Komödie ist sehr lustig und die Schauspieler sind sehr gut. Die Komödie ist sehr lustig und die Schauspieler sind sehr gut.

24/7/1930

Am den Warmbrunner Gasometerbau

Der Plan der Kölner Gas-A.G. in Verbindung mit der Gasleitung in P. o. Warmbrunn einen Verteilungsgasometer zu bauen, hat, wie wir bereits verschiedentlich berichtet, dort ziemlich heftige Reaktionen hervorgerufen, da man in Warmbrunn eine erhebliche Beeinträchtigung als Nebenbestand betrachtet. Am Montag fand nun eine Preisversammlung statt, an der Bürgermeister a. D. Salomon für den Schlichtungsausschuss teilnahm. In dieser Versammlung wurde überaus eingehend über die Kölner Gas-A.G., die die Höhe des Gasometers erst mit 10 Metern angab, dann aber zugeben mußte, daß er bei größerem Gasstrom bis auf 65 Meter erhöht werden würde, sondern auch gegen den Provinzialkonservator die gleiche Stellung genommen, der in einem Gutachten feststellte, daß es ein Gasometer in der Nähe einer reichhaltigen Badeanlage eines Kurorts nur zur Verschönerung der Gegend sein dürfte, wenn man die Tätigkeit des Herrn Bürgermeisters und die dienstliche Verbindung mit der Provinzialverwaltung, die durch die Ferngas-A.G. an der Sache interessiert ist, kennt, nicht das allerdingst nicht. Eine andere Frage wäre es, ob nicht gerade die provinzielle Leitungsgesellschaft die Aufgabe hätte, ihren Einfluß aufzubringen, damit eine Verdrängung des Badeortes Warmbrunn und damit eine Schädigung des so wie so nicht zu starken Fremdenverkehrs auf der deutschen Seite des Riesengebirges vermieden werde.

Der Herr Generaldirektor der „Köln“ soll allerdings, wie der Verammlung berichtet wurde, erklärt haben, der Gasometer sei eine Verschönerung des Ortes und der Landschaft. Die eigentlichen Wertmaßstäbe des Kapitalismus sind eben eigener Natur. Abgesehen hiervon aber erklärt die „Köln“, die kein Versteher ist, ihre eigenen Pläne auf Warmbrunn einzuführen, bevor diese Frage geklärt war, daß eine Verletzung der Vorschriften, daß der Gasometer mindestens an einem bestimmten Teile des Ortes errichtet werden könne. Die Entscheidung über den Einspruch der Gemeinde Warmbrunn, als solcher durch seine warmen Quellen, unter anderem dieser Riesengasometer mit seinen Explosionsstoffen, die immer drohende Gefahr darstellen würde, wie in der Einspruchsschrift der groß. Schaffgotschen Verwaltung vom 2. Juni 1930 im einzelnen näher ausgeführt ist. c) Die Gemeinde Warmbrunn, die unter Aufwendung bedeutender finanzieller Opfer in jahrelanger mühevoller Arbeit die Sportanlagen soweit gefördert hat, daß sie vor allem auch gegen ihre herrlichen Lage angesichts des Gesamtpanoramas des Riesengebirges insbesondere und seiner Wälderlage einen wertvollen Faktor darstellen, für die wirtschaftliche Entwicklung des Aufstrebens unseres altberühmten Kurortes. (Wir verweisen auf den Einspruch der Gemeindeverwaltung, sowie der zahlreichen interessierten wirtschaftlichen Verbände und Sportvereine, sowie ebenfalls auf das Schreiben des Herrn Regierungspräsidenten vom 3. Mai 1930.)

Einmütig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die auf Einladung der unterzeichneten Vereinigungen im Saale des „Schlesischen Adlers“ versammelten Warmbrunner Bürger erheben einmütig härtesten Protest gegen den Plan der Kölner Gas-A.G. in unserem Badeorte einen Gasometer von geradezu gigantischen Ausmaßen (62 Meter Höhe und 100 Meter Durchmesser) zu errichten. Der Platz für den geplanten Gasometer befindet sich nur 500-600 Meter entfernt vom Mittelteil des Ortes, dem Schloßplatz, den Bädernbauten und vor allem von den wertvollen warmen Heilquellen.“

Der Platz für den geplanten Bau befindet sich ferner mitten des in schneller Entwicklung begriffenen neuen Ortsteiles mit seinen Seilbahnbauten und unmittelbar vor dem herrlichen Freibad, wie seinen Sport- und Erholungsanlagen, die zum Teil noch im Bau begriffen sind. Der Bau des Riesengasometers würde in nicht zu erreichender Weise schädigen: a) Das gesamte Riesengebirge, wie es das Einspruchsschreiben der Haupt- und Verkehrsstelle für das Riesengebirge und Merzgebirge vom 10. Juli 1930 ausdrücklich darlegt. b) Das Heilbad Bad Warmbrunn, als solches durch seine warmen Quellen, unter anderem dieser Riesengasometer mit seinen Explosionsstoffen, die immer drohende Gefahr darstellen würde, wie in der Einspruchsschrift der groß. Schaffgotschen Verwaltung vom 2. Juni 1930 im einzelnen näher ausgeführt ist. c) Die Gemeinde Warmbrunn, die unter Aufwendung bedeutender finanzieller Opfer in jahrelanger mühevoller Arbeit die Sportanlagen soweit gefördert hat, daß sie vor allem auch gegen ihre herrlichen Lage angesichts des Gesamtpanoramas des Riesengebirges insbesondere und seiner Wälderlage einen wertvollen Faktor darstellen, für die wirtschaftliche Entwicklung des Aufstrebens unseres altberühmten Kurortes. (Wir verweisen auf den Einspruch der Gemeindeverwaltung, sowie der zahlreichen interessierten wirtschaftlichen Verbände und Sportvereine, sowie ebenfalls auf das Schreiben des Herrn Regierungspräsidenten vom 3. Mai 1930.)

Wir erheben im Namen der gesamten Bevölkerung Bad Warmbrunns mit allem Nachdruck Einspruch dagegen, daß eine private Erwerbsgesellschaft mit ihrem einzelnen Interesse das Interesse eines großen und bedeutenden Fremdenverkehrsgebietes und eines altbekannten Heilbades zurückzubringen beabsichtigt. Hierbei sei nachdrücklich festgesetzt, daß Möglichkeiten einer anderweitigen besseren Lösung bestehen und nachprüfbar sind, wie in dem Einspruchsschreiben der Haupt- und Verkehrsstelle des Riesengebirges und des Gemeindepräsidenten Bad Warmbrunns ausgeführt ist.

Wir fordern, daß der Gemeindevorstand Bad Warmbrunns sich dem geistlich zutreffenden Mittel, die ihn durch das Ortsamt zum Schutze Bad Warmbrunns gegen Verunstaltung an die Hand gegeben sind, mit aller Schärfe anwendet, um gegen die Bauvorhaben der Kölner Gasgesellschaft anzugehen. Wir erheben auf die Entschuldigungen des Verwaltungsgerichts, wie auf die Stellungnahme des Herrn Wohlfahrtsministers, die diese Ortsangelegenheiten weitgehendst ausgelegt und auf den Schutz der ästhetischen Interessen ausgedehnt wissen lassen.

Wir verweisen im besonderen auf den neuesten in der Lage beigefügten Runderlaß des Herrn Wohlfahrtsministers vom 2. Juli 1930. Was dort zum Schutze eines Denkmals gegen die Errichtung eines Schmucksteines drohenden Verunstaltung gesagt wird, muß in weit größerem Maße Geltung finden, wenn es sich um den Schutz unseres gesamten Riesengebirges und unseres bedeutenden Kurortes mit seinen wertvollen Heilbädern und bedeutenden Sport- und Erholungsanlagen von einzigartigem landschaftlichem Gepräge handelt. Wir nehmen in diesem Zusammenhange besonders Bezug auf die beiliegende Gutachten des Ausschusses zum Schutze Bad Warmbrunns gegen Verunstaltung vom 25. April 1930, dem wir die Ortsangelegenheiten am besten würdigen und verständnisvoll, wie der Direktor der Holzschneiderschule,

des Antonius und der Kunsthistoriker Herr Dr. Grundmann, angehören.

Die heutige Bürgerversammlung hat den Herrn Minister dringend, den oben gemachten Ausführungen Gehör zu geben und uns in objektiver Würdigung der Belange unseres Riesengebirges und unseres Heilbades durch eine entsprechende Entscheidung Schutz gewähren zu wollen.“

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Bezirk Breslau

Der Bezirksvorstand beruft hiermit auf Sonntag, den 10. August 1930, vormittags 10 Uhr, nach dem Gewerkschaftshaus in Breslau, Margaretenstraße 17, kleiner Saal, einen außerordentlichen

Bezirksparteitag

ein. Tagesordnung: 1. Der Kampf der SPD. gegen den Brüning-Block. Referent: Genosse Paul Löbe. 2. Aussprache. 3. Aufstellung der Kandidaten zum Reichstag. 4. Die technische Durchführung der Wahl.

Zur Teilnahme am Bezirksparteitag mit beschließender Stimme sind berechtigt: a) die Delegierten, b) die Mitglieder des Bezirksvorstandes, sowie die im Bezirk angestellten Parteisekretäre. Die Kosten zu tragen sämtliche Ortsgruppen, die zu b die Bezirkstafel.

Die Wahlen der Delegierten sind nach § 13 des Bezirksstatuts vorzunehmen: Auf je 500 Mitglieder entfällt ein Delegierter. Reste von 250 Mitgliedern gelten als voll, jeder Kreis stellt aber mindestens zwei Delegierte. Die Delegierten werden von den Kreisen gewählt. Als Wahlkreis gilt jeder politische Kreis, Breslau-Stadt gilt als Kreis. Unter den Gewählten soll sich möglichst der Kreisvorsitzende befinden.

Zur Teilnahme mit beratender Stimme sind berechtigt: Die Reichstagsabgeordnete, die Mitglieder des Preussischen Landtages und des Provinziallandtages, soweit sie im Bezirk gewählt sind oder ihren Wohnsitz haben. Außerdem je ein Vertreter der Kreise der Bezirksstafel, sowie der im Bezirk erscheinenden Parteiblätter. Die Stammbücher, das sind die nicht als Kopfbücher herausgegebenen Parteiblätter im Bezirk, können außer dem einen Vertreter (Redakteur) noch einen Vertreter der Geschäftsleitung entsenden.

Der Bezirksvorstand.

Achtung — Grenze!

Unangenehme Folgen eines verheerlichen Grenzübertritts

Am 7. Juli war der Straßenmeister des Kreisausschusses Ranslau, Tische, der den Auftrag hatte, die Ostseite der Chaussee-Allee abzuschließen, in seiner Arbeit auf der Straße Dönnersdorf-Froschau so vertieft, daß er es nicht beachtete, wie er die Grenze überschritt, da sich auf deutscher Seite kein Grenzschlag befindet und der polnische sich von der Grenze ziemlich entfernt befindet. Als Tische etwa 80 Schritt über der Grenze war, bemerkte er seinen Irrtum und wollte umkehren. Da rief ihn ein polnischer Grenzbeamter mit schußfertigem Gewehr an. Da der Mann nicht deutsch und Tische nicht polnisch verstand, mußte T. dem Beamten folgen und wurde zum Grenzkommissariat nach Reichthal gebracht. Am nächsten Tage wurde er in das Gerichtsgefängnis Kempen eingeliefert und am 10. Juli wegen unerlaubter Grenzüberbreitung zu einer Woche Haft verurteilt. Vom Kreisausschuß Ranslau war der Versuch gemacht worden, die Angelegenheit telephonisch aufzuklären. Da aber das Urteil schon gefällt war, lehnte der Amtsrichter die Freigabe des T. ab.

Es wäre wirklich an der Zeit, daß die an längst vergangene Zeiten erinnernden Grenzkontrollen abgebaut würden. Europa hat vor dem Kriege ohne diesen zweifelhaften „Schutz“ der Grenzen durch bürokratische Formalien auch bestanden.

Himmel, Hölle und auf Erden

Ein salomonisches Urteil

Im Herbst vorigen Jahres trat in verschiedenen Orten Niederschlesiens eine Arbeiterpieltruppe auf, die im Auftrage des Freidenkerverbandes die Revue „Himmel, Hölle und auf Erden“ aufführte. Die Revue stellte Auschnitte aus der Kulturgeschichte der katholischen Kirche dar bzw. befaßte sich kritisch mit Einzeltypen der katholischen Funktionäre, sowie mit glottierenwerten Zeitererscheinungen. Insgesamt wurden 38 Vorstellungen veranstaltet, von denen ein beachtenswerter Teil auf das Waldenburger Revier entfiel.

Die letzte Vorstellung fand in Gottesberg statt. Aus ihr ergab sich merkwürdigerweise eine Anklage gegen den Verfasser der Revue, der zugleich als Spielleiter tätig war, und gegen die Darsteller. Eine in der Vorstellung anwesende Frau Efriede Pietsch aus Gottesberg hatte an einigen Bildern „Mergernis genommen“, worauf die Waldenburger Staatsanwaltschaft prompt Anklage wegen Verächtlichmachung kirchlicher Einrichtungen erhob. Daraufhin hatten sich vor der Waldenburger Strafkammer der Schriftsteller Alfred Ault, dessen Ehefrau Frieda Ault, der Schauspieler Willi Karl, der Arbeiter Pietsch und der Schneider Goldberg wegen dieses gräßlichen Verbrechens zu verantworten. Durch Bilder, Worte und Gesten sollten das Jölibat, die Ezerzitten, die Messe und das Priesterium der katholischen Kirche belächelt worden sein. Die Angeklagten bestritten, lächlich gegen den § 166 des Strafgesetzbuches verstoßen zu haben. Es hätte ihnen lediglich daran gelegen, Einzeltypen zu kennzeichnen, dadurch aufklärend zu wirken und für die Freidenkerbewegung zu werben.

Formal bestritten sie, daß die Vorstellungen öffentlich gewesen seien. Die Einladungen wären von den örtlichen Organi-

Wahlkampf mit Siegelsteinen

WIK. meldet aus Hannover: In der Nacht zu Donnerstag, zwischen 12 und 14 Uhr, kam es im Anstich an eine nationale sozialistische Versammlung im Hotel „Kronprinz“ zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Zunächst wurde mit Siegelsteinen gemorrt, durch die jedoch niemand verletzt wurde. Bei der darauf entzündeten Schlägerei wurden neun Nationalsozialisten, zwei aus Jauer und sieben aus Kienitz, verletzt, zwei davon so schwer, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Auch viele Unbeteiligte sollen Verletzungen erlitten haben.

Schlagwetter in Loßlau

Bergmannstob auf der Maggrube

Am Mittwoch nachmittag ereignete sich, vermutlich durch Kurzschluß, in der elektrischen Zuleitung in dem den Rybnitzer Steinkohlegewerkschaften gehörigen Schacht Marklowitz bei Loßlau in Polnisch-Schlesien eine leichte Schlagwetterkatastrophe, durch die fünf Mann zum Teil schwere Brandverletzungen davontrugen. Durch die sofort eingeleiteten Rettungsarbeiten konnten alle fünf Bergleute lebend geborgen werden. Die Ärzte hoffen, sie am Leben erhalten zu können.

Auf der Maggrube bei Michalkowitz wurde der Häuer Smiera durch einen vorzeitig losgehenden Sprengschuß getötet. Sein Kamerad, der Häuer Dytcha, trug lebensgefährliche Verletzungen davon.

Waldenburg. Beileid für Hausdorf und Kohlenz.

In der Stadterordnetenitzung gedachte der Stadterordneten-vorsteher Genosse Jappe des furchtbaren Grubenunglücks im Neuroder Gebiet und sprach die Hoffnung aus, daß in Zukunft alles getan werde, um das Los der Bergarbeiter im allgemeinen zu bessern. Die Versammlung gedachte dann auch der Toten, die das Unglück in Kohlenz anlässlich der Rheinlandfeier gesordert hat. Zur Vinderung der Not der Hinterbliebenen der auf dem Kurthacht verunglückten Bergleute hat der Magistrat einen Betrag von 2000 Mark zur Verfügung gestellt.

Fremdtät. Münzen und d.

In Nieder-Siegersdorf wurden beim Umlegen einer Mauer verschiedene Münzen aus den Jahren 1700 bis 1800 gefunden. Die Silbermünzen tragen u. a. das Bildnis Friedrich Wilhelms III. und haben insgesamt ein Gewicht von 4½ Pfund.

Mus der Umgebung

Die Maul- und Klauenseuche

Ist unter den Viehbeständen des Stellenbesizers Wilhelm Schlink in Schadewinkel, Kreis Neumarkt ausgebrochen. Die Ortschaft Schadewinkel gilt bereits als Sperrbezirk. Unter den Viehbeständen des Mollereibesizers Paul Kirchner in Marschewitz ist die Maul- und Klauenseuche erloschen.

Loße. Räumung mit Schwierigkeiten.

Im Hause des Gastwirts Zeige wurde vorgestern eine Urteils des Landgerichts bewirkte Exzmission des Wicters E. vorgenommen. Da die Frau des Emittierten krank war, mußte sie erst ins Krankenhaus überführt werden. Bei der Räumung selbst geriet Herr Zeige ziemlich in Erregung und es gab einige lebhaft Auseinandersetzungen. Als dann der Gemeindevorsteher die freigewordene Wohnung besichtigung wollte, bekam er es mit der Frau Zeige zu tun, die ihn buchstäblich zum Hause hinausdrängte. Die Tochter des Gemeindevorstehers, die nachsehen wollte, wo ihr Vater in dem allgemeinen Tumult stehe, wurde von Frau Z. mit den unglaublichen Schimpfworten wie „dickwampige Sau“... usw. überschüttet.

Protisch-Weide. Schadenfeuer.

Bei dem Stellenbesizer Stöckler in Protisch brach auf ungelärrte Weise ein Schadenfeuer aus, dem die schon eingebrachte Ernte zum Opfer fiel. Die Freiwilligen Feuerwehren der umliegenden Orte konnten das Feuer auf seinen Entfischungsherd beschränken.

lationen des Freidenkerverbandes an gleichgestimmte Organisationen bzw. Menschen ergangen, bei denen man Sympathie für die Freidenkerbewegung voraussetzen konnte. Außerdem sei vor jeder Vorstellung darauf hingewiesen worden, daß die Veranstaltung nur für freigeistige Menschen bestimmt sei, daß jeder, der sich vielleicht im Zweck der Veranstaltung geirrt habe, nach Rückhalt des Eintrittspreises die Veranstaltung verlassen möge. Es war in der Beweisaufnahme nicht einwandfrei festzustellen, ob diese Vorankündigung auch in Gottesberg erfolgte. Erwiesen wurde jedenfalls, daß bei Vorstellungen in anderen Orten des Reviers in dieser Weise gehandelt wurde. Beweisen wurde weiter, daß Ault auch in Gottesberg vor Eröffnung des Spiels auf den von ihm angenommenen Hinweis des Veranstaltersleiters bezug nahm. Er ging also davon aus, daß auch in Gottesberg die einschrankenden Ausführungen vor Beginn der Vorstellung gemacht worden waren.

In Gegensatz zu den Angeklagten und deren Verteidiger stand Staatsanwaltschaftsrat Dr. Uelmann, der sowohl den Begriff der Dessenlichkeit als gegeben anfaß, als auch die Angeklagten für schuldig hielt. Er beantragte gegen den Angeklagten Alfred Ault eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten und gegen sämtliche übrigen Angeklagten eine solche von einem Monat. Das Gericht jedoch sprach die Angeklagten nach kurzer Beratung frei und zog sich aus der Affäre, indem es sich zu den sachlichen Punkten der Anklage gar nicht äußerte, sondern feststellte, daß der Begriff der Dessenlichkeit für die Veranstaltung in Gottesberg nicht angenommen werden könnte, und damit die wesentliche Voraussetzung für die Anklage entfiel.

Im ersten Jahrzehnt nur



NIVEA KINDERSEIFE

Sie ist nach ärztlicher Vorschreibung besonders für die empfindliche Haut des Kindes hergestellt. Ihr seidenweicher Schaum dringt schonend in die Hautporen ein und macht sie frei für eine gesunde Hautstimmung. Preis 70 Pfg.

Freilicht, Freiluft und Sonne! Und dazu



NIVEA-CREME

Das gibt gesunde Haut und schön gebräuntes Aussehen, — auch bei bedecktem Himmel; denn auch Wind und Luft bräunen den Körper. Aber trocken muss Ihr Körper sein bei direkter Sonnenbestrahlung. Und gut mit Nivea-Creme vorher einreiben! Sie vermindern dadurch die Gefahr schmerzhaften Sonnenbrandes. Dank des nur ihr eigenen Gehalts an Eucerit dringt Nivea-Creme leicht in die Haut ein, und erst die eingedrungene Creme kann ihre wohltuende Wirkung voll zur Geltung bringen. / Also Nivea-Creme auch bei bedecktem Himmel!

In Dosen: RM 0.20, 0.30, 0.50 und 1.20
In Tuben aus reinem Zinn RM 0.60 u. 1.—

Totentanz des Hochsommers

Udterthalbtausend Menschen erschlagen

Angeheure AusmaÙe der süditalischen Erdbebenkatastrophe — Ganze Städte verwüstet 1778 Menschen getötet, 4364 verletzt — In Neapel räumt man die Straßen

Nach amtlichen Mitteilungen beträgt die Gesamtzahl der Toten nach dem Stand von gestern normittag im süditalischen Erdbebengebiet 1778, die der Vermundeten 4264. Vollkommen eingestürzt sind 3188 Häuser, 2757 Häuser wurden beschädigt.

Von den Schwerverwundeten dürfte noch ein großer Teil sterben, so daß mit weit über 2000 Opfern des Unglücks gerechnet werden muß. In Neapel wurden am Donnerstag die ersten Toten beerdigt.

Eine Unglücksbotschaft nach der anderen durchlief in der Woche die Drähte und den Aether, in den Redaktionen ist man abgestumpft die Toten, heute nur nach Hunderten, morgen nur nach Tausenden. Ein atemberaubender Totentanz in der sonst so ruhigen Hochsommerzeit Einzug gehalten. Hausdorf waren es 151, waren es Arbeiter, Klassengenossen Kameraden, welche jenseits unserer Welt, die wir über Tage nicht, ein durch seine unerklärliche Unsichtbarkeit nur um so schrecklicheres Schicksal ereilte. Dann kam die Tsunamikatstrophe in Japan und Korea, die Tausenden Menschen, fern von uns und fern vom Leben, aber auch Menschen aus Fleisch und Blut gleich im Wirbelwind entfesselter Naturmächte das Leben kostete, die Befreiungsfeier mit ihrem schauerlich-grotesken Abschluß dem gurgelnden Wasser eines Moschafens, verursacht durch ein katastrophales Dahinfluten festlich gestimmter Menschenmassen. Und nun das italienische Unglück, eine Naturkatastrophe, wie sie den Tagen von Messina Europa noch nicht erlebt hat. Ein weites, verkehrsarmes Gebiet südlich Neapels, wo eine unvorstellbar anspruchsvolle und arme Bevölkerung in ihr Schicksal ergeben dahinvegetiert, wo in einsamen, unerschlossenen Felsorten albanische Stammesplitter abseits der europäischen Welt nach uralten Gebräuchen leben, wo in trostlos menschenleeren Städtchen die „Leichten Fälle“ unter den Ohren der Verfolgungswut der faschistischen Diktatur verbannt brach plötzlich wieder jene Naturerscheinung los, die durch absolute Uebermächtigkeit lähmendes Entsetzen verbreitet. Schon vor Tagen wurde eine rege Tätigkeit des Vesuvus angekündigt. Die hartnäckigen Bewohner der fruchtbarsten Lava-Erde in den Hängen, die sich nach jeder Katastrophe unentwegt wieder neu bilden, wurden unruhig. Aber nicht ihnen ergalt diesmal Schicksal, wenn auch Neapel, vor allem seine Außenbezirke, unermesslich gelitten hat. Südlich der vielbesungenen Stadt, in der Campagna, in Kalabrien verfinsterte sich der Himmel nach einem heftigen Gewitter in jenem drohenden Schein, der das gefährlichste Vorzeichen des Erdbebens ist. Die Erde wankte, die Mauern stürzten. In dunkler Nacht hörten die Schreie der Opfer. Jrgendwo irren zufällig Geister, irgendwo kampieren, ergeben in ihr Schicksal, die Landbesitzer, die kleinen Krämer und Beamten aus den weit voneinander entfernten städtischen Siedlungen, warten sie, bis die Katastrophe, die Kolonnen des „Grünen Kreuzes“, einer in ganz Italien verbreiteten Samariter-Organisation, anrücken und ihr Leben retten.

Am sichersten Ort, in der Hauptstadt, aber nicht der Herrscher, sondern der Diktator, ordnet an, formuliert, was die Welt erfahren darf. Er ist für die nötige Reklame seiner Person. Er war ja nicht nur so lange Journalist, allerdings keiner von denen, denen die Berufung bedeutet, sondern einer jener, die für klingende Worte innerhalb vierundzwanzig Stunden aus einem Soldaten in parlamentarischen Armeegeneral zu einem Soldschreiber der Kriegsbeher

Von den Bergungsarbeiten im Erdbebengebiet werden die Szenen berichtet. Ganze Familien sind ums Leben gekommen. Eine Frau war mühsam lebend aus den Trümmern gerettet worden. Bevor sie jedoch weggetragen werden konnte, trat ein Nachbeben ein, ein Quaderblock kam ins Rollen und schlug der Frau den Schädel. Auch unter dem Rettungspersonal, unter der Einwirkung des eigenen Lebens sich um die Verunglückten zu kümmern, sind bereits Opfer zu verzeichnen. Die im Hauptbeben zerstörten Gemeinden bieten einen tröstlichen Anblick. Abgesehen von sehr wenigen erdbebengeheimen Gebäuden sind alle Gebäude nurmehr Steinhaufen, aus denen gespensterhaft dicke, hohe Mauern unterhalb der Paläste herausragen. Auch der Schaden an den Kirchen ist sehr groß. In dem Dorfe San Vito l'ormeo, das seit dem Mittelalterliches Schloß gänzlich verschont. Die Katastrophe des Bebens in dem Hauptgebiet war überall so stark, daß alle Häuser, selbst wenn sie den heftigen Stößen standhalten, bedeutliche Mauertrisse zeigen.

In einzelnen Gemeinden, wie Aquilonia und Villanova, in denen kein Haus mehr bewohnbar ist, gibt es keine menschliche Familie, die nicht mindestens eines ihrer Mitglieder unter den Toten zu beklagen hat.

Die Vermessung an den großen Verlusten an Menschenleben und der verheerenden Wirkung des Erdbebens in den Hauptorten, ist der Schaden und die Zahl der Todesopfer in und um Neapel verhältnismäßig gering zu nennen. Immerhin liegen die Meldungen über ganz beträchtliche Gebäudeschäden vor. In Neapel zeigt eine ganze Reihe von Kirchen, darunter die Kathedrale von Neapel, Misse in den Mauern. Viele Paläste sind, so auch der Palast des Kardinals und Erzbischofs, beschädigt. Ganze Straßenzüge mußten geräumt werden, weil die Gebäude so rissig wurden, daß jeden Moment ein Einsturz zu rechnen ist. Sechs Todesopfer wurden in der Stadt Neapel festgestellt. Aus Capri und den umliegenden Inseln von Neapel vorgelagerten Inseln wird kein Schaden gemeldet.

Die Bevölkerung Neapels, die auch in der vergangenen Nacht zum Teil im Freien blieb, begab sich am Mittwoch im ganzen Tag hindurch in diesen Gassen in die Kathedrale, um zu dem Neapeler Stadtheiligen Gennaro zu beten. Zwischen 4 und 7 Uhr wurde auf bringendes Verlangen die Bevölkerung keine in feierliche Gewänder gehüllte Statue auf

dem Domplatz ausgestellt, die die Massen weinend und betend umgaben.

In Rom herrscht schieferhafte Aufregung. Vor den Depeschenbüros und den Aushängen der Zeitungen stauen sich die Menschen, um Einzelheiten von dem furchtbaren Unglück zu erfahren. Fast vierstündlich wechseln die Aushänge der Zeitungskästen; jede Viertelstunde verschlimmert das Bild die Lage, erhöht die Zahl der Opfer, die dieses Erdbeben gefordert hat. 1778 Tote und 4364 Verletzte hat man bis Donnerstag gezählt.

Noch aber ist kein Ende im Ansehen dieser grauenvollen Ziffer abzusehen. Fast 6000 Häuser liegen in Schutt und Asche und unter den Trümmern liegen noch Hunderte und Überhunderte begraben. Das blühende Land rings um Neapel ist zu einem Leichenfeld, zu einer Stätte des namenlosen Grauens geworden.

In Vacedonia traf das zerstörende Beben die Bevölkerung so völlig unerwartet, daß zahllose Menschen, vom panischen Schrecken ergriffen, nur notdürftig bekleidet auf die Straße stürzten. Der proletarische Stadtteil wurde von der Katastrophe besonders hart mitgenommen, hier steht kein einziges Haus mehr. Der Wohnbezirk von mehr als 6000 Menschen ist völlig dem Erdboden gleichgemacht. Die Korrespondenten der römischen Presse, die sich die so grausam heimgesuchte Stadt angesehen haben, berichten, daß

aus den rauchenden Trümmern der eingestürzten Häuser fortgesetzt wimmern und Stöhnen der Verletzten und Sterbenden ertönt, die man trotz der schon fortgeschrittenen Aufräumungsarbeiten noch nicht bergen konnte. Bis jetzt hat man hier 300 Tote und Tausende von Verwundeten festgestellt, die sämtlich von dem ersten vernichtenden Erdstoß ergriffen wurden.

Vianova, ein Städtchen von 2800 Einwohnern, ist in einen Friedhof verwandelt. In Villanova beklagt fast jede Familie ein oder sogar mehrere Opfer der Erde



König Fuads von Ägypten

Nach Meldungen aus Ägypten hat sich die politische Lage infolge der Aufstandsbewegung der Wafd-Partei derzeit verschärft, daß mit einer baldigen Abdankung des Königs Fuad, der seine Position durch Mattsetzung des Parlaments zu bessern sucht, gerechnet wird.

Katastrophe. Besonders schlimm hat das Beben in Aquilonia gehauert, wo buchstäblich kein Haus der rollenden Erde widerstehen konnte. Ganze Familien sind ausgerottet, ein bekannter Arzt hat seine Frau und mehrere Kinder verloren. Er selbst konnte sich nur durch einen eiligen Sprung aus dem ersten Stock auf die Straße retten, als Frau und Kinder ihm nachfolgen wollten, brach das Haus unter furchterlichem Krachen zusammen und begrub die Bedauernswerten unter seinen Trümmern. Neapel, das schon von manchem Erdbeben heimgesucht wurde, ist diesmal gänzlich zugrunde gerichtet. Außer dem Bahnhof und einer etwas abseits liegenden Siedlung ist von der schönen Stadt nichts mehr zu erblicken. Das alte Vissaccio ist bis auf zwei Häuser eingestürzt, unter den Opfern befinden sich zahllose Kinder, die zum Teil furchterlich entsetzt aus dem Chaos geborgen wurden. Im ganzen Unglücksgebiet ist die Not furchtbar, trotzdem Hilfskolonnen in die zerstörten Städte und Dörfer entsandt worden sind.

Halb irt wandern Tausende unter lautem Wehklagen durch die Trümmer und suchen ihre vermögten Angehörigen die die grausame Natur ihnen jäh entziffen hat. Das Erdbeben hat eine unübersehbare Kette ergreifendster Tragödien zur Folge gehabt.

So wird aus Aquilonia von einem Philologen berichtet, der nach bestandenerm Examen seinen Freunden und Bekannten ein Fest gab. Als die fröhliche Runde gerade beim Essen lag, brach das Erdbeben mit elementarer Gewalt los. Alle Anwesenden, 28 Menschen, wurden von den Trümmern des zusammenbrechenden Hauses erschlagen. Das Wehklagen der Sterbenden war so entsetzlich, daß alles, was in der heimgesuchten Stadt noch am Leben war, vor dem Haus, das nun ein Massengrab darstellte, zusammenlief. Nur die Eltern des Philologen lebten noch, als man sie aus den Trümmern ausgrub. Sie waren jedoch so entsetzlich zugerichtet und so verstört, daß sie nichts mehr sagen konnten. Zwei Stunden später waren auch sie tot.

Beileid des Reichspräsidenten
Reichspräsident von Hindenburg hat dem König von Italien telegraphisch seine und des deutschen Volkes herzlichste Anteilnahme anlässlich der Erdbebenkatastrophe zum Ausdruck gebracht.

Wirbelsturm über Venetien
28 Todesopfer
Ein heftiger Wirbelsturm, der in einer Ausdehnung von etwa 40 Kilometern die Strecke Susegana-Trieste-Volgago del

Montello-Montebelluna heimsuchte, richtete schwere Verheerungen in den Orten Barco di Susegana, Merose, Selva und Volpago in der norditalienischen Landschaft Venetien an. Zahlreiche Häuser stürzten ein. Bis jetzt sind 20 Todesopfer und eine große Anzahl Verletzte zu beklagen. Doch befürchtet man, daß die Zahl der Opfer noch steigen wird. Behörden und Truppen sind an die Unglücksstätte geeilt, um schnellstens Hilfe zu bringen.

Frenzel bleibt in Haft —

wenn er nicht 10 000 Mark blechen kann — ein gemütvoller Gerichtsarzt

Die Haftbeschwerde des in erster Instanz wegen angeblicher Mißhandlung auf Grund der bekannten widersprechenden Aussagen seiner beiden Töchter, deren Bewertung außerhalb des Gerichts für keinen vernünftigen Menschen zur Fällung eines Schuldurteils ausgereicht haben würden, verurteilte Amtsvorsteher von Bornim, Frenzel, ist vom 1. Strafsenat des Kammergerichts zurückgewiesen worden.

Das Kammergericht läßt aber mit sich reden. Wenn Frenzel 10 000 Mark Kaution zu stellen in der Lage ist, dann hält es den jetzt für gegeben angelegenen Rückverdacht nicht mehr für begründet und ist bereit, ihn vorläufig auf freien Fuß zu setzen. Von zuständiger Stelle wird weiter mitgeteilt, die Nachricht, daß Frenzel einen Tobsuchtsanfall erlitten habe und in Gemeinschaftshaft hat überführt werden müssen, sei unrichtig. Frenzel habe vor einiger Zeit in seiner Zelle ein Ehegürtel zerbrochen. Nach der Meinung des Gerichtsarztes hat er dies in einem Zustand „vorübergehender Unbeherrschtheit und Erregung“ getan, und es bestrehe kein Anhalt für eine krankhafte Störung seiner Geistestätigkeit. Diese Mitteilung von „zuständiger Stelle“ ist wahrhaft gemütvoll. Der Herr Gerichtsarzt hat anscheinend noch nichts davon gehört, daß auch Menschen, die noch nicht komplett verürrt sind, jeelich erkranken, daß ein Mensch, der wie Frenzel auf Grund hysterischer Krankheitserscheinungen bzw. Anpredung in einem Pfarrerrhause aus seinem gemessenen Leben gerissen und ins Gefängnis gesteckt, der alle diese Aufregungen durchzumachen hat, jeelich zusammenbrechen, daß es auch eine jeelische Hysterie unfaßigkeit geben kann, deren Nichtbeachtung nur zu leicht zur Katastrophe führt, wenn man einen, der sich unschuldig fühlt, gleichmütig seiner Haftpflicht überläßt.

Man wird hier schreckensvoll an den Fall Hau erinnert, wo ein bürgerlicher Himmel des badischen Justizministeriums mit der Anordnung der Nachverbüßung von drei Monaten jenes Mannes, der fünfzehn Jahre hinter Kertermauern seine Unschuld beteuerte, zum Selbstmord trieb und so die Aufklärung des geheimnisvollen, in Wirklichkeit nie geklärten Mordfalles von Baden-Baden unmöglich machte.

Die Koblenzer Katastrophe

38 Tote, 18 Vermißte

Die Zahl der Opfer der Brückeneinsturzkatastrophe beziffert sich zurzeit nach einer polizeimässigen Meldung auf 38. Außerdem sind seit dem Unglückstage immer noch 18 Personen als vermißt gemeldet. Man rechnet damit, daß ein Teil dieser Personen bei der Brückeneinsturz verunglückt ist und sich die Zahl der Toten wahrscheinlich noch auf über 40 erhöht. 15 Leichen aus Koblenz werden auf einem Ehrenplatz des städtischen Friedhofes in Koblenz beigelegt; die übrigen Toten werden in ihre Heimat gebracht. Die Bergungs- und Tauscharbeiten werden ununterbrochen fortgesetzt.

Der ehemalige Delegierte der Rheinland-Kommission, Tirard, hat an den Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Freiherrn von Simmern und an den Oberbürgermeister von Koblenz, Kuffell, ein Beileidstelegramm geschickt.

Sohnnachrichten der Republik

W.B. meldet aus Berlin. Der Herr Reichspräsident empfing heute den Besuch des in Berlin eingetroffenen Prinzen Damrong von Siam und seine Töchter, der Prinzessinnen Poon und Pilai.

Der Europa-Rundflug

Die Spitzengruppe der Europafieger ist am Donnerstag mittag auf dem Flugplatz über Ost-Frankreich—Spanien—Lyon in Lausanne eingetroffen. Die drei ersten Maschinen waren englische. Um 3,21 Uhr landeten die Deutschen Morhig und Wolf. Die Fieger werden erst heute den Flug fortsetzen. Am Donnerstag abend wurde ihnen von der Stadt Lausanne ein feierlicher Empfang bereitet. Die am Donnerstag nachmittag in Lyon eingetroffenen Fieger mußten wegen des schlechten Wetters in der französischen Stadt verbleiben. Das Gros der Europafieger befindet sich noch in Pau.

Deutscher Architekt baut russische Städte



Der bisherige Leiter des Städtischen Hochbauamtes in Frankfurt am Main, Stadtrat Mañ, hat einen Ruf der russischen Regierung angenommen, als Organisator und technisch verantwortlicher Leiter an die Spitze des gesamten Städtebau- und Wohnungswesens der Sowjetunion zu treten. Er wird seine neue Tätigkeit bereits im Oktober mit einem Stab von 20 deutschen Architekten aufnehmen.

27. Generalversammlung der Bergarbeiter Deutschlands

Letzte Beratungen und Abluß der Tagung

„Ohne Mitwirkung der Gewerkschaften ist keine Wirtschafts- und Sozialpolitik in Deutschland möglich“

Ihren letzten Verhandlungstag begann die Generalversammlung der deutschen Bergarbeiter mit der Entgegennahme von Berichten der Reichsregierung und der Gehaltskommissionen.

Als Berichterstatter der Beschwerekommission teilte Kollege Schuder-Nordhausen mit, daß dieser Kommission insgesamt 12 Beschwerden zur Bearbeitung vorgelegen haben. Elf dieser Angelegenheiten betreffen Beschwerden gegen Ausschüsse, während eine Beschwerde wegen eines nicht erfolgten Ausschusses eingelaufen ist. Die Kommission hat selbstverständlich alle diese Fälle nochmals sorgfältig überprüft und ist dann zu dem Ergebnis gekommen, daß die Entscheidungen des Kontrölaufschusses zu Recht erfolgt sind und daß kein Antrag vorliegt, den die Beschwerten nachzugehen. Die Generalversammlung schloß sich dem Standpunkt der Kommission an. Sie wies ebenfalls alle 12 Beschwerden zurück, da es sich in sämtlichen Fällen um Disziplinarvergehen und verhaltenswidriges Verhalten sogenannter Oppositioneller handelt.

Kollege Pichler-Wandera erstattete den Bericht über die Stellungnahme der Gehaltskommission zu zwei ihrer zur Behandlung unterbreiteten Anträge auf Gehaltskürzung bei allen bzw. bei solchen Betriebsangehörigen, die ein Reichs- oder Landesmandat innehaben. Die Gehaltskommission hat diese Anträge einer eingehenden Prüfung unterzogen, ist aber dabei zu dem Ergebnis gelangt, daß derzeitige Gehaltsstrügunen, da sie nur die wenigen Vorstandsmitglieder treffen können, eine unzureichende Maßnahme sei und daß überdies eine Herabsetzung des Gehaltes bei den Abgeordneten ungerade wäre, weil diese Kriegs- und Landtagsabgeordneten ohnehin schon einen erheblichen Teil ihres Einkommens aus Arbeiterwohlfahrt abführen müßten. Dieser Auffassung schloß sich die Generalversammlung an. Für wie die beiden angebrachten Anträge sowie einen weiteren Antrag des Kollegen Schuder-Nordhausen ab, der sich für einen Lohnsteigerungsbeitrag von den Angestelltengehältern zugunsten des Arbeiterwohlfahrtsfonds ausgesprochen hatte.

Sodann ging man an die

Beratinng noch nicht erledigter Anträge

Ein Antrag, der die Kontrolle der Wahlhandlung von Delegierten zur Generalversammlung empfiehlt, überwies die Generalversammlung an den Vorstand.

Zu dem hier bereits des öfteren erwähnten Antrag Kojemann auf Angliederung der Bergarbeiterlöhne an die Gehälter der Staats- und Kommunalbeamten entspann sich eine angeregte Debatte. Kollege Kojemann selbst führte zur Begründung seines Antrages aus, daß die maßlos hohen Gehälter einzelner Beamten nicht mehr mit der Finanzkraft des Reiches in Einklang zu bringen wären und daß man erst eine gerechtere Einkommenverteilung herbeiführen müsse. Eine Reihe von Kollegen schloß sich dieser Auffassung an, andere hingegen äußerten Bedenken über die Zweckmäßigkeit des Antrages in der vom Kollegen Kojemann eingeschlagenen Richtung. Schließlich wurde ein Antrag mit ähnlichem Inhalt angenommen, der folgenden Wortlaut hat:

Der Vorstand wird beauftragt, mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund in Verbindung zu treten, um eine angemessene Regelung der Gehälter der Staats- und Kommunalbeamten zu erreichen.

Der Antrag über Wahl des Tagungsortes für die nächste Generalversammlung überwies die Generalversammlung an den Vorstand. Vorgelegene waren Kassel, Wachen und Essen. Kassel wurde mit einer Mehrheit von zwei Jahren, wie Kollege Kojemann erklärte, in einem Orte des Ruhrgebiets zusammenkommen.

In Anbetracht dessen hörte die Generalversammlung das letzte große Referat dieser Tagung. Kollege Hermann Müller-Lichtenberg, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, sprach über

Stellen in Wirtschafts- und Sozialpolitik

Vor unseren Augen vollzieht sich der gewaltigste Entwicklungsprozeß, der je in der kapitalistischen Wirtschaft zu beobachten war. Zum Wesen des Kapitalismus hat immer gehört, daß er die Handarbeit durch Maschinen ersetzt hat. Das ist jetzt ein schon vollzogener Prozeß für die aus der Produktion ausgeschalteten Gewerks. Gerade Schließten mit ihnen verbundenen in den vierziger Jahren ist in der Richtung unserer Boden.

Lenkung der Massen von den Produktionsmitteln und ihre Beschäftigung hat den Kapitalismus immer begleitet. Aber das ist nicht reaktionär, sondern revolutionär.

So wie der Kapitalismus die feudale Gesellschaft über den Haufen geworfen hat, so macht er andererseits die Bahn frei für eine sozialistische Gesellschaft.

Gerade dieser Prozeß vollzieht sich mit großer Schnelligkeit. In die Stelle der freien Konkurrenz, die den Kapitalismus groß werden ließ, tritt in wachsendem Maße die gebundene Wirtschaft.

Ich kann hier auf das Gutachten von Professor Schmalenbach, das er in Sachen der Bergarbeiterlöhne abgegeben hat, verweisen, worin zum Ausdruck kommt, daß es keine Rückkehr in die alte kapitalistische Konkurrenz gibt, sondern nur eine Weiterentwicklung, wie sie Karl Marx vorausgesehen hat.

Diese Entwicklung hat für die Arbeiterklasse auch heute noch sehr unangenehme und schmerzhaft Begleiterscheinungen. Es ermahnt uns ihr die allgemeine Unruhe der Existenz, die heute größer ist als früher.

Schweres, Unbehagen auf wirtschaftlichen und politischen Gebiet, Verschärfung der Sozialpolitik, das sind die großen Arbeitslosigkeit die revolutionäre Begleiterscheinungen der revolutionären Entwicklung des Kapitalismus.

Wir empfinden das um so härter, weil nach dem Umsturz große Hoffnungen in der Arbeiterklasse nach wurden, von denen sich nur ein Teil erfüllen ließ. Und jetzt haben wir Stillstand und Rückschritt statt des Fortschritts zu verzeichnen. Hätten wir aber keine partei Arbeiterbewegung als Abschottungswert gegen alle diese reaktionären Maßnahmen, so würde die Arbeiterklasse noch viel schlimmer sein.

Wir empfinden das um so härter, weil nach dem Umsturz große Hoffnungen in der Arbeiterklasse nach wurden, von denen sich nur ein Teil erfüllen ließ. Und jetzt haben wir Stillstand und Rückschritt statt des Fortschritts zu verzeichnen. Hätten wir aber keine partei Arbeiterbewegung als Abschottungswert gegen alle diese reaktionären Maßnahmen, so würde die Arbeiterklasse noch viel schlimmer sein.

Demokratisierung der Wirtschaft

ansprechen. Ein rascher Eingriff von außen würde der hochentwickelten deutschen Industrie und damit für die Arbeiterschaft in höchstem Maße zum Nachteil gereichen.

Angesichts dieser Tatsachen erscheint es sonderbar, daß Unternehmerstimmen laut werden, die dahin gehen, daß wenn keine Gewerkschaften wären, sie gegründet werden müßten. Wir brauchen das nicht als ein unbedingtes Lob aufzufassen. Tatsächlich hat auch noch kein Arbeitgeber uns gelobt, wenn wir unsere ganze Kraft eingesetzt haben für den Ausbau der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Aber die Unternehmer sehen, wohin die Reise geht.

Wir müssen zurzeit eine Krise durch, wie sie die Welt in sojalem Ausmaß kaum gesehen hat. Die Ursachen sind nicht einheitlich. In Deutschland wirkt dabei vielerlei mit: Der Verlust ausländischer Absatzgebiete, die Reparationslasten und die übersteigerte Rationalisierung. Letztere hat uns in eine Überproduktion hineingetrieben, die nicht aus dem Widerpruch zwischen Bedarf und Produktion, sondern aus Produktion und Kaufkraft hervorgegangen ist.

und sich immer mehr verschärft. Waren nämlich in Deutschland alle Leute in der Lage, ihren Warenbedarf zu decken, so würde es bald keine überfüllten Läger mehr geben. Dazu kommt, daß viele Kreise das Vertrauen zum Staat und zur Wirtschaft verloren haben. Kapitalflucht und Kapitalzurückhaltung sind die Zeichen dafür. Diese Vertrauenskrise zu beseitigen, war auch das Ziel der Verhandlungen, die vor kurzem zwischen uns und den Unternehmern stattfanden, aber nicht zum Ziele führten. Obwohl sie das wollten, haben jedoch gewisse Leute wieder behauptet, der ADGB habe mit den Unternehmern wegen Schaffung einer neuen Arbeitsgemeinschaft verhandelt. In Wirklichkeit aber lag uns nichts ferneres als das.

Die große Frage, um die im Augenblick gestritten wird, ist die um Löhne und Preise. Die gebundene Wirtschaft wird zur Monopolwirtschaft und führt zur Willkür bei der Preisbildung. Die Unternehmer vertreten den Standpunkt, daß die Preise nur gesenkt werden könnten, wenn die Selbstkosten verringert würden. Und deshalb streben sie den Lohnabbau an. Und dabei steht fest, daß der Lohnanteil bei der Produktion immer geringer wird und damit

die Lohnhöhe mehr und mehr den Einfluß auf die Preisfestlegung verliert.

Die Unternehmer begründen die Notwendigkeit der Lohnsenkung mit der Notwendigkeit einer gesteigerten Warenausfuhr. Sie vergessen dabei, daß Deutschland bis vor wenigen Monaten das einzige Land gewesen ist, dessen Ausfuhr im Vergleich mit dem Vorjahre zugenommen hat, während die Ausfuhr anderer Länder erheblich zurückging. Aber schon zu dieser Zeit hatten wir in Deutschland eine große Krise und das erklärt sich daraus, daß

Deutschland 80 bis 90 Prozent für den Binnenmarkt produziert und nur den Rest ausführt.

Dieser Binnenmarkt ist durch Arbeitslosigkeit und Lohnabbau aber immer mehr und mehr eingeengt worden.

Bedauerlich ist, daß die Unternehmer aus ihren allen Gedankengängen nicht herauskommen. Der Siemens-Brief an die Reichsregierung und die Anregungen der Deutschen Volkspartei, die Tarifverträge aufzugeben, zeigen das mit aller Deutlichkeit. Wie sehr die Arbeiterlöhne gefallen sind, beweisen folgende Zahlen: im Januar 1928 hatte das Reich eine Lohnsteuereinnahme von 130 Millionen, im Januar 1930 von 118 Millionen Mark und im Mai eine solche von 110 Millionen Mark.

Der von den Unternehmern eingeschlagene Weg ist falsch. Preisabbau ist notwendig.

Es braucht nur die Kartellverordnung schärfer angezogen zu werden. Auch sind die Zölle zu beseitigen, durch die die Waren verteuert werden. Leider ist jedoch die Regierung, wie der Schiedspruch von Nordwest beweist, auf demselben Irrweg wie die Unternehmer. Aber

Unternehmer und Regierung irren sich, wenn sie glauben, daß die Gewerkschaften ruhig zusehen werden.

Bedauerlicherweise wirkt sich die schlechte wirtschaftliche Lage auch auf dem Gebiete der Sozialversicherung aus. Die Reichsanstalt ist ihren Aufgaben nicht mehr gewachsen. Das Reich muß zu immer größeren Summen zur Abhilfe des Notstandes greifen, was wiederum den Reichsetat gefährdet. Anstatt rechtzeitig die Reichsanstalt durch höhere Beiträge zu sanieren, wird immer mehr an den Abbau der Leistungen herangegangen. Reine Schichten der Arbeitslosen will man sich selbst überlassen. Ganze Arbeiterkategorien werden geschaffen, die wohl Beiträge leisten, aber keinen Anspruch auf Unterstützung beziehen. Dazu kommt die willkürliche Konstruktion einer Gefahrengemeinschaft zwischen der Arbeitslosenversicherung und den übrigen Sozialversicherungen. Das zeigt sich jetzt bei der Verschlechterung der Krankenversicherung, die teilweise so schikanös ist, daß Krankenteiler und Unternehmer, die sie befristeten, keine Freude daran haben dürften. Abbau statt Ausbau ist die Parole.

Demgegenüber haben wir an anderen allen Forderungen festhalten: Ausbau statt Abbau, Vereinfachung der Versicherung, Ausbau der Selbstverwaltung, weitestgehende Mitwirkung der Arbeiter auch bei der Unfallversicherung.

Das sind keine utopischen Pläne, sie lassen sich durchaus verwirklichen, wenn der gute Wille dazu da ist. Die kommenden Wahlen werden Gelegenheit bieten, den Willen der Arbeiterklasse zum Ausdruck zu bringen. Sorgen wir dafür, daß wir eine Regierung bekommen, die gewillt ist, in sozialpolitischer Hinsicht vorwärtszuschreiten! Aber das allein tut es auch noch nicht:

Organisation, starke, politische und gewerkschaftliche Organisationen der Arbeiter sind die Voraussetzungen des Fortschritts.

Eine Aussprache erfolgte nach dem Vortrag des Kollegen Hermann Müller-Lichtenberg, der den Delegierten nochmals das Bild der gegenwärtigen Wirtschaft und der in ihr wirkenden reaktionären Kräfte umriß, mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit nicht mehr.

Anträge zur Sozialpolitik

Ohne Debatte wählte die Generalversammlung auch zur Abstimmung über die am zweiten Verhandlungstage (Dienstag) zurückgestellten Anträge zur Sozialpolitik.

Ein Antrag, der den Hauptvorstand beauftragt, bei Reichsregierung zum Zwecke der Anrechnung der Kriegsdienstjahre als Beitragszeiten in Invalidenversicherung Schritte zu unternehmen, wurde dem Vorstand zur Bearbeitung überwiesen. Angenommen wurde folgende Anträge und Entschlüsseungen:

I.

Die 27. Generalversammlung des Verbandes der Bauindustriearbeiter Deutschlands legt lebhaften Protest gegen die durch Regierung und Unternehmer geplante Neuerung auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet.

Deutschlands Wirtschaft wird überwiegend getragen von den Warenabfah auf dem Binnenmarkt. Die Überproduktion, die die Ursache der gegenwärtigen Krise ist, ist nicht bedingt durch die Spanne zwischen Produktion und Bedarf, sondern durch die Spanne zwischen Produktion und Kaufkraft. Die Senkung des Einkommens der Arbeitnehmer muß deshalb die Krise verschärfen. Notwendig ist eine Hebung des Reallohn durch Abbau der Preise. Dieser läßt sich herbeiführen durch Herabsetzung der preisstützenden Zölle und durch schärfere Anwendung der Kartellverordnung.

Die Generalversammlung erkennt die Schwierigkeit der Lage nicht, in der sich die Reichsanstalt der Arbeitslosenversicherung befindet. Aber es handelt sich um das Schicksal von Millionen, die durch die geplante Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung mehr oder weniger hart betroffen werden. Das Reich hat die Pflicht, für die durch die kapitalistische Entwicklung brotlos gewordenen zu sorgen, indem es der Reichsanstalt die fehlenden Mittel zur Verfügung stellt. Die Sparmaßnahmen auf anderen Gebieten kann das Reich einen großen Teil der erforderlichen Mittel beschaffen. Der anderen Teil aufzubringen durch Erhöhung der Einnahmen des Reichs, vor allem die leistungsfähigen Schichten der Bevölkerung zuziehen sind.

Die Generalversammlung protestiert gegen die immer neuem auftauchenden Pläne der Gefahrengemeinschaft der verschiedenen Träger der Sozialversicherung. Die geplante Verschlechterung der Krankenversicherung, die von der Generalversammlung entschieden verurteilt wird, zeigt, wohin eine Verbindung von Versicherungsarten führen muß, die auf verschiedenen Voraussetzungen beruhen.

Die Generalversammlung erneuert alle Beschlüsse früherer Generalversammlungen, die sich mit dem Auf- und Ausbau der Sozialversicherung befassen. Sie verlangt vom Vorstand, er allen Bestrebungen, die auf den Abbau der Leistungen auf die Beschneidung der Rechte der Versicherten hinführen, in allen Mitteln entgegenzutreten. Da Sparmaßnahmen auch in der Sozialversicherung gegeben sein muß, verlangt sie eine wirkliche Vereinfachung der gesamten Verwaltungseinrichtungen und eine Streichung der zumal unangehöriger Versicherungsarten. Die Beschlüsse, die der Kongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Hamburg im Jahre 1928 gefaßt hat, erkennt die Generalversammlung vollinhaltlich an.

Dringend wichtig erscheint auch die Anwendung des Artikels 161 der Reichsverfassung. Der Artikel verpflichtet die Versicherten maßgebende Mitwirkung in der gesamten Sozialversicherung. Nach fast zwölfjährigem Bestehen der Reichsverfassung ist diese Bestimmung noch nicht durchgeführt. In der Unfallversicherung schalten und walten die Unternehmer vollständig allein. Dieser Zustand ist so unhaltbar, daß er länger geduldet werden kann. Das Aufgabengebiet der Reichsgenossenschaft ist durch die Einbeziehung der Berufskrankheiten in die Unfallversicherung wesentlich erweitert. Aus diesen anderen Gründen haben die Versicherten nicht nur ein berechtigtes Interesse, sondern fühlen sich verpflichtet, hier im Interesse der Unfallverletzten und durch Berufskrankheit Erkrankten zu arbeiten.

In bezug auf die Knappschaftsrentenversicherung hat der Vorstand beauftragt, dahin zu wirken, daß alsbald sich Verhältnisse in der Knappschaftsrentenversicherung einstellen, die maßstabsetzende haben und klar zu überblicken sind. Um diese Ziele schon im Geleht vorgezeichneten Rahmenbestimmungen auf Erweiterung der Lohnklassen und sonstigen Verbesserungen zu gewandt werden.

II.

Die Generalversammlung erhebt schärfsten Protest dagegen, daß die Arbeiter bei Erwerbslosigkeit als Saisonarbeiter betrachtet werden, und verlangt, daß diese Bestimmung aus dem Gesetz für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung entfernt wird.

III.

Die Generalversammlung fordert von der Regierung, der Reichsanstalt, daß die Krisenunterstützung den in der Arbeitslosenversicherung ausgesteuerten Bergarbeitern ohne besondere Beschlußfassung der Landesarbeitsämter gewährt wird.

Die Maßnahmenfassungen von Bergarbeitern, die in den letzten Monaten eingesetzt haben, kommen in allerletzter Zeit zur Auswirkung. Jehntausende von Bergarbeitern stehen zur jetzigen Hilfe Not und Elend gegenüber. Um diese drohende Gefahr abzuwenden, ist es dringend notwendig, daß die Reichsanstalt auf dem schnellsten Wege für die Bergarbeiter Kraft geleistet wird.

IV.

Die 27. Generalversammlung des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands erhebt schärfsten Protest gegen die verantwortungslose Wirtschaftsführung durch die Reichsregierung bzw. Eigentümer der Produktionsstätten. Sie stellt fest, daß die Produktion an Eisenerz, Schiefer, Metallerz, sonstigen Rohstoffe im Vergleich zum Vorkriegsstand ganz erheblich zurückgegangen ist. Dieser Rückgang, auch heute noch nicht abgeschlossen, hat dazu geführt, daß fast der gesamte Schieferabbau zum Erliegen gekommen ist und daß die großen Bergwerke der eisenhaltenden Industrie die Vorkriegsleistung ihrer Besitz befindlichen Gruben aus reinem Profitinteresse rücksichtslos dezimieren oder die Betriebe gänzlich schließen.

Sie fordert von der Reichs- und den Staatsregierung geeignete Maßnahmen in der Richtung der Sicherstellung der Arbeitsmöglichkeit in den einigungs erwählten Verarbeitungen. Diese Maßnahmen dürfen auch vor einem Eingriff in die Verfügungsgewalt der Unternehmer nicht zurücktreten.

Kommunistische Bluffmanöver

Die Kommunisten sind auf dem Breslauer Bergarbeiterkongreß ohne jede Einflußmöglichkeit geblieben. Selbstverständlich hat das die „revolutionäre Opposition“ weidlich geäußert und da nun einmal bei diesen Leuten immer eine Aktion folgen muß, sind die Kommunisten auf den ersinderischen Einfall gekommen, die Tagung mit Resolutionen und ähnlichem zu bombardieren. Auch am Donnerstag vormittag ließ eine „revolutionäre“ Entschlüsseung ein und zwar besagte, daß die oberste leitende Bergarbeiterkategorie für die von der Generalversammlung die Wiederaufnahme der geschlossenen Kollegen verlange und daß diese oppositionelle Bewegung unter den obersteleitenden Bergarbeitern bereits in Reise, siehe usw. usw. in ähnlichem Still!

Koll. Hajemann erklärte zu dem kommunistischen Bluff, daß kein Grund vorliege, gefaßte Beschlüsse umzustößen. Überdies werde niemand ausgeschlossen, wenn er nicht schuldig sei. Damit war auch dieses Intermezzo beendet.

Die Schuldfrage von Hausdorf

Kollege Schudy-Vothum erstattete den Bericht der Sicherheitskommission über das Grubenunglück bei Neurode. Da die Untersuchungen an Ort und Stelle immer noch nicht zu Ende geführt worden sind, so ist die Darstellung des Kollegen Schudy leider noch nicht definitiv. Immerhin aber enthält der Bericht die wichtigsten Fingerzeige und vor allem vermittelte er den Lesern aus anderen Teilen des Reiches einen guten Überblick über die besonders schwierigen Verhältnisse im Waldenburger Revier.

Die Frage nach Ursache oder Schuld ist, so führte Kollege Schudy aus, nicht einfach zu lösen. Die bisherigen Feststellungen sind alle Vorrichtungen auch in der Zeit unmittelbar vor dem Unglück getroffen worden.

Wenn beim Schießen ist man stets so vorsichtig zu Werke zu gehen, daß nach menschlichem Ermessen nichts geschehen konnte. So ist die Kohlenstaube ausgebrochen.

Die Annahme, daß die Kohlenstaube in Hohlräumen steck geblieben sei, ist nicht haltbar. Die Kohlenstaube ist in der Kohle selbst enthalten und unter starker Abkühlung aus, wenn die Kohle erschüttert wird. Nach Ansicht der Fachleute hatte die Kohlenstaube im Kurze während des Abbaus sich abgesetzt, so daß plötzliche Entladungen unbedingt naturgemäß waren.

Kollege Schudy schilderte dann die Vorgänge beim Unglück, wie sie heute rekonstruiert werden können. Die Unglücksnacht hat man sofort abgeschlossen, um zu verhindern, daß Kohlenstaube sich nach anderen Gängen ausbreitete. Zu dieser Zeit war man sicherlich berechtigt, denn daß in der Nacht 17 noch jemand leben würde, widersprach zu sehr jeder Wahrscheinlichkeit.

Durch die Gewalt des Ausbruches ist, wie sich nun heraus hat,

der Hitzestich aus seiner Lage in den Straßen herausgerissen.

worden. Dort, wo er vorher lag, sind Auspuffkanäle sichtbar, durch die jetzt das Wetter strömt. Was hinter den Auspuffrohren liegt, weiß man noch nicht.

Das Gebirge ist überall auf der Wenzelsausgrube in guter Beschaffenheit. Vielleicht hat also gerade die vorzügliche Lage des Berges zum Ausbruch beigetragen. Wäre das Gebirge nämlich schlechter gewesen, so hätte das Gas niemals den Hitzestich herauspressen können.

Folgerungen lassen sich heute noch nicht ziehen. Menschliche Schuld dürfte kaum in Frage kommen. Bei jedem Schuß, bei jeder Bohrung ist vor der Katastrophe stets der Gasdruck gemessen worden, und niemals war er stärker als eine Atmosphäre. Jedem sollte man sich vorläufig hüten, aus ungeklärten Tatbeständen ungerechtfertigte Schlüsse abzuleiten.

In ähnlichem Sinne äußerte sich Oberbergamtsrat Weber, der als Gast am Donnerstag der Bergarbeiterkonferenz betrauerte. Es ist heute immer noch nicht fest, ob tatsächlich alle Vorkehrungsmaßnahmen reiflich ausgeführt worden sind. Ebenso weiß man nicht, ob die Verwendung der Schrämmaschinen zweckmäßig war, oder ob nicht gerade diese Maschine die Stöße zu sehr erschütterte und dadurch den Ausbruch der Säure herbeiführte.

In dieser Stelle habe man keinesfalls mit einem Ausbruch gerechnet. Was nun auf der Wenzelsausgrube erfolgen soll, weiß man heute noch nicht. Wenn die Grube nicht ganz geschlossen wird, wäre es zumindest erforderlich, in gefährdeten Straßen möglichst wenig Leute zu beschäftigen.

Kollege Schudy-Vothum sprach den beiden Referenten im Namen der Generalversammlung den Dank für ihre Informationen aus und machte dann die Mitteilung, daß die Volkswirtschaft dem Vorstand des Bergarbeiterverbandes 2000 Mark für die Hinterbliebenen der Säure herbeiführte.

Der Ausklang der Tagung

Dufemanns Schlusswort

Wir stehen am Ende der Generalversammlung, unsere

Arbeit ist erledigt. Die zum Gelingen dieser Verhandlungstagung beigetragen hat die dankbare Presidialkommission der Gewerkschaftsjugend, die unsere Eröffnungsfeier veranstaltete. Möchte diesen Tausenden junger Menschen die Erinnerung bleiben, die heute ihre Herzen erfüllt.

Wir haben Rechenschaft abgelegt, wir haben Rückblick gehalten und wir wollen nicht stehenbleiben, sondern in die Zukunft blicken. Sie haben den Vorstand diesmal einstimmig wiedergewählt, was bisher noch nie geschehen ist. Das beweist Einheit in unseren Reihen, und wir danken Ihnen für das Vertrauen, das Sie uns und unserer Arbeit schenken.

Die Aufgaben stehen noch vor uns. Wir werden für den Bau, für die Verbilligung der Waren eintreten, werden die Heer der Arbeitslosen kämpfen, die nach Arbeit schreien. Es ist uns nichts anderes übrig, so wollen wir die Forderung der Arbeitszeitverkürzung aufstellen, denn es ist besser, daß wir arbeiten, als daß sie auf der Straße verkommen. Auf lautet: Schließt Euch zusammen angesichts der Gefahren! Jetzt sind wir bereits 200.000 Bergarbeiter mächtiger als wir sein werden, desto stärker können wir die Forderungen des Proletariats erfüllen. Seid einig! Reichstag ist nach Hause geschickt worden, weil er den Ausdruck nicht aushält.

Nur die Bestehenden geschont werden sollen, dann es auf unserer Seite keine Toleranz sondern nur Kampf geben. Ohne die Gewerkschaften kann in Deutschland keine Wirtschafts- und keine Sozialpolitik getrieben werden.

Die Avantgarde des Proletariats. Die deutschen Arbeiter

brauchen die Zusammenarbeit aller Menschen, die guten Willen, und die nicht nur Wissen haben, sondern auch den Mut, die Sache des Proletariats!

deutsche Bergbauindustriearbeiter-Verband, die deutsche Arbeiterbewegung, die Bergarbeiter-Internationale: Sie

Zerflehnacht der Opposition

Der nunmehr beendete Kongress der Bergarbeiter hat reichlich Gelegenheit gehabt, sich über kommunistische Karrikaturen zu belustigen. Den größten Lacherfolg aber erzielte eine Nachzügler, die Genosse Dufemann noch in seinem Schlusswort als neuesten „rot de Moskwa“ der Generalversammlung zum Besten gab.

Man stelle sich vor: die „revolutionäre Gewerkschaftsopposition“, Bezirk Ruhrgebiet, geleitet von einem Herrn Albert Funk, hat am 16. Juli dem Ruhrbezirksverband die Lohnordnung, den Mantel und das Mehrarbeitsabkommen zum 30. September gekündigt! Die Generalversammlung liegt sich vor Lachen, aber Kollege Dufemann stellt weiter vor, und man traut seinen Ohren nicht: die sonst so Unbegreifbaren bitten die Unternehmer um Angabe eines Verhandlungstermins, die Widerspenstigen bledern sich an und behaupten ebenfalls tariffähig zu sein, weil sie stärker wären als die polnische Berufsvereinigung, als die Gelben und die Christen. Zum Schluss des Schreibens heißt es dann wörtlich: „Wir sind bereit, den Tarifvertrag mit Ihnen abzuschließen.“

Wie die Antwort der Unternehmer lautet, kann man sich gleichfalls vorstellen. Sie war eine schallende Ohrfeige für diese Karikatur. Immerhin aber hat man ihnen sofort antwortet, während die freien Gewerkschaften oftmals sogar auf die Erleichterung kleinerer Dinge lange Monate warten müssen. Woraus man ersieht, wenn die Liebe der Unternehmer zugewandt ist.

Der Schritt der kommunistischen Ruhr-Gewerkschaftler in Essen bietet Stoff zu Ironie in reichlichem Maße, aber er hat auch eine ernste, sogar eine sehr ernste Seite. Wenn nämlich wirklich im Herbst Verhandlungen kommen und wenn sich dann kein Resultat erzielen lassen sollte, wenn dann die Unternehmer verjagt werden, den Lohn zu drücken, dann können sich unsere Bergleute bei diesen „Revolutionären“ bedanken.

Ja, und wer sind nun eigentlich die „Revolutionäre“? Wegen in Uhr am Donnerstag endete die 27. Generalversammlung der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands. Mit dem gemeinsamen Lied der Knappen „Glückauf“ sang sie aus. Die Delegierten lehrten im Laufe des Donnerstags nachmittags in ihre Heimat zurück, während die ausländischen Gäste des Kongresses noch einen Autobusausflug nach der Arbeiterwirtschaftsschule in Peterswaldau unternahmen.

Die allgemeine Verächtlichkeit, die sich seitens der Sozialdemokraten“ es sehr gern läßt, wenn mit Hilfe des Mittelstandes der Sozialabbau selbsteingeleitet würde, wird durch die einfache Tatsache widerlegt, daß gerade die Sozialdemokraten dem Kabinett Brüning die Kabinetsabgabe aus der Hand geschlagen und damit zur Reichstagsauflösung gezwungen hat. Kein die Sozialdemokraten will, daß die Volkswirtschaft durch ihr Votum bei den Wahlen klar ergäbe, wozu die Fahrt gehen soll: zum sozialen Volkstaat oder zu einer von Sozialreaktionären regierten Weltrepublik? Und weil die Sozialdemokraten weiß, daß das Volk für den sozialen Volkstaat und also für die Sozialdemokratie stimmt, weshalb soll der Stimmzettel der Massen zweigeteilt und wertlos gemacht werden, indem man den Sozialabbau einfach dekretiert. Ein infames Plänchen!

1850702 Erwerbslose im Juli

Die neuen amtlichen Arbeitslosenlisten haben die Verfestigung des Arbeitsmarktes, daß die sommerliche Entlastung des Arbeitsmarktes bereits zu Ende ist, vollstaus bestätigt. Zum ersten Male seit dem Hochstand des Winters hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung keine Abnahme erfahren; das Anwachsen der Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden hat sich in verstärktem Maße fortgesetzt; ebenso ist die Zahl der Krüsenunterstützungen weiter angewachsen.

Am 15. Juli wurden 1.470.000 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und 909.000 in der Krüsenunterstützung gezählt. Damit sind beide Unterstützungseinstellungen zusammen mehr als doppelt so stark belastet wie in der gleichen Zeit des Vorjahres, nachdem die Überlagerung auf rund 908.000 angewachsen ist. Die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden belief sich am 15. Juli auf rund 2.770.000. Eigentliche Arbeitslose verbleiben nach Abzug derer, die noch in gekündigter oder ungeländigter Stellung oder in Notstandsarbeit beschäftigt waren, rund 2.715.000.

Die Zunahme in der Belastung der Arbeitslosenversicherung rührt zunächst von den Bezirken der westdeutschen Industrie her, von denen sowohl Westfalen wie das Rheinland eine Vermehrung der Unterstützungsempfänger aufweisen. Ferner haben die Bezirke Brandenburg, Südwestdeutschland und Ostpreußen eine Verschlechterung erfahren. Die geringe Abnahme der Unterstützungsziffer in den übrigen Bezirken, von denen Mitteldeutschland noch die verhältnismäßig günstigste Entwicklung hat, konnte in dem Gesamtbild keinen Ausgleich schaffen.

Der Zuwachs an Arbeitsuchenden entfällt im Gesamtresultat auf die Konjunkturgruppen. Die Saison-Außenberufe haben keine Erleichterung mehr erfahren. Das Baugewerbe liegt nach wie vor vollkommen darnieder. Die Landwirtschaft verwendet fast Maschinen und entwickelt daher ebenfalls keine starke Nachfrage. Bergbau- und Metallindustrie bilden zusammen mehr und mehr einen selbständigen Krisenherd. Besonders im Ruhrkohlenbezirk in den Hütten und Walzwerken macht die Verlingerung der Belegschaft ständig Fortschritte. Auch in den meisten Braunkohlengruben beginnt der Beschäftigungsgrad sich zu verschlechtern. Aus fast allen Zweigen der Metallverarbeitung kommen Meldungen über Kurzarbeit, Entlassungen und Stilllegungsanträge. Nur gewisse Teile der Bekleidungsindustrie können zusammen mit der Konjunkturindustrie noch etwas den Arbeitsmarkt, während in der Schuhindustrie die Arbeitslosigkeit ebenfalls rapide zunimmt.

Die neuen Arbeitslosenziffern zeigen, daß die Regierung Brüning in der Arbeitsmarktbelebung vollkommen versagt hat. Im Frühjahr kam sie ans Ruder. Seit Monaten hören wir große Töne über ein Arbeitsbeschaffungsprogramm im Wert von rund 1 Milliarde Mark. Die Arbeitslosenunterstützung will die Regierung abbauen und die Krüsenunterstützung nicht erweitern. Alles mit der Begründung: Arbeit sei besser als Unterstützung. Und das Ergebnis der Regierungspolitik? Unterstützungsbau und keine Arbeit!

Neuer Arbeiterabbau im Ruhrgebiet

Der Ruhrbergbau, der nach einer Aufhellung des Landes arbeitsames Dortmund rund 38.000 arbeitsuchende Bergarbeiter aufzuweisen hat und dessen Belegschaften von 29.000 arbeitsfähig im Juni auf 42.000 arbeitsfähig in der zweiten Juliwoche angewachsen sind, steht vor neuen großen Entlassungen. Die Selbsthüterer Bergwerks-A.G. hat Antrag auf Entlassung von 1200 Arbeitern gestellt, und zwar für die Zeche Pluto 175, Nordstern 105, Soltau 220, Bonifatius 200, Zollverein 350 und Graf Wolke 150. Die Hagenberg Bergbau-A.G. entläßt auf der Zeche Gneisenau 120 und auf der Schachtanlage Robert Müller 150 Mann. Die Gewerkschaft Heinrich legt die Zeche Wier auf und entläßt 225 Mann der Belegschaft. Der Rest wird auf Zeche Heinrich übernommen. Dazu kommen die Entlassungen von 600 Mann bei den Vereinigten Stahlwerken durch die Stilllegung des Carl Friedrich-Erbkohlens im Bochumer Bezirk.

Vor Zusammenschlüssen in der deutschen Fahrradindustrie

Seit längerer Zeit läßt sich in der deutschen Fahrradindustrie eine starke Konzentrationsbewegung feststellen. Typisch dafür sind die Aufkäufe des Siegen-Sollinger Gussstahl-Aktienvereins. Das genannte Unternehmen hat z. B. die Lippische Fahrradindustrie, H. W. erworben, die es mit seiner Abteilung Weyersberg, Rischbaum & Co. für Fahrrad- und Waffenfabrikation vereinigen will. Verkaufsverhandlungen bestehen auch mit den Gortke-Werken in Bielefeld und mit den Eise-Diamant-Werken in Brand-Erbisdorf.

Die Krise in der Fahrradindustrie hat sich weiter vergrößert. Es macht sich in ihr vor allem die Profisierung der Massenarbeit bemerkbar. Das Fahrrad gehört schon seit geraumer Zeit zu den Waren, die nicht gehen wollen und die länger stehen. Andererseits ist die Kapazität stark übersteigert. Eine Zeitlang hat man augenscheinlich in der Fahrradindustrie daran gedacht, der Krise durch ein Verkaufsangebot Herr zu werden. Die Verhandlungen haben sich aber zerlegt. Ein Verkaufsangebot hätte auch lediglich nur eine Verringerung der Preise und keine Gründung der Industrie bedeutet. Wundlungsbereite Firmen haben sich auch von dem Standpunkt von Anfang an wenig verschoben. Es streben die Fabriken nach dem Verkauf auf eigene Faust, und zwar wird hier das Mittel des Kaufs gewählt. Das führt viel Geld. Dieses Opfer muß die Industrie aber sehr bringen, nachdem sie die Bereinigung und die Aufhellung der Produktion nach oben, die zu einer Preisregulierung führen und den Markt hätte gefunden können, abgelehnt hat.

Sozialabbau durch Art. 48?

Wohin geht die Fahrt, Herr Brüning?

Reform und Verbesserung wird jetzt in führenden Organen diese Frage aufgeworfen, da auf dem Hügel der Regierungsparteien sich zurzeit bedeutsame Neugruppierungen vollziehen, die auf den Kurs des Zusammenhangs voll einwirken müssen. Die antizipierten, viktualistischen Elemente des Reichstags sammeln sich. Kein Wunder, wenn die Unterprelle die Gelegenheit beim Schopf packt und von Anfang fordert, ohne die Entschcheidung der Reichstagswarten, jetzt schon den Abbau der Arbeitszeit und der Krankenversicherung mit Hilfe des Art. 48 durch Verordnung zu dekretieren. Der Unterbau soll also durch nackte, brutale Gewalt vor sich gehen.

Sohn und Spott klingt die Begründung, die reaktionären Schmarotzer für die von ihnen geforderte Senkung der Unterstützungsleistungen in der Arbeitslosenversicherung und in der Krankenversicherung ins Treffen zu erklären, die Reichsverfassung spreche von einer Änderung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, die zum Erlaß besonderer Notmaßnahmen bedürftig sei. Ein Zusammenbruch der Arbeitslosenversicherung gefährdet die öffentliche Sicherheit aber weitestens noch mehr als neues Defizit im Reichschat; ebenso würde die öffentliche Sicherheit von Seiten der kommunalen Finanzen her bedroht, wenn der Arbeitslosen- und der Krankenversicherung der Anfang an nicht innerer Umtrie aus Gründen, die in der Verfassung selbst liegen, sondern aus Rücksicht auf die Lage der Wirtschaft und der Reichsfinanzen eingeleitet werden. Der Zusammenhang zwischen öffentlicher Sicherheit und dem Reichschat ist also gegeben. Juristisch befinden kaum gewichtige Argumente die Anwendung des Art. 48 auf die Durchsetzung der vorgesehene Änderungen in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung, und politisch gesehen, läge die Sache einfach; denn sowohl die Arbeitslosen- wie die Krankenversicherungsvorlage der Regierung sei im Ausschuss behandelt worden. Ihre Verabschiedung im Reichstagsrat im Grunde genommen nur ein „formales Akt“ für die wichtigsten Bestimmungen der Reformvorlage wäre Mehrheit bereits gestimmt gewesen.

Ein solches Gemisch von Verlogenheit und Antimus ist ein Vorbild für den offenen Raub der Arbeitslosen- und der Krankenversicherung. Die öffentliche Sicherheit soll demnach man nicht schleunigst den Arbeitslosen- und den Krankenversicherungsbau! Ist noch eine ärgere Verhöhnung des

Massen denkbar? Umgekehrt wird ein Schuh draus. Wer den schon unter dem Epithetonminimum liegenden Arbeitslosenstand noch weiter verschlechtert und ganzen Gruppen von Arbeitslosen die Unterstützung ganz oder für unerträglich langen Zeitraum nimmt, der gefährdet die öffentliche Sicherheit; denn etwas muß der Mensch bekommen sein Eigen nennen, etwas muß er haben, um mindestens den Hunger zu stillen, wenn er nicht morden und brennen soll. Wichtig ist daß sich hinter dem Kabinett Brüning stehenden Parteien bereits mit dem in den Vorlagen vorgesehene Abbau der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung im wesentlichen einverstanden erklärt haben, soweit sie ihn nicht noch verschärfen wollen. Aber wenn wir nicht irren, ist es doch zu einer Reichstagsauflösung gekommen, und diese Auflösung hat doch ihren Hauptgrund in dem Konflikt zwischen Regierungsmehrheit und Opposition gerade in der Frage der Arbeitslosen- und der Krankenversicherung. Wenn wir uns nicht irren, dann ist es seinerzeit sogar im Streit um die Arbeitslosenversicherung zur Auflösung des Kabinetts Müller und zur Schaffung des Kabinetts Brüning gekommen, und eben dieser Streit über die Frage, ob die Reichsfinanzen auf Kosten der Kranken- und arbeitslosen Menschen sanfter werden sollen, oder ob auch die gesunden, die besitzenden und gestützten Klassen zur Sanierung in gerechter Form mithelfen sollen, durchlief seit mehr als einem Jahr alle sozialpolitischen Verhandlungen des Reichstags. Und in diesem Streit sollten ja gerade die Wähler entscheiden, ob sie einen sozialen oder einen antisozialen Kurs haben wollen. Die sozialreaktionären Schmarotzer, die, wie vor allem die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ das Kabinett Brüning zum gewalttätigen Sozialabbau der Verordnung drängen, lassen die Wähler, eine noch bevorstehende Verfassungsreform könnte für die Wahlstimme größere Bedeutung erlangen als eine vollendete Tatsache, mit der man sich wohl oder übel abfinden muß. Hier geben sie offen zu, daß die Wähler sehr wohl ein sehr großes Interesse an der Verfassungsreform haben. Und weil die Schmarotzer fürchten, daß das deutsche Volk anders denkt als sie, deswegen soll Brüning durch die Verordnung den Sozialabbau zu einer Tatsache machen. Wozu soll denn das Volk überhaupt wählen, wenn man ihm vorher die wichtigsten Entscheidungen aus der Hand nimmt?

27. Generalversammlung der Bergarbeiter Deutschlands

Letzte Beratungen und Abschluß der Tagung

„Ohne Mitwirkung der Gewerkschaften ist keine Wirtschafts- und Sozialpolitik in Deutschland möglich“

Ihren letzten Verhandlungstag begann die Generalversammlung der deutschen Bergarbeiter mit der Entgegennahme von Berichten der Beschwerdebüro- und der Gehaltskommissionen.

Als Berichterstatter der Beschwerdebürokommission teilte Kollege Schröder-Nordhausen mit, daß dieser Kommission insgesamt 12 Beschwerdefälle zur Bearbeitung vorgelegen haben. Elf dieser Angelegenheiten betreffen Beschwerden gegen Ausschüsse, während eine Beschwerde wegen eines nicht erfolgten Ausschlusses eingelaufen ist. Die Kommission hat selbstverständlich alle diese Fälle nochmals sorgfältig überprüft und ist dann zu dem Ergebnis gekommen, daß die Entscheidungen des Kontrollausschusses zu Recht erfolgt sind und daß kein Anlaß vorliegt, den Beschwerden nachzugehen. Die Generalversammlung schloß sich dem Standpunkt der Kommission an. Sie wies ebenfalls alle 12 Beschwerden zurück, da es sich in sämtlichen Fällen um Disziplinsüßigkeiten und verbandsschädigendes Verhalten sogenannter Oppositioneller handelt.

Kollege Biehler-München erstattete den Bericht über die Stellungnahme der Gehaltskommission zu zwei ihr zur Behandlung unterbreiteten Anträgen auf Gehaltsfürzung bei allen bzw. bei solchen Verbandsangehörigen, die ein Reichs- oder Landtagsmandat innehaben. Die Gehaltskommission hat diese Anträge einer eingehenden Prüfung unterzogen, ist aber dabei zu dem Entschluß gelangt, daß derartige Gehaltsfürzungen, da sie nur die wenigen Vorstandsmitglieder treffen können, eine unzumutbare Maßnahme sei und daß überdies eine Herabsetzung des Gehaltes bei den Abgeordneten ungerecht wäre, weil diese Reichs- und Landtagsabgeordnete ohnehin schon einen erheblichen Teil an Partei und Arbeiterwohlfaht abführen müssen. Dieser Auffassung schloß sich die Generalversammlung an. Sie wies die beiden angebotenen Anträge sowie einen weiteren Antrag des Kollegen Kuchmann-Bitterbach ab, der sich für einen 15prozentigen Abzug von den Angestelltengehältern zugunsten des Unterstützungsfonds ausgesprochen hatte.

Sodann ging man an die

Beratung noch nicht erledigter Anträge

Einen Antrag, der die Kontrolle der Wahlhandlung von Delegierten zur Generalversammlung empfiehlt, überwies die Generalversammlung an den Vorstand.

Zu dem hier bereits des öfteren erwähnten Antrag Kosemann auf Angleichung der Bergarbeiterlöhne an die Gehälter der Staats- und Kommunalbeamten entspann sich eine angeregte Debatte. Kollege Kosemann selbst führte zur Begründung seines Antrages aus, daß die maßlos hohen Gehälter einzelner Beamten nicht mehr mit der Finanznot des Reiches in Einklang zu bringen wären und daß man auf eine gerechtere Einkommensverteilung dringen müsse. Eine Reihe von Kollegen schloß sich dieser Auffassung an, andere hingegen äußerten Bedenken über die Zweckmäßigkeit des Antrages in der vom Kollegen Kosemann eingehenden Fassung. Schließlich wurde ein Antrag mit ähnlichem Inhalt angenommen, der folgenden Wortlaut hat:

„Der Vorstand wird beauftragt, mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund in Verbindung zu treten, um eine anderweitige Regelung der Gehälter der Staats- und Kommunalbeamten zu erreichen.“

Drei Anträge betr. Wahl des Tagungsortes für die nächste Generalversammlung überwies die Generalversammlung an den Vorstand. Vorgeschlagen waren Ruhrgebiet, Aachen und Essen. Wahrscheinlich wird man nach zwei Jahren, wie Kollege Kosemann erklärte, in einem Orte des Ruhrgebiets zusammentreffen.

Im Anschluß daran hörte die Generalversammlung das letzte große Referat dieser Tagung. Kollege Hermann Müller-Lichtenberg, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, sprach über

Reaktion in Wirtschafts- und Sozialpolitik

Vor unseren Augen vollzieht sich der gewaltigste Entwicklungsprozeß, der je in der kapitalistischen Wirtschaft zu beobachten war. Zum Wesen des Kapitalismus hat immer gehört, daß er die Handarbeit durch Maschinen ersetzt hat. Das ist sehr oft ein schmerzvoller Prozeß für die aus der Produktion ausgeschalteten gewesen. Gerade Schlesien mit seinen Wehberaufständen in den vierziger Jahren ist in der Beziehung klassischer Boden.

Erkennung der Massen von den Produktionsmitteln und ihre Proletarisierung hat den Kapitalismus immer begleitet. Aber das ist nicht reaktionär, sondern revolutionär.

So wie der Kapitalismus die feudale Gesellschaft über den Haufen geworfen hat, so macht er andererseits die Bahn frei für eine sozialistische Gesellschaft.

Gerade dieser Prozeß vollzieht sich mit großer Schnelligkeit. An die Stelle der freien Konkurrenz, die den Kapitalismus groß werden ließ, tritt in wachsender Maße die gebundene Wirtschaft.

Ich kann hier auf das Gutachten von Professor Schmalenbach, das er in Sachen der Bergarbeiterlöhne abgegeben hat, verweisen, worin zum Ausdruck kommt, daß es keine Rückkehr in die alten kapitalistischen Bahnen gibt, sondern nur eine Weiterentwicklung, wie sie Karl Marx vorausgesehen hat.

Diese Entwicklung hat für die Arbeiterschaft auch heute noch sehr unangenehme und schmerzhaft Begleiterscheinungen. Es erwacht aus ihr die allgemeine Unsicherheit der Existenz, die heute größer ist als früher.

Lohnabbau, Unterdrückung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet, Verschlechterung der Sozialgesetzgebung, und neben der großen Arbeitslosigkeit die reaktionären Begleiterscheinungen der revolutionären Entwicklung des Kapitalismus.

Wir empfinden das um so härter, weil nach dem Amtsur große Hoffnungen in der Arbeiterschaft wach wurden, von denen sich nur ein Teil erfüllen ließ. Und jetzt haben wir Stillstand und Rückschritt statt des Fortschritts zu verzeichnen. Dätten wir aber keine klare Arbeiterbewegung als Abwehrwall gegen alle diese reaktionären Maßnahmen, so würde die Arbeiterschaft noch viel hilfloser sein.

Man erlaßt daraus, daß es die politische Macht allein nicht tut. Wohl ist die Demokratie ein harter Hebel, aber der Druck von mächtigen Wirtschaftskräften ausgeübt werden. Wir erwarten die Verbesserungen nicht von einem plötzlichen Amtsur, denn dieser würde unser kompliziertes Wirtschaftssystem vollends zerbrechen. Wir wollen eine ruhige Entwicklung unter Beteiligung der Wirtschaft durch die Arbeiterklasse und dem Ausbau des Wirtschaftsrechts, also all den Maßnahmen, die wir als

Demokratisierung der Wirtschaft

ansprechen. Ein rascher Eingriff von außen würde der hochentwickelten deutschen Industrie und damit für die Arbeiterschaft in härtestem Maße zum Nachteil gereichen.

Angesichts dieser Tatsachen erscheint es sonderbar, daß Unternehmerstimmen laut werden, die dahin gehen, daß, wenn keine Gewerkschaften wären, sie gegribet werden müßten. Wir brauchen das nicht als ein unbedingtes Lob aufzufassen. Tatsächlich hat auch noch kein Arbeitgeber uns gelobt, wenn wir unsere ganze Kraft eingesetzt haben für den Ausbau der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Aber die Unternehmer sehen, wohin die Reize geht.

Wir machen zurzeit eine Krise durch, wie sie die Welt in solchem Ausmaß kaum gesehen hat. Die Ursachen sind nicht einheitlich. In Deutschland wirkt dabei vielerlei mit: Der Verlust ausländischer Absatzgebiete, die Reparationslasten und die übersteigerte Nationalisierung. Letztere hat uns

in eine Ueberproduktion hineingebracht, die nicht aus dem Widerspruch zwischen Bedarf und Produktion, sondern aus Produktion und Kaufkraft hervorgegangen ist

und sich immer mehr verschärft. Waren nämlich in Deutschland alle Leute in der Lage, ihren Warenbedarf zu decken, so würde es bald keine überfüllten Läger mehr geben. Dazu kommt, daß wir keine Vertrauen zum Staat und zur Wirtschaft verloren haben. Kapitalflucht und Kapitalzurückhaltung sind die Zeichen dafür. Diese Vertrauenskrise zu beseitigen, war auch das Ziel der Verhandlungen, die vor kurzem zwischen uns und den Unternehmern stattfanden, aber nicht zum Ziele führten. Obwohl sie das wußten, haben jedoch gewisse Leute wieder behauptet, der WGB habe mit den Unternehmern wegen Schaffung einer neuen Arbeitsgemeinschaft verhandelt. In Wirklichkeit aber lag uns nichts fern als das.

Die große Frage, um die im Augenblick gestritten wird, ist die um Löhne und Preise. Die gebundene Wirtschaft wird zur Monopolwirtschaft und führt zur Willkür bei der Preisbildung. Die Unternehmer vertreten den Standpunkt, daß die Preise nur gesenkt werden könnten, wenn die Selbstkosten verringert würden. Und deshalb streben sie den Lohnabbau an. Und dabei sieht fest, daß der Lohnanteil bei der Produktion immer geringer wird und damit

die Lohnhöhe mehr und mehr den Einfluß auf die Preisfestsetzung verliert.

Die Unternehmer begründen die Notwendigkeit der Lohnsenkung mit der Notwendigkeit einer gesteigerten Warenausfuhr. Sie vergessen dabei, daß Deutschland bis vor wenigen Monaten das einzige Land gewesen ist, dessen Ausfuhr im Vergleich mit dem Vorjahre zugenommen hat, während die Ausfuhr anderer Länder erheblich zurückging. Aber schon zu dieser Zeit hatten wir in Deutschland eine große Krise und das erklärt sich daraus, daß Deutschland 80 bis 90 Prozent für den Binnenmarkt produziert und nur den Rest ausführt.

Dieser Binnenmarkt ist durch Arbeitslosigkeit und Lohnabbau aber immer mehr und mehr eingeeengt worden.

Bedauerlich ist, daß die Unternehmer aus ihren alten Gedankengängen nicht herauskommen. Der Siemens-Brief an die Reichsregierung und die Unregungen der Deutschen Volkspartei, die Tarifverträge aufzuheben, zeigen das mit aller Deutlichkeit. Wie sehr die Arbeitereinkommen gefallen sind, bezeugen folgende Zahlen: im Januar 1928 hatte das Reich eine Lohnneuerinnahme von 130 Millionen, im Januar 1930 von 118 Millionen Mark und im Mai eine solche von 110 Millionen Mark.

Der von den Unternehmern eingeschlagene Weg ist falsch. Preisabbau ist notwendig.

Es braucht nur die Kartellverordnung schärfer angezogen zu werden. Auch sind die Zölle zu beseitigen, durch die die Waren verteuert werden. Leider ist jedoch die Regierung, wie der Schiedsspruch von Nordweit beweist, auf demselben Irrweg wie die Unternehmer. Aber

Unternehmer und Regierung irren sich, wenn sie glauben, daß die Gewerkschaften ruhig zusehen werden.

Bedauerlicherweise wirkt sich die schlechte wirtschaftliche Lage auch auf dem Gebiete der Sozialversicherung aus. Die Reichsanstalt ist ihren Aufgaben nicht mehr gewachsen. Das Reich muß zu immer größeren Summen zur Abhilfe des Notstandes greifen, was wiederum den Reichsset gefährdet. Anstatt rechtzeitig die Reichsanstalt durch höhere Beiträge zu sanieren, wird immer mehr an den Ausbau der Leistungen herangegangen. Große Schichten der Arbeitslosen will man sich selbst überlassen. Ganze Arbeiterkategorien werden geschaffen, die wohl Beiträge leisten, aber keinen Anspruch auf Unterstützung besitzen. Dazu kommt die willkürliche Konstruktion einer Gefahrengemeinschaft zwischen der Arbeitslosenversicherung und den übrigen Sozialversicherungen. Das zeigt sich jetzt bei der Verschlechterung der Krankenversicherung, die teilweise so schändlich ist, daß Regierung und Unternehmer, die sie beschließen, keine Freude daran haben dürften. Abbau statt Ausbau ist die Parole.

Demgegenüber haben wir an unseren alten Forderungen festhalten: Ausbau der Sozialversicherung, Ausbau der Selbstverwaltung, weitgehende Mitwirkung der Arbeiter auch bei der Unfallversicherung.

Das sind keine utopischen Pläne, sie lassen sich durchaus verwirklichen, wenn der gute Wille dazu da ist. Die kommenden Wahlen werden Gelegenheit bieten, den Willen der Arbeiterschaft zum Ausdruck zu bringen. Sorgen wir dafür, daß wir eine Regierung bekommen, die gewillt ist, in sozialpolitischer Hinsicht vorwärtszuschreiten! Aber das allein tut es auch noch nicht!

Organisation, starke, politische und gewerkschaftliche Organisationen der Arbeiter sind die Voraussetzungen des Fortschritts.

Eine Aussprache erfolgte nach dem Vortrag des Kollegen Hermann Müller-Lichtenberg, der den Delegierten nochmals das Bild der gegenwärtigen Wirtschaft und der in ihr wirkenden reaktionären Kräfte umriß, mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit nicht mehr.

Anträge zur Sozialpolitik

Ohne Debatte schloß die Generalversammlung auch zur Abstimmung über die am zweiten Verhandlungstage (Dienstag) jurdisgestellten Anträge zur Sozialpolitik.

Ein Antrag, der den Hauptvorstand beauftragt, bei Reichsregierung zum Zwecke der Umrechnung der Wahlen und Kriegsdienstjahre als Beitragszeiten in Invalidenversicherung Schritte zu unternehmen, dem Vorstand zur Bearbeitung überwiesen. Angenommen wurden folgende Anträge und Entschlüsseungen:

I. Die 27. Generalversammlung des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands legt lebhaften Protest gegen die durch Regierung und Unternehmer geplante Reaktion auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet.

Deutschlands Wirtschaft wird überwiegend getragen von den Warenabkäufern auf dem Binnenmarkt. Die Ueberproduktion, die die Ursache der gegenwärtigen Krise ist, ist nicht durch die Spanne zwischen Produktion und Bedarf, sondern durch die Spanne zwischen Produktion und Kaufkraft, d. h. durch die Senkung des Einkommens der Arbeitnehmer, verursacht. Notwendig ist eine Hebung des Reallohn durch Abbau der Preise. Dieser läßt sich herbeiführen durch Herabsetzung der preisfestlegenden Zölle und durch schärfere Anwendung der Kartellverordnung.

Die Generalversammlung verurteilt die schwierige Lage, in der sich die Reichsanstalt der Arbeitslosenversicherung befindet. Aber es handelt sich um das Schicksal von Millionen, die durch die geplante Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung mehr oder weniger hart betroffen werden. Das Reich hat die Pflicht, für die durch die kapitalistische Entwicklung brotlos gewordenen zu sorgen, indem es der Reichsanstalt die fehlenden Mittel zur Verfügung stellt. Die Sparjamkeit auf anderen Gebieten kann das Reich einen großen Teil der erforderlichen Mittel beschaffen. Der anderen Teil aufzubringen durch Erhöhung der Einnahmen des Reichs, vor allem die leistungsfähigen Schichten der Bevölkerung heranzuziehen sind.

Die Generalversammlung protestiert gegen die immer neuem auftauchenden Pläne der Gefahrengemeinschaft der Arbeiter als Träger der Sozialversicherung. Die geplante Verschlechterung der Krankenversicherung, die von der Generalversammlung entkennend verurteilt wird, zeigt, wohin eine Verbindung von Versicherungszweigen führen muß, die auf verschiedenen Voraussetzungen beruhen.

Die Generalversammlung erneuert alle Beschlüsse früherer Generalversammlungen, die sich mit dem Auf- und Ausbau der Sozialversicherung befassen. Sie verlangt vom Vorstand, er allen Bestrebungen, die auf den Abbau der Leistungen auf die Beschneidung der Rechte der Versicherten hinführen, allen Mitteln entgegenzutreten. Da Sparjamkeit auch in der Sozialversicherung gegeben sein muß, verlangt sie eine weitestgehende Vereinfachung der gesamten Verwaltungseinrichtungen und eine Vereinheitlichung zusammengehöriger Versicherungsarten. Die Beschlüsse, die der Kongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Hamburg im Jahre 1928 gefaßt hat, erkennt die Generalversammlung voll inhaltlich an.

Dringend wichtig erscheint auch die Anwendung des Artikels 161 der Reichsverfassung. Der Artikel verpflichtet die Versicherten maßgebende Mitwirkung in der gesamten Sozialversicherung. Nach fast zwölfsährigem Bestehen der Reichsverfassung ist diese Bestimmung noch nicht durchgeführt. Die Unfallversicherung schalten und walten die Unternehmer vollständig allein. Dieser Zustand ist so unhaltbar, daß er nicht länger geduldet werden kann. Das Aufgabengebiet der Bergarbeitergenossenschaften ist durch die Einbeziehung der Berufskrankheiten in die Unfallversicherung wesentlich erweitert. Aus diesen anderen Gründen haben die Versicherten nicht nur ein großes Interesse, sondern fühlen sich verpflichtet, hier im Interesse der Unfallverletzten und durch Berufskrankheit Erkrankten mitzuarbeiten.

In bezug auf die Knappschaftspensionsversicherung hat der Vorstand beauftragt, dahin zu wirken, daß alsbald sich die Verhältnisse in der Knappschaftspensionsversicherung etwas mehr stabilisiert haben und klar zu überblicken sind, daß jetzt schon im Geise vorgesehenen Knappschaftsbestimmungen auf die weitere der Lohnklassen und sonstigen Verbesserungen gewandt werden.

II. Die Generalversammlung erhebt schärfsten Protest dagegen, daß die Braumarbeiter bei Erwerbslosigkeit als Saisonarbeiter betrachtet werden, und verlangt, daß diese Bestimmung aus dem Geise für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung entfernt wird.

III. Die Generalversammlung fordert von der Regierung der Reichsanstalt, daß die Krisenunterstützung den in der Arbeitslosenversicherung ausgesteuerten Bergarbeitern ohne besondere Beschlußfassung der Landesoberarbeiten gewährt wird.

Die Massenentlassungen von Bergarbeitern, die in den letzten Monaten eingeleitet haben, kommen in allergrößter Ausdehnung zur Auswirkung. Zehntausende von Bergarbeitern stehen jegliche Hilfe Not und Elend gegenüber. Um diese drohende Gefahr abzuwenden, ist es dringend notwendig, daß die Krisenunterstützung auf dem schnellsten Wege für die Bergarbeiterkraft geleistet wird.

IV. Die 27. Generalversammlung des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands erhebt schärfsten Protest gegen die verantwortungslose Wirtschaftsführung durch die Vertreter bzw. Eigentümer der Produktionsstätten. Sie stellt fest, daß die Produktion an Eisenerz, Schiefer, Metallurgie, sonstige Rohstoffe im Vergleich zum Vortriebsstand ganz erheblich zurückgegangen ist. Dieser Rückgang, auch heute noch abgesehen, hat dazu geführt, daß fast der gesamte Schieferabbau zum Erliegen gekommen ist und daß die großen Erzzerne der eisenschaffenden Industrie die Bergarbeiter durch ihren Besitz befindlichen Gruben aus reinem Profitstreben rücksichtslos bezimieren oder die Betriebe gänzlich schließen.

Sie fordert von der Reichs- und den Staatsregierungen geeignete Maßnahmen in der Richtung der Sicherstellung der Arbeitsmöglichkeit in den einlangsam erwähnten Bergbau. Diese Maßnahmen dürfen auch vor einem Eingriff in die Verfügungsgewalt der Unternehmer nicht zurücktreten.

Kommunistische Bluffmanöver

Die Kommunisten sind auf dem Breslauer Bergarbeiterkongreß ohne jede Einflußmöglichkeit geblieben. Selbstverständlich hat das die „revolutionäre Opposition“ weidlich geäußert und hat nun einmal bei diesen Leuten immer eine Aktion kommen, die Tagung mit Resolutionen und ähnlichem zu bombardieren. Auch am Donnerstag vormittag lief eine „revolutionäre“ Entschlüsseung ein und zwar besagte, daß die oberste leitende Bergarbeiterkongreßkommission von der Generalversammlung die Wiederaufnahme der geschlossenen Kollegen verlange und daß diese oppositionelle Bewegung unter den oberleitenden Bergarbeitern bereits in der Krise, siehe „w. u. w.“ in üblichem Stile.

Koll. Kusemann erklärte zu dem kommunistischen Entschluß, daß kein Grund vorliege, gefasste Beschlüsse umzustößeln. Überdies werde niemand ausgeschlossen, wenn er nicht schuldig sei. Damit war auch dieses Intermezzo beendet.

Die Schuldfrage von Hausdorf

Kollege Schudy-Buchum erstellte den Bericht der Sicherheitskommission über das Grubenunglück bei Neurode. Da die Untersuchungen an Ort und Stelle immer noch nicht zu Ende geführt werden konnten, sind die Darlegungen des Kollegen Schudy leider nur in den wesentlichen Punkten über die Ursachen der Katastrophe zu geben. Immerhin aber enthielt der Bericht wertvolle Fingerzeige und vor allem vermittelte er den Blick aus anderen Teilen des Reiches einen guten Ueberblick über die besonders schwierigen Verhältnisse im Waldenburger Revier.

Die Frage nach Ursache oder Schuld ist, so führte Kollege Schudy aus, nicht einfach zu lösen.

Nach den bisherigen Feststellungen sind alle Vorsichtsmaßnahmen auch in der Zeit unmittelbar vor dem Unglück getroffen worden.

Alles beim Schießen ist man stets so vorsichtig zu Werke gegangen, daß nach menschlichem Ermessen nichts geschehen konnte. Trotzdem ist die Kohlenfäure ausgebrochen.

Die Annahme, daß die Kohlenfäure in Hohlräumen steckte, ist falsch. Die Kohlenfäure ist in der Kohle selbst enthalten und tritt unter starker Abkühlung aus, wenn die Kohle erschüttelt wird. Nach Ansicht der Fachleute hatte die Kohlenfäure im Ruhrrevier genügend Abzugsmöglichkeiten, sodaß plötzliche Entladungen unbedingt naturnotwendig waren.

Kollege Schudy schilderte dann die Vorgänge beim Unglück, wie wir sie heute rekonstruieren können. Die Unglücksnacht um 17 hat man sofort abgebläsen, um zu verhindern, daß Kohlenfäure sich nach anderen Gängen ausbreitete. Zu dieser Annahme war man sicherlich berechtigt, denn daß in der Nacht um 17 noch jemand leben würde, widerspricht ja jeder Wahrscheinlichkeit.

Durch die Gewalt des Ausbruches ist, wie sich nun herausgestellt hat,

der Flöz völlig aus seiner Lage in den Streben herausgequetscht worden. Dort, wo er vorher lag, sind Auspuffkanäle sichtbar, durch die jetzt das Wetter strömt. Was hinter den Auspuffkanälen liegt, weiß man noch nicht.

Das Gebirge ist überall auf der Wenzeslausgrube in guter Beschaffenheit. Vielleicht hat also gerade die vorzügliche Lage des Berges zum Ausbruch beigetragen. Wäre das Gestein nämlich schlechter gewesen, so hätte das Gas niemals den Flöz herauspressen können.

Folgerungen lassen sich heute noch nicht ziehen. Menschliche Schuld dürfte kaum in Frage kommen. Bei jedem Schuß, bei jeder Bohrung ist vor der Katastrophe stets der Gasdruck gemessen worden, und niemals war er stärker als eine Atmosphäre. Jedenfalls sollte man sich vorläufig hüten, aus ungeklärten Tatsachen ungerechtfertigte Schlüsse abzuleiten.

In ähnlichem Sinne äußerte sich Oberbergamt Weber, der als Gast am Donnerstag der Bergarbeiterkonferenz beizumohnte. Es stehe immer noch nicht fest, ob tatsächlich alle Vorsichtsmaßnahmen reiflos ausgeführt worden sind. Ebenso weiß man nicht, ob die Verwendung der Schrägmaschinen zweckmäßig war, oder ob nicht gerade diese Maschine die Kohle zu sehr erschütterten und dadurch den Austritt der Säure herbeiführten.

An dieser Stelle habe man keinesfalls mit einem Ausbruch gerechnet.

Was nun auf der Wenzeslausgrube erfolgen soll, weiß man heute noch nicht. Wenn die Grube nicht ganz geschlossen wird, wäre es zumindest erforderlich, in gefährdeten Streben möglichst wenig Leute zu beschäftigen.

Kollege Schudy-Buchum sprach den beiden Referenten im Namen der Generalversammlung den Dank für ihre Informationen aus und machte dann die Mitteilung, daß die Volksfürsorge dem Vorstand des Bergarbeiterverbandes 2000 Mark für die Hinterbliebenen der Opfer von Hausdorf überhandt habe.

Der Ausklang der Tagung

Hufemanns Schlusswort

Wir stehen am Ende der Generalversammlung, unsere Arbeit ist erledigt.

Wenn die zum Gelingen dieser Verbandstagung beigetragen hat, gebührt Dank den Breslauer Gewerkschaftskollegen, der Gewerkschaftsjugend, die unsere Eröffnungsfeier vernünftig und diesen Tausenden junger Menschen die Augen erhalten bleiben, die heute ihre Herzen erfüllt.

Wir haben Rechenschaft abgelegt, wir haben Rückblick gegeben, aber wir wollen nicht stehenbleiben, sondern in die Zukunft blicken. Sie haben den Vorstand diesmal einstimmig wiedergewählt, was bisher noch nicht geschehen ist. Das beweist Einheit in unseren Reihen, und wir danken Ihnen für das Vertrauen, das Sie uns und unserer Arbeit schenken.

Große Aufgaben stehen noch vor uns. Wir werden für den Aufbau, für die Verbilligung der Waren eintreten, werden wir für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kämpfen, die nach Arbeit schreien. Wir werden uns nichts anderes übrig lassen, so wollen wir die Forderung unserer Arbeitszeitverkürzung aufstellen, denn es ist besser, daß wir arbeiten, als daß wir auf der Straße verkommen.

Auf laute: Schließt Euch zusammen angesichts der äußeren Gefahren! Jetzt sind wir bereits 200.000 Bergarbeiter mächtig, wir aber sein werden, desto stärker können wir unsere Forderungen durchsetzen, desto stärker können wir unsere Pflichten als Pioniere des Proletariats erfüllen. Seid einig! Der Reichstag ist nach Hause geschickt worden, weil er den Arbeitskampf nicht gutheißt.

Nur die Besitzenden geschont werden sollen, dann wird es auf unserer Seite keine Toleranz sondern nur Kampf geben. Ohne die Gewerkschaften kann in Deutschland keine Wirtschafts- und keine Sozialpolitik getrieben werden.

Die Avantgarde des Proletariats. Die deutschen Arbeiter kämpfen, daß wir das Rechte tun.

Wir brauchen die Zusammenarbeit aller Menschen, die guten sind, und die nicht nur Wissen haben, sondern auch den Mut, an die Sache des Proletariats!

Der deutsche Bergbauindustriearbeiter-Verband, die deutsche Gewerkschaftsbewegung, die Bergarbeiter-Internationale: sie sind einig!

Zarifforderungen der Opposition

Der nunmehr beendete Kongress der Bergarbeiter hat reichlich Gelegenheit gehabt, sich über kommunistische Karretreien zu beklagen. Den größten Lacherfolg aber erzielte eine Nachricht, die Genosse Hufemann noch in seinem Schlusswort als neuesten „cri de Moscou“ der Generalversammlung zum Besten gab.

Man stelle sich vor: die „revolutionäre Gewerkschaftsopposition“, Bezirk Ruhrgebiet, geleitet von einem Herrn Albert Junz, hat am 15. Juli dem Ruhrzweignachbar die Lohnordnung, den Manteltarif und das Mehrarbeitsabkommen zum 30. September gelündigt! Die Generalversammlung biegt sich vor Lachen, aber Kollege Hufemann ließ weiter vor, und man traut seinen Ohren nicht: die sonst so Unbezähmbaren bitten die Unternehmer um Angabe eines Verhandlungstermins, die Widerpenstigen biedernd sich an und behaupten ebenfalls tariffähig zu sein, weil sie stärker wären als die polnische Berufsvereinigung, als die Gelben und die Christen. Zum Schluss des Schreibens heißt es dann wörtlich: „Wir sind bereit, den Tarifvertrag mit Ihnen abzuschließen.“

Wie die Antwort der Unternehmer gelaufen hat, kann man sich gleichfalls vorstellen. Sie war eine schallende Ohrfeige für diese Kerls! Immerhin aber hat man ihnen sofort geantwortet, während die freien Gewerkschaften oftmals sogar auf die Erledigung kleinlicher Dinge lange Monate warten müssen. Woraus man ersieht, wenn die Liebe der Unternehmer zugewandt ist.

Der Schritt der kommunistischen Ausschussgewerkschaftler in Essen bietet Stoff zu Ironie in reichlichem Ausmaß, aber er hat auch eine ernste, sogar eine sehr ernste Seite. Wenn nämlich wirklich im Herbst Verhandlungen kommen und wenn sich dann kein Resultat erzielen lassen sollte, wenn dann die Unternehmer verschärft werden, den Lohn zu drücken, dann können sich unsere Bergleute bei diesen „Revolutionären“ bedanken.

Ja, und wer sind nun eigentlich die „Verräter“?

Gegen 13 Uhr am Donnerstag endete die 27. Generalversammlung der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands. Mit dem gemeinsamen Lied der Knappen „Glück auf“ sang sie aus. Die Delegierten kehrten im Laufe des Donnerstags nachmittags in ihre Heimat zurück, während die ausländischen Gäste des Kongresses noch einen Autobusausflug nach der Arbeiterwirtschaftsschule in Peterswaldau unternahmen.

Die gemeine Verdächtigung, daß „auch weiterbildende Sozialdemokraten“ es sehr gern sähen, wenn mit Hilfe des Artikels 48 der Sozialabbau festgelegt würde, wird schon durch die einfache Tatsache widerlegt, daß gerade die Sozialdemokratie dem Kabinett Brüning die Reihenfolge der Reihenfolge aus der Hand geschlagen und damit zur Reichstagsauflösung getrieben hat. Kein die Sozialdemokratie will, daß die Volksmassen durch ihr Votum bei den Wahlen klar angeben, wohin die Fahrt gehen soll: zum sozialen Volksstaat oder zu einer von Sozialreaktionären regierten Geldsack-Republik? Und weil die Sozialdemokratie weiß, daß das Volk für den sozialen Volksstaat und also für die Sozialdemokratie stimmt, deshalb soll der Stimmgeliebte der Massen zweck- und wertlos gemacht werden, indem man den Sozialabbau einfach dekretiert. Ein infames Blödsinn!

1850702 Erwerbslose im Juli

Die neuen amtlichen Arbeitslosenziffern haben die Besorgnis der Gewerkschaften, daß die sommerliche Entlastung des Arbeitsmarktes bereits zu Ende ist, vollumfänglich bestätigt. Zum ersten Male seit dem Höchststand des Winters hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung keine Abnahme erfahren; das Anwachsen der Zahl der verfügbaren Arbeitssuchenden hat sich in verstärktem Maße fortgesetzt; ebenso ist die Zahl der Krisenunterstützungen weiter angewachsen.

Am 15. Juli wurden 1.470.004 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und 380.698 der Krisenunterstützung gezählt. Damit sind beide Unterstützungseinrichtungen zusammen mehr als doppelt so stark belastet wie in der gleichen Zeit des Vorjahres, nachdem die Ueberlagerung auf rund 938.000 angewachsen ist. Die Zahl der verfügbaren Arbeitssuchenden belief sich am 15. Juli auf rund 2.770.000. Eigentliche Arbeitslose verbleiben nach Abzug derer, die noch in gekündigter oder ungekündigter Stellung oder in Notstandsarbeit beschäftigt waren, rund 2.715.000.

Die Zunahme in der Belastung der Arbeitslosenversicherung rührt zunächst von den Bezirken der westdeutschen Industrie her, von denen sowohl Westfalen wie das Rheinland eine Vermehrung der Unterstützungsempfänger aufweisen. Ferner haben die Bezirke Brandenburg, Südwestdeutschland und Ostpreußen eine Verschlechterung erfahren. Die geringe Abnahme der Unterstützungsziffer in den übrigen Bezirken, von denen Mitteldeutschland noch die verhältnismäßig günstigste Entwicklung hat, konnte in dem Gesamtbild keinen Ausgleich schaffen.

Der Zuwachs an Arbeitssuchenden entfällt im Gesamt-ergebnis auf die Konjunkturgruppen. Die Saison-Augenberber haben keine Erleichterung mehr erfahren. Das Baugewerbe liegt nach wie vor vollkommen darnieder. Die Landwirtschaft verwendet stark Maschinen und entwickelt daher ebenfalls keine starke Nachfrage. Bergbau- und Metallindustrie bilden zusammen mehr und mehr einen selbstständigen Krisenherd. Besonders im Ruhrkohlenbezirk in den Hütten und Walzwerken macht die Verringerung der Belegschaft ständig Fortschritte. Auch in den meisten Braunkohlengruben beginnt der Beschäftigungsgrad sich zu verschlechtern. Aus fast allen Zweigen der Metallverarbeitung kommen Meldungen über Kurzarbeit, Entlassungen und Stilllegungsanträge. Nur gewisse Teile der Bekleidungsindustrie stützen zusammen mit der Konfektionsindustrie noch etwas den Arbeitsmarkt, während in der Schuhindustrie die Arbeitslosigkeit ebenfalls rapide zunimmt.

Die neuen Arbeitslosenziffern zeigen, daß die Regierung Brüning in der Arbeitsmarktbelebung vollkommen versagt hat. Im Frühling kam sie ans Ruder. Seit Monaten hören wir große Töne über ein Arbeitsbeschaffungsprogramm im Wert von rund 1 Milliarde Mark. Die Arbeitslosenunterstützung will die Regierung abbauen und die Krisenunterstützung nicht erweitern. Alles mit der Begründung: Arbeit sei besser als Unterstützung. Und das Ergebnis der Regierungspolitik? Arbeitsabbau und keine Arbeit!

Sozialabbau durch Art. 48?

Wohin geht die Fahrt, Herr Brüning?

Die Besorgnis und Beklemmung wird jetzt in führenden politischen Organen diese Frage aufgeworfen, da auf dem Flügel der Regierungsparteien sich zurzeit bedeutende Neugruppierungen vollziehen, die auf den Kurs des Reichstages einwirken müssen. Die antikomunistischen, diktatorischen Elemente des Reichstages sammeln sich. Kein Wunder, wenn die Unterbrechung der Gelegenheit beim Schopf packt und von Brüning fordert, ohne die Entscheidung der Reichstagskommission, jetzt schon den Abbau der Arbeitslosen- und der Krankenversicherung mit Hilfe des Artikels 48 durch Verordnung zu dekretieren. Der Unterbrechung soll also durch nackte, brutale Gewalt vor sich gehen.

Die Hohn und Spott klingt die Begründung, die Sozialreaktionären Scharfmacher für die von ihnen geforderte Senkung der Unterstützungsleistungen in der Arbeitslosenversicherung und in der Krankenversicherung ins Treffen führen. Sie erklären, die Reichsverfassung spreche von einer „ordnungsgemäßen öffentlichen Sicherheit und Ordnung“, die zum Erlaß besonderer Notmaßnahmen berechtigt. Ein Zusammenbruch der Arbeitslosenversicherung gegen die öffentliche Sicherheit aber zweifellos noch mehr als ein neues Defizit im Reichsetat; ebenso werde die öffentliche Sicherheit von Seiten der kommunalen Finanzen her bedroht. Die Form der Arbeitslosen- und der Krankenversicherung sei im Anfang an nicht innerer Linie aus Gründen, die in der Arbeitslosenversicherung selbst liegen, sondern aus Rücksicht auf die Lage der Wirtschaft und der Reichsfinanzen eingeleitet. Der Zusammenbruch zwischen öffentlicher Sicherheit und Ordnung sei also gegeben. Juristisch bestünden kaum gewichtige Gründe gegen die Anwendung des Artikels 48 auf die Durchführung der vorgesehenen Änderungen in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung, und politisch gesehen, läge die Sache sehr einfach; denn sowohl die Arbeitslosen wie die Krankenkassenmitglieder der Regierung sei im Ausschuss beauftragt worden. Ihre Verabschiedung im Reichstagsmarsch im Grunde genommen nur noch ein „formaler Akt“ für die wichtigsten Bestimmungen der Reformgesetze. Die öffentliche Sicherheit sei durch die Reformen nicht gefährdet gewesen.

Ein solches Gemisch von Verlogenheit und Zynismus ist beispiellos in der Geschichte der öffentlichen Sicherheit und der Unterstützung. Die öffentliche Sicherheit soll bedroht sein, wenn man nicht schleunigst den Arbeitslosen- und den Krankenabbau! Ist noch eine ärgere Verhöhnung der

Massen denkbar? Umgekehrt wird ein Schuh draus. Wer den schon unter dem Existenzminimum liegenden Arbeitslosenschutz noch weiter verschlechtert und ganzen Gruppen von Arbeitslosen die Unterstützung ganz oder für unerträglich langen Zeitraum nimmt, der gefährdet die öffentliche Sicherheit; denn etwas muß der Mensch bekanntlich sein Eigen nennen, etwas muß er haben, um mindestens den Hunger zu stillen, wenn er nicht morden und brennen soll. Richtig ist das, die hinter dem Kabinett Brüning stehenden Parteien bereits mit dem in den Vorlagen vorgesehenen Abbau der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung im wesentlichen einverstanden erklärt haben, soweit sie ihn nicht noch verschärfen wollten. Aber wenn wir nicht irren, ist es doch zu einer Reichstagsauflösung gekommen, und diese Auflösung hat doch ihren Hauptgrund in dem Konflikt zwischen Regierungsmehrheit und Opposition gerade in der Frage der Arbeitslosen- und der Krankenversicherung. Wenn wir uns nicht irren, dann ist es seinerzeit sogar im Streit um die Arbeitslosenversicherung zur Auflösung des Kabinetts Müller und zur Schaffung des Kabinetts Brüning gekommen, und eben dieser Streit über die Frage, ob die Reichsfinanzen auf Kosten der Kranken und arbeitslosen Menschen saniert werden sollten, oder ob auch die gesunden, die Besitzenden und gesicherten Existenzen zur Sanierung in gerechter Form mithelfen sollten, durchtrieb seit mehr als einem Jahr alle sozialpolitischen Verhandlungen des Reichstages. Und in diesem Streit sollen ja gerade die Wähler entscheidend, ob sie einen sozialen oder einen antisozialen Kurs haben wollen. Die Sozialreaktionären Scharfmacher, die, wie vor allem die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ das Kabinett Brüning zum gewalttätigen Sozialabbau der Verordnung drängen, sagen ja selbst, eine noch bevorstehende Versicherungsreform könne für die Wahlaktion größere Bedeutung erlangen als eine vollendete Tatsache, mit der man sich wohl oder übel abfinden müsse. Hier geben sie offen zu, daß die Wähler sehr wohl ein sehr großes Interesse an der Versicherungsreform haben. Und weil die Scharfmacher fürchten, daß das deutsche Volk anders denkt als sie, deswegen soll Brüning schnell, per Verordnung den Sozialabbau zu einer Tatsache machen. Wozu soll denn das Volk überhaupt wählen, wenn man ihm vorher die wichtigsten Entscheidungen aus der Hand nimmt?

Neuer Arbeiterabbau im Ruhrgebiet

Der Ruhrbergbau, der nach einer Aufstellung des Landesarbeitsamtes Dortmund rund 36.000 arbeitssuchende Bergarbeiter aufzuweisen hat und dessen Feierstücken von 29.000 arbeitslos täglich im Juni auf 42.000 arbeitslos täglich in der zweiten Juliwöche angewachsen sind, steht vor neuen großen Entlassungen. Die Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. hat Antrag auf Entlassung von 1200 Arbeitern gestellt, und zwar für die Zeche Pluto 175, Nordstern 105, Holland 220, Bonifatius 200, Zollverein 350 und Graf Walke 150. Die Harpener Bergbau-A.G. entläßt auf der Zeche Geiselaue 120 und auf der Schachtanlage Robert Müller 150 Mann. Die Gewerkschaft Heinrich legt die Zeche Adler still und entläßt 325 Mann der Belegschaft. Der Rest wird auf Zeche Heinrich übernommen. Dazu kommen die Entlassungen von 600 Mann bei den Vereinigten Stahlwerken durch die Stilllegung des Karl-Friedrich-Erbkollens im Bochumer Bezirk.

Vor Zusammenschlüssen in der deutschen Fahrradindustrie

Seit längerer Zeit läßt sich in der deutschen Fahrradindustrie eine starke Konzentrationsbewegung feststellen. Typisch dafür sind die Aufkäufe des Siegen-Solinger Gußstahl-Aktienvereins. Das genannte Unternehmen hat z. B. die Lippische Fahrradindustrie A.G. erworben, die es mit seiner Abteilung Wepersberg, Kirchbaum & Co. für Fahrrad- und Waffenfabrikation vereinigen will. Verkaufshandlungen bestehen auch mit den Görlitzer Werken in Bielefeld und mit den Elise-Dörmann-Werken in Brand-Erbisdorf.

Die Krise in der Fahrradindustrie hat sich weiter zugepoint. Es macht sich in ihr vor allem die Droffselung der Massenkäufe bemerkbar. Das Fahrrad gehört schon seit geraumer Zeit zu den Waren, die nicht gehen wollen und die Lager füllen. Andererseits ist die Kapazität stark übersteigert. Eine Zeitlang hat man augenscheinlich in der Fahrradindustrie daran gearbeitet, der Krise durch ein Verkaufsjubiläum Herr zu werden. Die Verhandlungen haben sich aber zerlegt. Ein Verkaufsjubiläum hätte auch sicher nur eine Manipulierung der Preise und keine Gelandung der Industrie bedeutet. Ausschlaggebende Firmen haben sich auch von dem Jubiläum von Anfang an wenig verprochen. Sie erstreben die Reduktion von Anfang an auf eigene Faust, und zwar wird hier das Mittel des Verkaufs gewählt. Das kostet viel Geld. Dieses Opfer muß die Industrie aber jetzt bringen, nachdem sie die Vereinbarung und die Aufstellung der Produktion nach Typen, die zu einer Preisreduzierung führen und den Markt hätte gesund machen können, abgelehnt hat.

Nach London und wie Frauen

Von Anna Siemsen

Unter Wählern von Jack London, die der Universalitäts-Verlag herausgibt, ist eins erschienen, das uns Frauen besonders angeht: „Die Herrin des großen Hauses.“ (Eigenlich heißt es: „Die kleine Herrin des großen Hauses.“) Das ist eine seiner allerersten Geschichten, geschrieben, als er selber zum zweitenmal verheiratet, aber kinderlos, als der erfolgreichste Schriftsteller der Vereinigten Staaten auf seinem Mustergut in Kalifornien sah, große Pläne und Projekte von Musterlandwirtschaft heute, gleichzeitig aber von innerlicher Unruhe verzehrt, umherirrte und in sich wohl schon den Todestein trug, der ein paar Jahre später seinem Leben vorzeitig ein Ende setzte.

Londons Bücher sind immer eine glänzende Unterhaltungskultur. Und wer das Geld zu einer Fernreise hat, der greift sicher nicht fehl, wenn er dies Buch in seine Reisetasche packt. Er wird spannende Unterhaltung finden. Darüber hinaus aber Stoff zu recht intensivem Nachdenken.

Londons Bücher sind zu sehr großem Teile Selbstbekenntnisse. Sie sind aber darüber hinaus sehr häufig gestaltete Wunschträume.

Wir haben ja wohl alle Zeiten durchgemacht, in denen wir uns in Situationen hineintraumen, die uns die Möglichkeit geben, ungenährte Vollkommenheiten zu empfinden. Solche Wunschträume (in Pubertätsjahren häufiger), sind oft die aufschlußreichsten Selbstoffenbarungen. Alle Dichtung besitzt ein wenig diesen Charakter. Bei solch ungemein tätigen, lebensstarken Menschen, wie London ist solch gedichteter Wunschtraum ein Ventil für unbefriedigten Latenzdurst. Seine Goldgräber, seine Revolutionäre, sein proletarischer Dichter und viele andere seiner Helden sind Wunschgestalten, in denen er ungelebtes Leben nachlebt. In sehr hohem Maße gilt das von dem Helden des „großen Hauses.“

Er ist der Sohn eines reichen Mannes. Früh verwaist, geht er auf eigene Faust, vagabundierend in die Welt, lernt Welt und Menschen, Wissenschaft und Technik, alle Abenteuer des Lebens kennen und sieht sich dann in den wundervollen Tälern Kaliforniens zur Arbeit. Er baut ein märchenhaftes Wunschhaus und beginnt auf seiner Riesenfarm vollkommenere Tiere zu züchten: Schafe, Schweine, Rinder, Ziegen und vor allem Pferde. Er tut das auf wissenschaftliche, rationale Art, verdient Aufkommen, schafft sich ein Leben der Fülle, der Schönheit, der Gesundheit und höchsten Profits. Seine eigene Zeit ist auf eine märchenhafte rationale Weise von 4 Uhr morgens bis Mitternacht erfüllt und eingeteilt. Und in diesem Paradies eines modernen Amerikaners hat er natürlich auch seine amerikanische Eva, eben die „kleine Herrin des großen Hauses“, eine Frau, die gesund und schön, klug und liebenswürdig, höchst gebildet und höchst natürlich, der vollkommene Kamerad und das vollkommene Weib ist.

In dieses Paradies aber kommt ein Freund, ein früherer Kamerad seiner Abenteuer. Er sieht die Frau und verliebt sich. Und sie — liebt zwar den Gatten, aber liebt ebenso den Dritten. Und da sie keinen Ausweg sieht, und da sie merkt, daß der Gatte sich ihrem Wegem töten will, kommt sie ihm zuvor und erschießt sich.

London hat hier nicht nur seine Phantasie eines vollkommenen Lebens gestaltet, sondern auch seine Auffassung der Liebe und Geschlechtsbeziehungen. Darum stellt er seine drei Liebenden mitten in eine Atmosphäre der Erotik. Die ganze tiefe Suchtform dampft von Geschlechtsleidenschaft. Und Symbol dieser ganzen Kraft ist ein wundervoller Zuchtstengel, auf dem der Held sein Liebes- und Lebenslied dichtet: „Ich bin Gros, ich stampfe durch die Täler. Die Stuten kennen meinen Ruf.“

So und nicht anders sieht London auch die Beziehungen zwischen Mann und Frau. Die vollkommenste Frau ist jene, welche ausschließlich Weib ist, die am stärksten auf den Mann wirkt und sich ihm am vollständigsten gibt. Darum muß diese vollkommene Frau seinem Helden, dem vollkommenen Mann, so erliegen, wie die Stute dem Hengst. Und da sich ein zweiter, gleich vollkommener zu ihr findet, muß sie auch diesen lieben. Von Schuld ist dabei keine Rede. Der Konflikt ist naturnotwendig, und der Kampf unvermeidlich. Nur gehen in der Menschenwelt nicht die beiden Rivalen zum Kampf, wie zwei Hengste es tun würden, sondern die Frau räumt sich auf dem Wege.

Es ist ein durchaus ehelicher Versuch, eine ganz bestimmte Geschlechtsphilosophie zu Ende zu denken. Wunderlich bleibt dabei, daß die vollkommene, weibliche Frau, welche die Zeugungskraft der Männer aufs höchste erregt unfruchtbar, kinderlos ist.

Damit kommt ein Bruch in die Darstellung, da wird der ganze, als unvermeidlich geschilderte Konflikt zu einem gefälligen Unfall.

Geht man nämlich der Ursache genauer nach, weswegen Londons „kleine Herrin“ sich in den Armen ihres Gatten verliebt, so findet man sie höchst einfach darin, daß sie sich jammervoll langweilt. Sie ist eine reiche Frau, von allem irdischen Luxus umgeben. Sie hat interessante Gesellschaft, Sport, Bücher, Musik, Reisen, schöne Kleider und schöne Natur. Sie hat einen Gatten, aber der hat höchstens bei den Mahlzeiten und zu nächstlichem Vergnügen Zeit für sie. Im übrigen paart sie Hengste und Stuten und züchtet Goldfische. Wir brauchen nur einen Augenblick die kleine Herrin aus dem großen Hause in normale Verhältnisse zu versetzen: in einem Haushalt mit Kindern, die auf ihre Pflege angewiesen sind, mit häuslicher Arbeit und Geldsorgen, bei denen sie ihrem Mann helfen und ein Kamerad sein muß. Das Abenteuer mit dem interessanten Freund verliert dann sofort die tragische Bedeutung. Denn der Gatte und die Kinder könnten sie ja nicht entbehren, während sie für den anderen nichts ist als ein Abenteuer und eine Unterhaltung. Der Konflikt, den London schildert, als die unvermeidliche Tragik höchstentwickelter Menschen, entspringt also als die Note einer Luxusfrau und einer kleinen Klasse reicher Männer.

Und hier liegt Londons Schwäche und Blindheit, die bei ihm, dem Proletarier und Sozialisten, doppelt auffallend ist. Trotzdem er die arbeitende und kämpfende Frau, die Frau, die „dem Manne eine Gehilfin ist“, sehr wohl kennt, erscheint ihm das Weib, das er begehrt, immer als Luxusgegenstand, als die Frau, die verhätschelt, verwöhnt, die ausgefalten werden muß, daß sie dem Manne geschlechtliche Befriedigung gibt. Gewiß ist diese Befriedigung nicht roh und brutal bei ihm, vielmehr zu einer allerfeinsten, schönheitsstrunkenen Sinnlichkeit geläutert. Die Grundeinstellung aber ist diese: „Ich bin Gros ... die Stuten kennen meinen Ruf.“

Und dabei haben wir Frauen und hoffentlich auch die Männer noch einiges hinzuzufügen. Beispielsweise dies, daß unsere Beziehungen nicht rein biologische, sondern auch gesellschaftliche sind, daß die höchstentwickelte Frau keinesfalls nur Weib, sondern als Ehefrau und Mutter, als Kameradin und Arbeitsgefährtin des Mannes, selbständiger Mensch mit den mannigfaltigsten selbständigen Beziehungen zu Menschen, Gesellschaft und Welt ist. Daß infolge dessen nur ganz ausnahmsweise und in unnormalen Fällen erzwungene Beziehungen diese verhängnisvolle Furchtbarkeit zeigen, wie das die Dichtung bekundete, einen Ausnahmefall zeigt und kein Gesetz. Und daß wir, wenn wir den Wandel unserer Liebesphilosophie aufgedeckt haben, erst am Anfang des Problems und am Anfang unserer Betrachtungen stehen.

Zu der ich allen fruchtbringendes Nachdenken wünsche.

Die Heiligen der Bergleute

Ein Berufszweig, der noch stark von abergläubischen Vorstellungen erfüllt ist

Die furchtbare Katastrophe in der Wenzelsgrube zu Neurode, die weit über die Grenzen Deutschlands hinaus tiefste Anteilnahme erweckte, hat wieder einmal mit erschreckender Deutlichkeit einen Einblick in die Gefahren und Räte gerade dieses Berufszweiges gegeben. Sie hat die ganze Unsicherheit, das Todesbängen gezeigt, in dem auch Frauen und Mütter unausgesprochen schweben müssen, denn jeder Abschied, den der Mann oder Sohn von ihnen nimmt, kann ein Abschied für immer sein. Seit Jahrhunderten sind Ungewißheit und Sorge die Tradition, die eine Frauengeneration von der anderen übernimmt, ohne daß es bis heute gelungen wäre, trotz aller Verbesserungen der Neuzeit, diesen seelischen Druck von den Familien der Bergleute zu nehmen und den Beruf der Grubenarbeiter vollkommen gefahrlos zu gestalten.

Seit Jahrhunderten und Jahrtausenden gibt es kaum einen Berufszweig, der so sehr wie dieser von abergläubischen Vorstellungen beherrscht wäre — eine natürliche Folge der grenzenlosen Unsicherheit, in der die Bergleute und ihre Familien zu einer Zeit lebten, als für ausreichenden Schutz so gut wie nichts getan wurde, als Einsturze und Katastrophen aller Art an der Tagesordnung waren. Stets schützten sich die Bergleute und ihre Familien in der Gewalt übermächtiger dämonischer oder göttlicher Wesen, die über Leben und Tod verfügen konnten, auf deren Gnade sie alle angewiesen waren. Als das Christentum einzog, da benutzte es klug alle diese Vorstellungen, die in den Seelen Wurzeln gefaßt hatten. Vor allem aber wandte es sich an das Gemütsleben der Frauen und versuchte, ihre geängstigten Seelen für sich zu gewinnen. Die heilige Anna, die heilige Barbara, wurden zu den Schutzpatroninnen, die ihnen die Kirche in allen Stunden der Gefahr empfahl.

Wer heute die herrlichen Fenster des Freiburger Münsters im Schwarzwald überblickt, der wird mit Bewunderung das St. Annenfenster im Alexander-Chorlein betrachten, das zu den hervorragendsten Stiften des Bergbaus gehört. „Gott dem Allmächtigen, der Jungfrau Maria und der heiligen Mutter St. Anna zu Ehren“ haben es die „Gewerken St. Annen zu Todnau um Schwarzwald“ gestiftet. Es ist ein wundervolles, kostbares Glasgemälde in zarten, hellen Farben. Die Figuren zeichnen sich auf dem himmelblauen Hintergrund wirkungsvoll ab. Jede der fünfzehn Heiligen trägt einen Heiligenschein aus leuchtendem Sonnengold, in dem der Name geschrieben steht. Der Anblick des Fensters ist ein künstlerischer Genuss. Umso ergreifender ist es, wenn man sich daran erinnert, daß längst vergangene, unbekannte Bergarbeiter hier ihr mühsam erworbenes Scherflein auf den Altar der Kirche legten, während die Bergwerke selbst die reichen Silbergruben des Breisgau sich in der Hand weltlicher oder geistlicher Fürsten befanden. Vielleicht lachten arme Steinschleifer oder Häuer hier Schutz und Hilfe beim Anblick dieser wunderbaren Glasmalerei; vielleicht knieten hier Witwen und Waisen Bershütteter, gesundheitsliche Geschädigter oder Verunglückter vor diesem Fenster und rangen in heißen Gebeten mit der eignen Verzweiflung und Hilflosigkeit.

Auch in der St. Annenkirche in Annaberg in Sachsen

befindet sich ein solches erschütterndes Denkmal menschlicher Angst. Es ist der im 10. Jahrhundert errichtete Bergmannsdenkmal, der von der dortigen Bergknappheit errichtet wurde. Vorderseite zeigt Bilder aus der heiligen Geschichte, während der Rückseite und auf den Seitenflächen Ausschnitte aus dem Leben der Bergleute gezeigt werden. Zu dunklen Arbeiten abgezehrt, halb bekleidete Bergleute. Über ihnen schwebt die heilige Anna, die jeden Gläubigen in ihren Armen nehmen wird.

Was wird jedoch mit dem geschehen, der ohne die Wegführung der Kirche, die letzte Delung, da unten durch die Grube ging? Auch das war eine Frage, die immer wieder lauchte. Denn zu trah hatte die Kirche die ewige Verdammnis beschrieben, die unvorherbereite und mit Sünden belastete Ewigkeit eingingen. Darum ließen die Hinterbliebenen um Weisheit für das Seelenheil ihrer Toten lesen, aus der heraus, sie sonst nicht rechtzeitig von der Hölle loszulassen, letzte Groschen wurde auf dem Altar gelegt, und zu den juchzenden Verlusten, die Frauen und Kinder erlitten hatten, kam nun qualvolle Ungewißheit über das fernere Schicksal des dämmerten.“ Einen Einblick in diese Seelenstimmung gibt Gemälde in der Kirche zu Dudweiler. Aus ihm spricht Sorge des Bergmannes, durch einen Unglücksfall sterben zu müssen ohne die letzte Delung empfangen zu haben. So betet er den Tod vor Augen, inbrünstig zur heiligen Barbara, die die Hölle teilt sich, die Heilige erscheint und reicht dem Toten die Hostie. Ob allerdings niemals die Frage auftauchte, ob die Heilige den Unglücksfall nicht verhütete, obwohl sie doch die Kirche verkündete, washam über den Gläubigen schwebte.

Bis in unsere Zeit hinein ist es der Kirche gelungen, Vorstellung der schützenden Heiligen zu pflegen und zu bewahren. Erst vor wenigen Jahren wurde wieder eine St. Barbara eingeweiht. Sie steht im Gebiet der Saarländischen Braunkohlen A. G. in Schwandorf und ist bis zum heutigen Tage die Schutzstätte der Frauen und Mütter, deren Männer und Söhne in den Bergwerken ihre schwere Arbeit verrichten. Auch die alte Vorstellung noch lebendig: Die heilige Barbara, zu Füßen zwei Engel sitzen, hält das Sakrament in der Hand bietet es den Bergleuten dar.

Immer stärker, immer bewusster haben sich die Bergleute ihre Familien im Laufe der Jahrhunderte aus der Welt der Unsicherheit und des Aberglaubens befreit. Der demütigste Bergmann auf dem Schutz der Heiligen vertrauende Bergmann ist heute kräftiger, selbstbewusster Arbeiter geworden, der sein Schicksal selbst in die Hand nimmt. Immer energischer verlangt er ausreichenden Schutzmaßnahmen, die Grubenexplosionen, Möglichkeiten verhindern. Immer entschlossener findet er die Gleichgestellten zu selbstgestifteten Organisationen zusammen, die Besitzern der Bergwerke achtungsgebietend gegenüberstehen. Weiter Weg, der im Laufe eines halben Jahrtausends zurückgelegt wurde, ein Weg, vor dem noch Meilen liegen. Ein dunkler der Vergangenheit, der einer besseren Zukunft entgegenläuft.

Sommerabend in der Seufzer-Allee

Was ist eine Seufzer-Allee? — Am Rendezvousplatz — Selige Zweifamkeit Ich schnitt es gern in alle Rinden ein ...

Jede Stadt hat ihre Seufzerallee. Was eine Allee ist, weiß wohl jedermann: An der Straße stehen Bäume und dazwischen Zwischenräume.

Das ist eine Allee. Aber eine Seufzerallee? Da ist mit den Bäumen allein nicht getan. Sie sind zwar notwendig, weniger wegen des Schattens, den sie spenden, als vielmehr wegen des Lichtes, das sie abhalten. Unentbehrlich aber sind in der Seufzer-Allee die mit Recht so beliebten Sitzbänke. Die Zwischenräume zwischen den Bäumen sind kein unbedingtes Erfordernis. Im Gegenteil! Je dichter die Bäume stehen und je mehr Unterholz dazwischen wächst, umso besser für die besonderen Bedürfnisse der Seufzerallee. Diese Allee braucht überhaupt keine Allee zu sein. Die Grünanlagen der Stadt, der Stadtwald oder ein kleiner Hain erfüllen den gleichen Zweck.

Man darf aber nicht glauben, daß der Name Seufzerallee daher kommt, daß alle Klageweiber von 49 Jahren und darüber dort mit ihrem Jammer und Seufzen die Luft erfüllen. Keineswegs. Die Seufzerallee hat ihren Namen ganz wo anders her. Das hängt mit dem Frühling, mit der Liebe und so zusammen.

Junge Liebesleute küssen ja nicht nur. Wisende haben mir verraten, daß es auch so etwas wie Liebes-Seufzer geben soll, die sich liebesgeschwellten Mädchenherzen wohlge entringen. Und weil sich echte und wahre Liebe nicht auf dem Markte zur Schau stellt, sondern sich verheimlicht in stille Winkel, in dunkle Alleen und verlorenen Waldwege verzieht, deshalb hat man die von Liebesleuten bevorzugten Wege „Seufzeralleen“ benannt.

Am Uhrtürmchen ist Rendezvous-Platz. Vom Mai bis zum August kann man abends, wenn es schon nicht mehr ganz hell, aber auch noch nicht düster ist, die sehnsüchtig Wartenden beobachten. Im Mai sind sie alle sehr pünktlich. Je weiter es in den Sommer hineingeht, desto länger lassen die Kavaliere ihre Damen auf sich warten. Im Sommer ist die Liebe nicht mehr so kürtisch, wie sie im Mai war; manches Geheimnis ist schon gelüftet, manches Knospchen schon geplatzt. Im Juli kommt es zuweilen schon vor, daß eine der holden Schönen von ihrem Galan „versehrt“ wird. Dann macht „Sie“ mit einer wütenden Körperbewegung lehr — man darf ihr nicht zu nahe kommen, sonst legt es einen Rippenstoß — und die Berschwächte trotzt ärgerlich heimwärts und wendet ihre Schritte nur dann wieder der Seufzerallee zu, wenn sich ihr unterwegs von ungefahr ein anderer Kavaliere beigelegt hat. Um den ausgetriebenen Ungetreuen zu ärgern, geht „Sie“ jetzt mit dem andern.

Schlendert man durch das lauschige Grün der Seufzerallee, allas Stadtwald oder Glacis-Anlagen, dann wird man auf den wohlgepflegten Wegen zunächst gar nicht gewahr, daß diese Gegend dem selbstbewehrten Amor geweiht ist. Der Kenner schwenkt gar bald vom breiten Weg — den bekanntlich nur die Tugend wandelt — ab und schlingt sich seitwärts in die Allee. Da, was gibt es da für lauschige Plätzchen, was für herrliche, sich verzwiegen durch Büsche „schlingelnde“ Wege! Und wie lauschig läßt sich da plaudern! „Aber in dem mit „Ihr“, oder die Rechte um die Hüfte der Liebsten geschlungen, die Linke, ich weiß nicht wo.“

Hohes Liebesgölster, innige Seufzer und lange, nicht enden wollende, atembeklebende Küsse werden da getauscht. Wer einmal einen Sommerabend dort verbracht, der verachtet den Elfer, mit dem unsere Stadtpolizei auf die Wege dieser Liebesgeweihten Gärten bedacht sind. In feiner Würdenernung an die liebe Liebeserlebens in ihrer — nach soweit zurückliegenden — Jugend sorgen sie dankbar dafür, daß Amors Reich in gutem

Stand erhalten wird. Es ist ihnen heilig; auch sie wandeln zu ihrer Zeit verzwiegenen Wege.

Heute allerdings bevorzugen sie die breiten Wege Tugend.

Man kann nicht einen ganzen Sommerabend auf lauschigen Wegen wandeln, selbst wenn man das herzlichste Mädel bei sich hat. Man muß sich auch einmal hinsetzen und ruhen; und vielleicht gerade dann, wenn man nicht ruhen möchte, sind genug da. Aber es gibt auch Naturbegeisterte, die lieber zu Mutter Grün auf die Erde niederlassen. Das zwar manche Nachteile haben, hat aber auch vielerlei Vorzüge. Und die bequeme Lehne, die eine Bank bietet, kann ja auch durch einen Baumstamm ersetzt werden. Schließlich ist man viel weniger der Beobachtung ausgesetzt, als auf einer Bank man immer mehr oder weniger auf dem Präsentierteller. Denn selbst auf dem verzwiegensten Weg ist man nie so einsam wie dort, wo jener vorbei kommt, der gerade die seltsame Einsamkeit unter Bäumen liebt.

Einsamkeit ist ein gut Ding für Leute, die sich selbst in der Einsamkeit unter Bäumen liebt.

Aber junge Liebe ist mitteilbarer und zieht die seltsame Einsamkeit vor.

Die Seufzerallee trägt manche Zeichen ihrer Bestimmung. Man muß einmal bei Tage die von Bäumen bevorzugten Winkel aufsuchen; dann kann man in der Rinde mancher wildigen Baumes ganze Liebesromane lesen.

Zwei Buchstaben inmitten eines schwungvoll eingetragenen Herzens und ein Pfeil quer durch. In einem anderen Baum zwei ineinandergeschlungenen Ringe und gleich darunter ein von Liebesstummerr zerfissene Seele ein Herz in den Baum geschnitten, das mitten entzwei gebrochen ist. Daneben stehen schon Antiquarbuchstaben: „Warum?“

Es ist merkwürdig, wie die Liebe ihre Jünger und Schülerinnen drängt, ihre Empfindungen den Bäumen anzuvertrauen. Es ist heute noch genau so wie einst:

Ich schnitt es gern in alle Rinden ein,
Ich grüß es gern in jeden Riefstein:
Dein ist mein Herz und soll es ewig bleiben.

Der Erfolg der sozialdemokratischen Frauenwerbewochen

Als vorläufiges Ergebnis der beiden vom 18. Mai bis 1. Juni in Deutschland veranstalteten sozialdemokratischen Frauenwerbewochen ist bisher die Gewinnung von neuen weiblichen Mitgliedern für die sozialdemokratische Partei zu verzeichnen. Angesichts der traurigen Wirtschaftslage der Zeit, die die Entlohnung auch kleinerer Arbeiterinnen zu einem großen Opfer empfinden läßt und in Anbetracht der eifrigsten Angriffe von rechts und von der äußersten Linken gegen die erfreuliche Ergebnis umso eindrucksvoller von der starken Kraft der Sozialdemokratie.

Frauen als Juristinnen in England

In der vor wenigen Tagen veröffentlichten Liste Grund von Prüflingen zur Ausübung einer juristischen Tätigkeit in England zugelassenen Personen befinden sich diesmal Frauen, eine bisher nicht erreichte hohe Zahl. Dabei bemerkenswert, daß die Frauen die Prüfungen fast durchweg mit hervorragendem Erfolg bestanden haben. Im Königlichem Recht, im Staatsrecht erhielt eine die beste Beurteilung.